Nr. 276. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Volkspartei.

Der Geheime Kriegsrat der Zollopposition, Herr Eugen Richter, hat in der letzten Zeit viel schlimme Tage erlebt, aber so schlimm wie die allerletzten ist kaum einer je zuvor gewesen. Seine treue Arbeit für die Verständigung der Brotwucherparteien hat er durch den Vorwand zu bemänteln versucht, daß diese Verständigung überhaupt nicht zu stande kommen würde: er nahm, wie jeder ertappte Spion, seine Zuflucht zu der Ausrede, daß die fremden Mächte, denen er sich für ein paar Stichwahlmandate verkauft hat, zum Schlusse die Düpierten gewesen wären. Und merkwürdig — in keinem Augenblick ist der Triumph der mittleren Linie so nahe gewesen wie eben jetzt! Der Dienstag abend hat diese Nachricht gebracht, während uns Herr Richter noch Dienstag morgen vor dem ersten Hahnenschrei seine geniale Taktik abermals angepriesen und erklärt hatte, durch die „blindtäppische mechanische Obstruktion" sei die Zolltarif-Vorlage nicht zum Scheitern zu bringen. Und jetzt an demselben Tage passiert es ihm, daß die Socialdemokraten einen Antrag auf Aufhebung der Zuckersteuer einbringen, dieselben Socialdemokraten, von denen er zwei Tage zuvor seinen erstaunten Lesern erzählt hatte, daß sie sich plötzlich für die Zuckersteuer begeistert hätten.

So ist die „Freisinnige Zeitung" ein täglich erscheinendes Märchenbuch für die Kinderstube geworden. Noch immer hält ihre überströmende Phantasie an der Vorstellung fest, daß die Annahme des Antrages Trimborn eine Vorbedingung der Verständigung gewesen sei. Damit hat sie aber das Maß der Naivetät überschritten, das selbst dem politischen Phantasiestück gestattet ist. Daß das Centrum auf alle Zollwucher-Profite stolz verzichtet hätte, wenn der Witwen- und Waisenversorgungs-Antrag durch die Resolution Rettich noch mehr verwässert worden wäre — wem will Herr Eugen Richter einreden, daß er das glaubt?! Weiß er doch genau, daß bei der dritten Lesung des Tarifgesetzes ein einverständliches Abstimmungsmanöver der Mehrheit den Antrag Trimborn beseitigen will! Hat er doch selbst die Unvorsichtigkeit begangen, im Reichstage die frohe Erwartung auszusprechen, daß die letzten Ansätze zur Schaffung einer Witwen- und Waisenversorgung in dritter Lesung aus dem Gesetz hinausgeworfen werden würden, daß es somit bei seinem genialen Programm der Waisen-Selbsthilfe verbleiben wird! So schlägt jede seiner Aussagen gegen ihn selbst aus, und jeder Versuch der Ausflucht wird ein neues Glied in der lastenden Kette der Schuldbeweise.

Die schamlosen Handelsverträge, die seine Partei in Memel-Heydekrug, in Bayreuth, in Forchheim-Kulmbach mit dem Brotwucher gegen die Socialdemokratie geschlossen hat, die Beseitigung der socialdemokratischen Tarifanträge aus der Abstimmung, die Unterstützung, die er auf Grund seiner „dreißigjährigen parlamentarischen Erfahrung" dem gewaltthätigsten Bruch der Geschäftsordnung zugewendet, die tollhäuslerischen Denunziationen und Angriffe, die er in Hamburg und täglich bisher in seinem Blatte gegen die „blindtäppische mechanische Obstruktion" verbreitet hat, die Beihilfe, die er der Regierung gegen den Antrag Trimborn leistete — alles das soll bloß falsch verstanden oder böswillig mißdeutet worden sein! Trotz alledem will er nicht sein, was er scheint, und nicht scheinen, was er ist.

Herr Irmer, der für die Bestrafung des Kontraktbruches begeistert ist, bleibt in der Partei mit dem Vorbehalt, daß die „Freis. Ztg." seine Kandidatur nicht gerade mehr empfehlen werde, über die „Freis. Korr.", die Herrn Richters einzig sichere Geheimtaktik nicht begreift, ist der große Parteibannfluch gesprochen worden . . . Und wie den Redakteuren durch öffentliches Censuredikt die größte Vorsicht im Gebrauche geschriebener Wahrheit anempfohlen wird, so rät die „Freisinnige Zeitung" neuestens ihren Anhängern, sich auch vor dem Sirenensang gesprochener Wahrheiten mit Wachs die Ohren zu verkleben.

Vorsicht bei Einlaß zu Versammlungen, das ist der neueste freisinnige Gedanke der freisinnigen Volkspartei. Keine Diskussion mehr mit der Socialdemokratie! Die freisinnige Volkspartei will in Ruhe, und im Kreise ihrer Lieben, sterben. Jeder Wähler, der eine Versammlung der Richter-Partei zu besuchen wünscht, wird demnächst ein Attest zu erbringen haben, daß er alles, was ihm in der Versammlung erzählt werden wird, auch gewissenhaft zu glauben bereit sei.

Die Zeiten, da man die beiden freisinnigen Richtungen nach Wasserstiefeln und Wadenstrümpfen schied, sind längst vorbei. Gichtbrüchig und altersschwach schleppt sich der Volksfreisinn auf Filzschuhen einher, und alle urwüchsige Derbheit, jedes laute Wort, das die Ruhe des Sterbezimmers stören könnte, sind ihm verhaßt geworden. Ueber den Umgang mit Menschen in der politischen Versammlung ergeht sich die „Freisinnige Zeitung" in so zarten wie tiefsinnigen Betrachtungen. In liberalen Versammlungen haben Socialdemokraten nichts zu suchen.

„Aber auch", so lehrt die „Freisinnige Zeitung" aus zartbesaitetem Gemüte weiter, „wenn eine Einladung die Socialdemokratie einbegreift, etwa in der Formel: „Gäste willkommen", sind die Erschienenen verpflichtet, sich auch als Gäste zu benehmen. Statt dessen hat sich jetzt wieder die Erfahrung wiederholt, daß die Socialdemokraten versuchen, sich in solchen Versammlungen als Herren aufzuspielen. **Zur Geschäftsordnung aber haben sie ebensowenig alsdann das Wort zu ergreifen, wie es sich für eingeladene Tischgäste schickt, die Tischordnung zu kritisieren. Noch weniger können Gäste das Recht beanspruchen, Anträge zu stellen,** wie dies jüngst von socialdemokratischer Seite unter dem Widerspruch des Vorsitzenden in Halle versucht worden ist. **Für Gäste aber paßt es sich auch am wenigsten, sich etwa Zwischenrufe, Störungen oder gar persönliche Beleidigungen zu erlauben,** wie dies in Liegnitzer Versammlungen jüngst vorgekommen ist. In der Oeffentlichkeit schickt sich dergleichen ebenso wenig, wie es für **Gäste im Privatverkehr** passend ist."

Es soll ferner für unartig gelten, im allgemeinen auf die Ausführungen der Redner einzugehen: wohlerzogene Leute müssen sich auf die „Klarstellung von Einzelheiten" beschränken. Nur so weit ist die „freie Diskussion am Platze."

So wird freisinnigen Versammlungsleitern zur Darnachachtung mitgeteilt.

Damit hat die freisinnige Volkspartei — diese Wahrheit anzuerkennen, sind wir freudig bereit — nur die letzten notwendigen Schlußfolgerungen gezogen, die sich aus ihrer bisherigen Taktik ergeben mußten. Sie konnte darauf gefaßt sein, daß ihr durch socialdemokratische Angriffe die Aufgabe gestellt werden würde, ihre verräterische Taktik zu rechtfertigen. Da sie dazu außer stande ist, verbietet sie den Versammlungsteilnehmern auf Dinge einzugehen, die der Referent nicht behandelt hat. Und der wird sich wohl hüten . . .! Weil sie weiß, daß für einen ehrlichen Mann höfliche Ausdrücke zur Kennzeichnung ihrer Thätigkeit kaum mehr ausreichen, verlangt sie, daß an die Stelle einer demokratischen Geschäftsordnung wenn nicht schon die spanische Hofetikette, so doch die Anstandsregeln einer gutbürgerlichen Tischgesellschaft gesetzt würden. Wenn ernsthaft über Recht und Unrecht, über Wohl und Wehe der Bevölkerung beraten wird, muß man sorgsam darauf achten, sich ganz so zu benehmen, als ob man bei Eugen Richters zum Thee geladen wäre. Sonst Hausknecht und so weiter!

Obwohl man in Ostelbien im allgemeinen wenig von guten Manieren hält, darf das neue freisinnige Programm der Wehleidigkeit dort sicher auf Verständnis rechnen. Die begrenzte Bewegungsfreiheit, die socialdemokratische Redner bisher in freisinnigen Versammlungen genossen haben, ist von den Hütern der öffentlichen Ordnung stets als ein schweres Aergernis empfunden worden. Mögen in Zukunft mehr als je zuvor freisinnige Versammlungsleiter durch Mundtotmachung socialdemokratischer Umstürzler die Thätigkeit der königlichen Polizeibehörde und des Junkertums glücklich ergänzen. Es ist immer noch fraglich, welcher von diesen drei Bundesbrüdern die Wahrheit am meisten zu fürchten hat.

Für den Juni 1903 schließt sich ein neues Ordnungskartell gegen die Socialdemokratie zusammen. Herr Eugen Richter will Vergeltung üben an der verhaßten Partei, deren unerhörte Wahlerfolge in einem vollständigen Verfall seiner eignen Partei ihr notwendiges Gegenstück gefunden haben. Wenn sich bewahrheiten sollte, was neuestens von der „Frankfurter Zeitung" behauptet wird, wenn wirklich jene alberne 8½ Millionen-Mischmaschbroschüre, für die das Scharfmachertum jetzt hausieren geht, **von einem Agitator der freisinnigen Volkspartei, Herrn Heinrich Fränkel, geschrieben ist,** wird sich niemand darüber wundern dürfen.

Ob Herr Eugen Richter bei seinem Rachefeldzug nicht noch seine letzten Wähler verlieren wird, das zu bedenken ist seine eigenste Angelegenheit. Ob sich seine politische Ueberschlauheit nicht als das Gegenteil der politischen Klugheit erweisen wird, darüber zu entscheiden verbietet uns — trotz Herrn Richters dreißigjähriger Politik der Mißerfolge — die Höflichkeit. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. November.

Reichstag.

Die am Dienstag wieder präsente Mehrheit beschränkte ihre Thätigkeit auf die viermalige Abgabe roter Neinkarten gegen unsre Verwendungsanträge. Diese harmonische Beschäftigung läßt sich ohne übermäßige Aufwendung an Geist betreiben, sie erfordert nur ein bißchen Geduld und die wird die Mehrheit schon aufbringen müssen. Unsren Rednern gehörte der Tag ausschließlich. Unbeirrt von der stummen Feindseligkeit der Zöllner vertraten sie durchaus sachlich unsre Anträge, die nach dem Muster des Antrags Trimborn gestaltet waren und einen Teil der Zollerträgnisse für die Aufhebung der das Volk seit langem drückenden Salz-, Zucker- und Branntweinsteuer nutzbar machen wollten. Genosse Rosenow begründete die Forderung, die Aufhebung der Salzsteuer durch die Bereitstellung von 49 Millionen aus den Zollerträgen anzubahnen. Er wies aus der Geschichte der Salzsteuer nach, daß sie von jeher und von den verschiedensten Seiten als die ungerechteste Steuer betrachtet worden ist, und daß sie besonders drückend in der gegenwärtigen Zeit der Arbeitslosigkeit empfunden werden muß. Die lebendigen Abstimmungsmaschinen widerlegten diese Gründe, indem sie unsren Antrag mit 190 gegen 64 Stimmen ablehnten.

Den zweiten Antrag, hundert Millionen zur Erleichterung der Aufhebung der Zuckersteuer zu verwenden, begründete Bernstein. Er ging auf die Verhandlungen über die Brüsseler Konvention zurück und wies darauf hin, daß ein neues Zuckerkartell zu erstehen drohe. Die Opposition, die sich in England gegen die Konvention rege, dürfe nicht unterschätzt werden. Das sicherste Mittel, die Zuckerkrisis zu beseitigen, sei die Steigerung des Inlandskonsums durch die Verbilligung der Preise. Die sehr interessanten Darlegungen unsres Redners über die Obstruktion und sein Versuch, die schwebenden Kompromißverhandlungen zur Sprache zu bringen, wurden vom Präsidenten als nicht zur Sache gehörig leider eingeschränkt.

Bei der Zuckersteuer beteiligte sich als einziger bürgerlicher Redner des Tages Eugen Richter mit ein paar Sätzen, aus denen sein Aerger herausklang, daß es ihm, dem gewiegten Parlamentarier, nicht wie unsren Genossen gelungen war, seinem Antrag auf Aufhebung der Zuckersteuer eine Form zu geben, die der Präsident nach der Geschäftsordnung nicht beanstanden konnte.

Dieser Zuckersteuerantrag wurde mit 158 gegen 99 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Offenbar haben auch einige Konservative für den Antrag gestimmt; genaues wird sich erst morgen aus der Abstimmungsliste feststellen lassen.

Unser Redner für den Branntweinsteuer-Antrag war Genosse Wurm, der, als er die Tribüne bestieg, von den wenigen im Saale anwesenden Bündlern mit Ausrufen unverhohlenen Aergers begrüßt wurde. Mit um so größerem Elan griff Wurm die Liebesgabenpolitik der Agrarier und den Spiritusring an. Er schloß mit der Hoffnung, daß die Stimme der Socialdemokratie um so lauter im Volke widerhallen würde, wenngleich sie hier im Hause auch taube Ohren träfe.

Unser Antrag wurde niedergestimmt; diesmal mit 203 gegen 43 Stimmen.

Die Sitzung wurde vertagt. Ein neuer Antrag unsrer Fraktion, die Getreidezölle bei bestimmten Preishöhen des Getreides aufzuheben, wird am Mittwoch zunächst das Haus beschäftigen.

Das Gersten-Canossa.

Eine parlamentarische Korrespondenz berichtet als Ergebnis der Verständigungsaktion das Folgende:

„Es bestätigt sich, daß der Reichskanzler namens der verbündeten Regierungen einen **Mindestzoll für Braugerste von 4 M.** (bisherige Regierungsvorlage 3 M.) unter der Voraussetzung den Mehrheitsparteien angeboten hat, daß ein Minimalzoll für Futtergerste nicht in das Tarifgesetz eingestellt wird. Die Mehrheitsparteien, einschließlich der Nationalliberalen, haben heute vormittag in ihren Fraktionen über dieses Angebot verhandelt. Das **Centrum** hat sich, wie bestimmt verlautet, mit dem Angebot **einmütig einverstanden** erklärt. Es wird in der dritten Lesung auf den Boden der so veränderten Regierungsvorlage zurücktreten. Die große Mehrheit der Nationalliberalen wird den Reichskanzler in seiner Verständigungspolitik unterstützen. Nicht völlig einig soll man dagegen im Lager der beiden konservativen Fraktionen geworden sein. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die hier vorhandenen Gegensätze völlig auszugleichen sind. Mit Sicherheit wird aber darauf gerechnet, daß die für die Mehrheitsbildung erforderlichen Stimmen sich bei den Konservativen werden finden lassen. Voraussichtlich werden die heute abend zwischen den Vertrauensmännern der Mehrheit und dem Reichskanzler stattfindenden Verhandlungen den formellen Abschluß bringen. Die Beratung des Tarifs soll dann „mit Dampf" gefördert werden."

Damit wäre denn die „mittlere Linie" der Verständigung glücklich gefunden. Die Regierung hat dem Centrum, vornehmlich den süddeutschen Centrumsagrariern, noch eine Mark bei der Braugerste draufgelegt, obwohl sie das bisher mit aller Entschiedenheit für schlechterdings unmöglich und unannehmbar erklärt hat. Das Centrum hat mit diesem Zugeständnis mehr erreicht als es wohl jemals ernstlich vermutet hat, und es sind die verbündeten Regierungen, die gegenüber allen ihren früheren Erklärungen, schmählich nach Canossa gegangen sind — das Gerstenopfer darbringend.

Es will nichts besagen, daß die „Deutsche Tagesztg." nach wie vor den unentwegten Bramarbas spielt, und versichert, es werde ungeheuer schwer werden, eine Verständigung in der Frage der Viehzölle zu finden. Wir haben niemals die Verständigung, mit deren sicherem Zustandekommen wir seit jeher gerechnet haben, in einer Zustimmung der äußersten Rechten gesehen. Die gefährliche Zollwuchermehrheit erkannten wir immer in dem Kartell des Centrums, der Nationalliberalen, der Reichsparteiler und eines Teils der „versöhnlichen" Konservativen. Es gehörte zum Ganzen, daß dann auf der äußersten Rechten die Unentwegten vom 7½ Mark-Zoll zornvoll wüteten.

Ob die Verständigung in der angedeuteten Weise zustandekommen wird, ist gleichgültig. So oder so wird sie kommen. Sollte wirklich die Regierung Braugerste erhöhen, so wäre das nur eine weitere Erschütterung der allerdings niemals vorhandenen Regierungsautorität.

Wir haben seit Beginn des Zollkampfes die Gewissenlosigkeit und Kurzsichtigkeit bekämpft, mit der namentlich die Freisinnige Volkspartei den Kampf gegen den Zollwucher einzulullen suchte, indem man erklärte, der Tarif würde an den Meinungsverschiedenheiten im Zollwucherlager zu Grunde gehen, die Opposition brauche deshalb keine Hand zu rühren. Wenn das nicht die Taktik des Verräters war, so war es eine unbegreifliche Einsichtslosigkeit. Jetzt zeigt sich, wie richtig unsre Taktik war, die nur mit der eignen Kraft rechnete. Eugen Richter aber wiederholt in diesem Augenblick des völligen Zusammenbruchs seiner Taktik die lächerliche Finte, die Einigung sei erfolgt, weil die Mehrheit von uns bekämpft wurde: „In der Temperatur, welche die Obstruktion der Socialdemokratie im Reichstag hervorgebracht hat, ist die Einigung rascher und vollständiger erfolgt, als man bisher irgendwie annehmen konnte."

So schreibt ein Blatt, das auf politischen Ernst Anspruch nimmt, die „Freisinnige Zeitung". Woraus Eugen Richter vermutlich die Folgerung zieht, alle Opposition aufzugeben, denn jeder Kampf hat die Eigentümlichkeit, Gegner zu finden. In Wirklichkeit hat unsre energische Opposition die selbstverständliche Verständigung so lange Zeit verhindert, weil die Komödie der Uneinigkeit ja nur dazu dienen sollte, die Gegner sicher zu machen. Als man aber

merkte, daß außer der Freisinnigen Volkspartei niemand auf diese Finte hineinfiel, gab man das Spiel auf und entschleierte die Verständigung.

Sehr komisch ist es, daß die „Freisinnige Zeitung", nachdem sie die „Obstruktion" für die Verständigung verantwortlich gemacht hat, ein paar Zeilen weiter, auf die „Obstruktion" zu hoffen scheint, indem sie bemerkt: Die Kompromißparteien seien noch nicht im Klaren darüber „wie es formell möglich ist, die 938 noch rückständigen Tarifpositionen bis Juni in zwei Beratungen durchzuberaten." Wir nehmen an, daß Eugen Richter ihnen diese Klarheit edel zeigen wird.

* * *

Die „Klerikalisierung" der Regierung geht sogar so weit, daß sie das Unausführbare durchführbar, das Unmögliche möglich zu machen verspricht. Auf Seite 73 der „Begründung", die die Regierung dem Entwurfe des Zolltarif-Gesetzes beigegeben hat, ist nämlich folgendes zu lesen:

(Es) würde eine verschiedenartige Gestaltung des Gerstenzolles zu Gunsten der sogenannten Futtergerste **nicht im landwirtschaftlichen Interesse liegen, selbst wenn sie zolltechnisch durchführbar wäre.** In letzterer Hinsicht ist hervorzuheben, daß **nach dem übereinstimmenden Urteil der Sachverständigen sich ein zur zolltechnischen Verwendung geeigneter, äußerlich erkennbarer Unterschied zwischen Futter- und Braugerste nicht aufstellen läßt.** Von einer nach dem Verwendungszwecke der Gerste verschiedenartigen Zollbelastung muß schon aus diesem Grunde abgesehen werden.

Die weitere Erhöhung des Gerstenzolls, so wird weiter ausgeführt, verbiete sich schon aus dem Grunde, weil die heimischen Brauereien die östreichische Gerste nicht entbehren könnten. Wenn schon diese Gründe gegen eine zu starke Erhöhung des Gerstenzolles sprächen, so sei auch auf die etwaigen **Folgen für den Bierpreis** Rücksicht zu nehmen. Auch sei zu befürchten, daß den kleinen Brauereien der Wettbewerb gegen den Großbetrieb erschwert würde.

Alle diese guten Gründe hat die Regierung nun im Stich gelassen. Die „zolltechnisch undurchführbare", nun aber doch wieder „durchführbare" Unterscheidung zwischen Futter- und Braugerste wird jedenfalls für den Zuwert der Futtergerste zur Quelle der umständlichsten Zollplackereien werden. Und das, trotzdem nach der Ansicht der Regierung in Betracht zu ziehen ist, „daß viele Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf den wohlfeilen Bezug von Futtergerste angewiesen sind."

Nun hat die Regierung allen diesen ketzerischen Irrtümern abgeschworen und sich löblich unterworfen — wie es sich für eine brave Centrumsregierung geziemt. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Kruppianer.

Der Schlammvulkan, den der Fall Krupp in der bürgerlichen Presse aufgewühlt, hat sich schnell wieder beruhigt. Die Wahrnehmung, daß in allen offiziellen Beileidstelegrammen der Würdenträger mit keiner Silbe der „Affaire" Krupp gedacht war, hat das Gesinde vermutlich stutzig gemacht, ob es nicht geraten sei, über Unleugbares und Wohlbekanntes zu schweigen. Vielleicht hat auch die klerikale Presse, die sich zuerst wacker an den wider den „Vorwärts" inszenierten Schmähungen beteiligte, in bürgerlichen Capri-Berichten gelesen, daß die Opposition gegen die Geldherrschaft Krupps auf der Insel zuerst von der — Geistlichkeit ausgegangen sein soll.

Dagegen tritt jetzt eine andre sehr charakteristische Erscheinung hervor. Der verleumdete Artikel des „Vorwärts", der unbegreiflicherweise der Konfiskation verfiel, beruhte nicht nur auf sorgfältiger Information, sondern er war auch von strengstem sachlichen Ernst. Er vermied jede sensationelle Einzelheit und war so frei von Beschimpfungen und Verdächtigungen, daß er in bürgerlichen Blättern sogar anfangs angegriffen wurde, weil er Krupps Verhalten — entschuldigt habe. Es ist auch eine Lüge, daß er Privatangelegenheiten in die Oeffentlichkeit zerrte. Ernstlich sind Vorgänge, die seit zwei Monaten das Ausland lebhaft beschäftigten, nicht mehr privater Natur. Sodann hatten wir die Angelegenheit lediglich als Material für die politische Gesetzgebung behandelt. Und endlich können Thaten, die nach deutschem Rechte strafbar sind, überhaupt nicht als Handlungen gelten, die in das Bereich des Privatlebens fallen.

Was aber sehen wir nun? Dieselbe Presse, die gestern über den „Vorwärts" herfiel, veröffentlicht heute selbst eilfertig allen möglichen Capri-Klatsch, ohne seine Wahrheit zu prüfen, ohne jeden ernsten Zweck, aus purer Skandalsucht, aus Spekulation auf die niedrigste Neugierde des Publikums. Und je versteckter und zweideutiger diese Darstellungen sind, um so gemeiner und schmutziger sind sie. Allerdings sind diese sauberen Blätter ja jetzt sicher vor einem Strafantrag Krupps.

So veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" folgende Berichte:

Der „Figaro" erhält von einem auf Capri weilenden Abonnenten einen Brief, worin der Aufenthalt Krupps auf Capri geschildert wird. Krupp war äußerst freigebig, er schenkte bisweilen den Arbeitern, mit denen er sich unterhielt, hundert, selbst fünfhundert Mark. Er wurde von Malern und Bildhauern bestürmt und kaufte viel, beispielsweise einmal zwölf Büsten Dantes. Krupp wohnte in dem Hotel, das dem Sindaco gehörte und wurde dadurch verleitet, sich in die Angelegenheit der Insel zu mischen. Er wich seinen deutschen Landleuten aus und lud sie höchstens abends zu den musikalischen Festen ein, die er im Salon eines Barbiers veranstaltete, bei denen neapolitanische Musikbanden mitwirkten. Leider, sagt der Briefschreiber, ließ er auch Tennisplätze und Wege anlegen, die schöne Punkte der Insel entstellten. Den Haß der Insulaner aber entfesselte er besonders, indem er die früher heilig gehaltene Grotte des Fra Felice kaufte und dort einen Portier in der Tracht eines Franziskaners einquartierte, sowie Feste gab, die von den Italienern als Religionsverspottung empfunden wurden.

Selbst der fromme „Reichsbote" druckt diese Erzählungen ab und noch einen ganzen Haufen Märlein aus Wiener Blättern dazu.

* * *

Wie die Kruppianer lügen, dafür ein Beispiel. Am Tage des Todes telegraphierten sie in alle Welt — und Wolff verbreitete es —, daß Krupp beabsichtigt habe, nach Capri zurückzukehren, und der Salonwagen habe schon bereit gestanden. Darauf fiel ihnen ein, daß man in der italienischen Presse, die Krupps Interessen vertritt, bereits eine andre Lesart verbreitet hatte und nun versichert die „Kölnische Zeitung": Die Meldung stehe im Gegensatz zu seinen früheren Entschließungen. „Krupp erklärte bereits vor zwei Monaten, als die italienische Presse sich mit seiner Person beschäftigte, der Aufenthalt in Italien sei ihm derart verleidet, daß er die Insel Capri niemals wiedersehen wolle. In diesem Sinne habe Krupp auch mit dem Kaiser gesprochen und ihm seinen Entschluß mitgeteilt."

Wir sind keine Monarchisten; sonst würden wir die Hineinziehung der Person des Kaisers sicher als höchst peinlich empfinden, die übrigens auch der „Lokal-Anzeiger" betreibt, der sich aus Bückeburg telegraphieren läßt:

„Der Kaiser wird von hier erst Mittwoch früh abreisen und direkt nach Essen zur Beisetzung Krupps fahren. Wie verlautet, ist der Kaiser über Krupps Tod tief erschüttert und entrüstet über die gegen den von ihm geschätzten Mann ausgesprengten Verdächtigungen."

In das gleiche Gebiet der Kruppianer-Arbeit gehört das folgende Telegramm:

Das „Giornale d'Italia" erfährt authentisch, der nach Capri entsandte Untersuchungsrichter habe auf Grund der Klagen von Eltern zehn Fälle von Verführung Minderjähriger durch einen in Capri lebenden deutschen Unterthan festgestellt. Gegen den letzteren wurde ein Haftbefehl erlassen. Gleichzeitig wird bemerkt, daß während die genannten Vergehen vorfielen, Krupp nicht in Capri weilte.

Es ist niemals behauptet worden, daß Krupp auf Capri Handlungen begangen hat, die nach italienischem Recht strafbar sind, am allerwenigsten in einer Zeit, wo er nicht auf der Insel war.

* * *

Der Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.", Runge, bittet uns mitzuteilen, daß er nur im Auslande geboren sei, aber von Abstammung ein Deutscher und durch die preußische Staatsangehörigkeit des Vaters preußischer „Unterthan" sei. Seit 1848 ist bekanntlich sonst niemand „Unterthan". Herr Runge fühlt sich doch immer noch ein wenig russisch!

Die Krupp-Presse

hat auf die Züchtigung, die wir ihrem schamlosen Treiben in der gestrigen Nummer zu teil werden ließen, noch keine Antwort gefunden, mit Ausnahme der mit den „Berl. Neuesten Nachr." im Panzerplatten-Patriotismus rivalisierenden „Post". Auch dies Blatt hat gegen unsre Kritik der Krupp-Presse nicht einen vernünftigen Einwand vorzubringen, was freilich nur ein Grund mehr für es ist, sich in einem spaltenlangen Geschimpfe gegen den „Vorwärts" auszutoben.

Zunächst entrüstet es sich in seinem 17,50 M.-Entrefilet darüber, daß dem „Vorwärts" nicht einmal das „de mortuis nil nisi bene" (Verstorbenen sage nur Gutes nach) heilig sei. Zu einem solchen Grundsatz thörichtester Sentimentalität kann sich natürlich kein vernünftiger Mensch bekennen. Aber trotzdem ist es eine freche Lüge, zu behaupten, der „Vorwärts" habe angesichts des trotz alledem tragischen Falles Krupp auch nur das geringste Bedürfnis gehabt, den Fall sensationell auszuschlachten. Der „Vorwärts" hat sich im Gegenteil die denkbar größte Zurückhaltung auferlegt, es gerade in der Gewißheit, daß die Akten dieses Falles ja noch lange nicht geschlossen sind und daß sich später noch Gelegenheit genug finden wird, auf den schäbigen Verleumdungsfeldzug der Krupp-Presse gegen den „Vorwärts" zurückzukommen. Es ist dem „Vorwärts" deshalb auch gar nicht eingefallen, auf den specifischen Fall Krupp irgendwie einzugehen. Wohl aber hatte er das unbestreitbarste Recht, in den beizenden Weihrauchnebel auf den Industriegewaltigen und Arbeiterwohlthäter Krupp mit schonungsloser Kritik hineinzufahren. Lediglich das hat der „Vorwärts" gethan und zwar völlig mit dem beabsichtigten Erfolg. Blöde Schimpfereien nach Art der „Post" bieten nur den erfreulichen Beweis, wie sehr die uns aufgedrungene Abwehr gesessen hat.

Daß einem Unternehmerblatt der Nachweis, daß der größte Industriekönig Deutschlands ein absolut überflüssiges Rädchen im Getriebe seines Riesenunternehmens war, nicht gefallen kann, begreifen wir sehr gut. Es läßt sich kein vernichtenderes Argument gegen den Kapitalismus erfinnen. Der Mann, der jährlich 25 Millionen — eine Summe die dem Einkommen von 25 000 Arbeiterfamilien entspricht — einheimsen konnte, ein völlig überflüssiges Anhängsel des Betriebes! Und dagegen weiß die „Post" nichts zu sagen, als daß Krupp, wenn er auch nicht das disponierende und organisierende Talent seines Vaters besessen habe, sich doch über alle Einzelheiten seines Betriebes habe „informieren" lassen. Leider nur ist die Zahl der Preßtrabanten Krupps eine zu große, als daß auch nur diese schwächliche Lesart die allgemeine wäre. Gerade Blätter, die sich mit ganz besonderem Eifer des Verschiedenen angenommen, verbreiteten die Lesart, daß Krupp bereits seit Jahren aus Aerger über die Kritik an seinem Wirken sich vollständig von den geschäftlichen Dingen seines Betriebs zurückgezogen habe. Und wunderbarer Weise haben sich Krupps Einkünfte seit dieser Zeit nicht nur nicht vermindert, sondern sogar ganz kolossal vermehrt! Die kapitalistische Legende von der ökonomischen Notwendigkeit des Unternehmers gerade der riesigsten Betriebe, ist durch diese Thatsache so schlagend widerlegt, wie es nur der fanatischste Gegner der kapitalistischen Mißwirtschaft wünschen kann.

Und trotz unsrer zahlenmäßigen Beleuchtung der Kruppschen „Arbeiterwohlfahrt" fährt die „Post" fort, das Märchen von dem wohlthätigen Sinn der Firma Krupp weiter zu erzählen. Nicht in einem einzigen Punkte vermag das Blatt unsre gestrigen Darlegungen zu erschüttern, trotzdem stimmt es neue Lobeshymnen auf den humanitären Musterbetrieb an. Das Blatt ahnt wohl, daß wir noch lange keine erschöpfende Kritik an den famosen Wohlfahrtseinrichtungen geübt haben, es hütet sich also geflissentlich, durch Aufstellung irgend welcher konkreter Behauptungen zu weiterer Kritik zu provozieren! Statt dessen deliriert es allerhand kindisches Zeug über unsre angebliche Lästersucht zusammen, die lediglich darauf zurückzuführen sei, daß der Socialdemokratie eine „zufriedene" Arbeiterschaft, wie die Krupps, in der Seele zuwider sei. Wie zufrieden die Arbeiter Krupps waren, bewiesen ja die erst im Anfang dieses Jahres in Essen stattgefundenen Massenversammlungen Tausender von Kruppschen Arbeitern, die einen gesetzlichen Schutz gegen die Kruppschen „Wohlthaten" verlangten. Welche Empörung mußte sich dieser Arbeiter bemächtigt haben, daß sie sich durch ihre Proteste der Gefahr der Entlassung aussetzten, zugleich der Gefahr also, der sich auf Hunderte von Mark belaufenden Beiträge verlustig zu gehen, die die Kruppsche Wohlfahrt ihnen abgepreßt hatte!

Die Kruppsche Presse mag also munter weiter schimpfen, wir werden mit Vergnügen durch dürres Zahlenmaterial antworten. —

Ultramontaner Krupp-Koten. Auch die „Märk. Volks-Ztg." speit Gift gegen unsre Brandmarkung der journalistischen Krupp-Lakaien. Insbesondere ärgert sie unsre Kritik der schamlosen Verherrlichung des raffinierten Fabrik-Zarismus der Firma Krupp. Unsre Illustrierung des famosen „Wohlfahrts"-Systems erklärt sie für einen „ebenso lächerlichen als unverschämten" Angriff. Eine Anpöbelung, die sich notabene auch gegen die Mitglieder christlicher Organisationen richtet, die gegen die Kruppsche Zwangswohlfahrt im Anfang dieses Jahres protestierten. Auch daß Krupp seiner Zeit seinen Arbeitern das Lesen ultramontaner Blätter verbot, die wider den Stachel des Kruppschen Despotismus zu löken wagten, hat das Blatt vollständig vergessen. Freilich, heute ist das Centrum ja ebenso panzerflottenpatriotisch, wie die „Post" und die „Berliner Neueste Nachrichten".

Die Pflicht zur Anwesenheit proklamiert jetzt die „Freisinnige Zeitung" für die parlamentarische Minderheit, indem sie sich darüber aufhält, daß bei der namentlichen Abstimmung am Montag, die die Beschlußunfähigkeit ergab, nur wenige Socialdemokraten abstimmten. Eugen Richter entwickelt sich. Jetzt erklärt er es sogar für eine

---

„Habsburg und Wallburg".

-st- Wien, 21. November.

In Budapest lebt ein gewisser Ernst Wallburg als Kellner. Der Mann, der von Tisch zu Tisch Trinkgelder einsammelt, ist der Sohn eines östreichischen Erzherzogs, wohlgemerkt: ein ehelicher. Nun ist ein Kellner ein Arbeiter wie jeder andre, und daß Arbeit auch den Sohn eines Erzherzogs nicht schändet, ist selbstverständlich. Da aber nicht anzunehmen ist, daß der erzherzogliche Sproß den Kellnerberuf aus einer ernsten Vorliebe für positive Arbeit gewählt habe, so muß der merkwürdige „Abstand" zwischen Geburt und Beschäftigung eine besondere Ursache haben. Und wirklich, eine Ursache ganz unglaublicher Art scheint vorzuliegen: nach einer Darstellung, die man dieser Tage erhalten hat, sollen die Kinder des Erzherzogs Ernst um ihren Namen, um ihren Rang und um ihr Erbe planmäßig gebracht worden sein. Und zwar von den Kreaturen des Bruders ihres Vaters, des Erzherzogs Rainer.

Die „Affaire Wallburg" beschäftigt die östreichische Oeffentlichkeit schon seit recht langer Zeit. Der Ernst Wallburg machte nämlich den Versuch, seine ehrliche Abstammung von dem Erzherzog Ernst durch eine Fälschung zu erweisen: ein Freund von ihm, ein gewisser Staudinger, wollte in die Matrikel eine falsche Eintragung — über die Ehe des Erzherzogs — einschmuggeln. Er wurde angeklagt und im Herbst in Laibach zu einer mehrmonatigen Arreststrafe verurteilt. Der Vorsitzende in jenem Prozeß schloß damals die Verhandlung mit dem vielkommentierten Wort: „Die Sache ist also endgültig erledigt". Daß jene Fälschung nicht beweist, daß die vier Kinder, die den Namen Wallburg tragen, nicht die Kinder des Erzherzogs sind, liegt auf der Hand: die Fälschung war vielmehr ein Mittel, eine Thatsache mit vorgespiegelten Umständen zu erweisen. Nun ist in einer Wiener Wochenschrift, dem „Don Quixote", die sich die „Bekämpfung" der östreichischen Dynastie zum Hauptthema erkoren hat, unter dem Titel „Habsburg und Wallburg" ein Aufsatz erschienen, der in der Behauptung gipfelt, die Wallburgs seien die Kinder des Erzherzogs Ernst aus einer unanfechtbaren Ehe, und bewußt und planmäßig seien sie um ihr Erbe gebracht worden. Der Aufsatz ist selbstverständlich konfisciert worden, durch eine Interpellation aber erst recht bekannt geworden. Wir lassen nun den Autor selbst das Wort, er erzählt:

Erzherzog Ernst von Oestreich war mit der schönen Frau Laura von Stublitz eine Liebesheirat eingegangen. Diese Ehe ist durch kein Dokument nachgewiesen. Aber in Laibach kannte jedermann den Erzherzog und seine Frau als legitimes Ehepaar. Der Erzherzog zeigte sich öffentlich überall mit ihr, er schob selbst den Kinderwagen auf dem Korso, er hob seine Knaben vor den Offizieren aufs Pferd, liebkoste sie ꝛc. ꝛc. Ein Bruder des Domdechanten Samejz hat an Eidesstatt bestätigt, daß er die Trauung vollzogen habe. Ein Brief des Erzherzogs selbst vom 20. Februar 1898 ist von entscheidender Bedeutung; da heißt es: „Nunmehr kann ich die Frage wegen meiner Ehe mit Deiner edlen armen Mutter nicht mehr verneinen." Die Mutter der Kinder starb. Diese wurden in Erziehungsanstalten untergebracht, wo sie ihr Vater oft besuchte. 1872 kam Erzherzog Ernst in finanzielle Schwierigkeiten. Er schloß mit seinem Bruder, dem Erzherzog Rainer, einen Vertrag, in dem er auf sein ganzes Vermögen und alle Anwartschaften zu dessen Gunsten verzichtete, wofür Erzherzog Rainer ihm eine (übrigens kleinere als sonst gewährte) Erzherzog-Apanage bewilligte. Dieser Kuratelvertrag, den die Schranzen des Erzherzogs Rainer seinem unglücklichen Bruder aufzwangen, war sowohl betrügerisch wie wucherisch. Er beutete die Notlage eines andern zu dessen wirtschaftlichem Ruin aus und führte den geschäftlich Unerfahrenen entweder durch Uebertreibung seiner augenblicklichen Notlage oder durch Verschweigen seiner reichen zukünftigen Hilfsmittel irre. Der Prinz war zu stolz, wohl auch zu schwächlich, friedliebend und eingeschüchtert durch einen fremden Willen.

Jetzt bekamen die Kinder des Prinzen an Stelle ihres früheren Vormundes — in diesem ersten Vormundschaftsprotokoll sind die Kinder ausdrücklich als ehelich bezeichnet — den Sekretär des Erzherzogs Rainer, Herrn v. Gall, zum Vormund. In dem neuen Protokoll werden die Kinder schon als unehelich bezeichnet. Die Kinder durften zum Erzherzog Ernst nicht mehr „Papa" sagen. 1879 nahm man die beiden Mädchen aus dem Kloster und gab sie zu einem Diurnisten und dessen Frau, einem ehemaligen Dienstmädchen, nach Innsbruck in Pension. Die Kinder mußten dort Magddienste verrichten. Die ältere Tochter, geistig zurückgeblieben, war nicht gefährlich, wohl aber die jüngere, Mlotilde. Sie wurde daher von den Schranzen an einen alten Arzt in Lienz verkuppelt, die Mitgift von 20 000 fl. gab Erzherzog Rainer. Durch Drohungen erzwang dessen Sekretär die Eheschließung. Von den Söhnen war einer — Ernst — Lieutenant geworden, wegen ganz unbeträchtlicher Schulden kassiert, ins Elend und später ins Lumpenproletariat geraten. Der zweite Sohn war lungenkrank. Diesem jungen Mann wurde die Entziehung der kärglichen Subvention angekündigt, man suchte ihm eine Braut, deren Familie vollkommen verläßlich war, aufzuzwingen. Man wagte ihm sogar zu sagen, er verdanke sein Leben einem Ehebruch der Mutter. Der Jüngling beging einen Selbstmord. Dem herbeigeeilten Sekretär des Erzherzogs Rainer — es war bereits der jetzige Hofrat Dr. Basilio Giannelia — rief der Sterbende Worte voll bittersten Hohnes zu, die allerdings nicht ihm allein gelten. Sterbende — und Ermordete schon gar — sind nicht genug objektiv.

Bereits im Dezember 1879 waren in Pest gefälschte Taufscheine für die Kinder ausgestellt worden. Diese Taufscheine sind gefälscht, weil ein Karl v. Wallburg überhaupt niemals preußischer Offizier und — ebensowenig wie die angebliche Mutter — nie an der im Taufschein angegebenen Adresse gewohnt hat.

Inzwischen war Mlotildens Gatte gestorben. Diese kam nach Wien und verheiratete sich mit dem Rittmeister v. Szimic. Wiederholt besuchte Erzherzog Ernst seine Tochter, korrespondierte auch mit ihr. Den wiederholten Fragen, ob er mit ihrer Mutter verheiratet war, wich er aus. Erst vor seinem Tode schrieb er jenen „großen" Brief, den die Laibacher Schriftsachverständigen für falsch erklärten. In diesem Briefe heißt es ausdrücklich:

Nunmehr kann ich die Frage wegen meiner Ehe mit Deiner edlen armen Mutter nicht mehr verneinen, mehr kann ich Dir nicht sagen. Nach meinem Tode, aber erst dann, gehe nach Laibach, jener dort ist mir und euch ein treuer Freund gewesen und euch geblieben; auf meine Intervention vollzog sein Bruder die Trauung, mehr kann und darf ich nicht sagen, es bindet mich der Schwur, der mir in bitterster Stunde erpreßt wurde. Fluche daher Deinem alten Vater nicht, sondern bemitleide ihn. Den andern, mir so . . . (Das betreffende, leider zu erratende Wort ist ausgelassen!), ihn soll Gott richten und seine Stunde wird und muß schlagen, weil er mich und euch so elend gemacht hat. Hüte Dich vor seinem Helfershelfer G . . . . (Hofrat Dr. Basilio Giannelia, Sekretär des Erzherzogs Rainer.) — Die Welt sieht nur den äußeren Schein und Firnis, der Reiche in unsren Hofkreisen ist ihr leider nicht bekannt, wohl auch ein Glück, wohin kämen wir sonst. — Du fragst mich, ob Deine arme Mutter eine Stublitz war — ich sagte es Dir ja schon, und daß eure Taufscheine falsch sind. — Hüte Dich vor der Hof-Camarilla und deren Intriguen, die mich so verfolgt hat. Du wirst viel zu kämpfen und zu leiden haben, weil Du zu aufrichtig bist und gegen tückische boshafte Feinde zu kämpfen hast.

Kurz darauf starb Erzherzog Ernst. Zu dem Erkrankten verweigerten ihr die Schranzen den Zutritt und wagten die Bemerkung, die, wie ich annehmen muß, eine Lüge ist, daß ein diesbezüglicher Befehl des Erzherzogs Rainer vorliege.

Nun begannen die Wallburgs den Kampf um jene Dokumente, die ihre Anerkennung als Kinder und Erben bewirken mußten. Frau v. Szimic war vorsichtig genug, den Brief des Erzherzogs an einem völlig sicheren Orte zu hinterlegen und sich lediglich eine Photographie zu behalten. Das Testament und der eigenhändige Brief an den Kaiser, dessen Niederschrift Erz-

Pflicht der Opposition, durch ihre vollzählige Anwesenheit der schwänzenden Mehrheit die Beschlußfähigkeit zu ermöglichen. Da ist nur noch eine Steigerung möglich, daß es die Pflicht der Opposition sei, für die Gesetze zu stimmen, die sie nicht will. —

Socialdemokratische Zollanträge. Die Genossen Molkenbuhr, Antrick, Bebel, Stadthagen, v. Vollmar beantragen als § 11f in das Zolltarif-Gesetz einzuschalten:

Der Bundesrat hat die Zölle auf die nachbenannten Waren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die daneben gesetzten Preise erreichen: Weizen 215 M., Roggen 165 M., Gerste 155 M., Hafer 155 M., Hülsenfrüchte 185 M., Lupinen 80 M., Malz 175 M., Mais 155 M. per Tonne.

Eine Polen-Interpellation. Die Polen haben mit Unterstützung des Centrums und der Elsässer folgende Interpellation eingebracht: „Die ungleichmäßige Behandlung der polnischen Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches, welche im Widerspruch steht mit der staatsrechtlichen Gleichheit vor dem Gesetz, die sich unter andern insbesondere in einem Boykott polnischer Gewerbetreibender und Kaufleute seitens der Militärbehörden kundgiebt, in der **Entziehung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst** wegen geringfügiger Vergehen, in der Handhabung der Personenstands-Gesetze sowie in der **Behandlung politischer Tagesschriftsteller als gemeine Verbrecher,** veranlaßt die Unterzeichneten zu der Anfrage an den Herrn Reichskanzler, was derselbe zu thun gedenkt, um diesen Zuständen ein Ende zu machen?" —

Bei dem schönen Jagdwetter mag auch der Lederkönig von Worms, Herr v. Heyl, nicht Juden und Judengenossen als Stimmvieh dienen. Er hat trotz dem großen Interesse, das er dem Zustandekommen des Zolltarifs entgegenbringt, in jüngster Zeit verschiedenen Sitzungen des Reichstages „nicht beiwohnen können". Teils wird der bedauernswerte Mann im Sitzungsprotokoll als „beurlaubt", teils als „entschuldigt" oder „krank" aufgeführt. So war der freiherrliche Volksvertreter am 11. November nach dem Sitzungsprotokoll „krank". Die „Wormser Volkszeitung" hat in menschenfreundlicher Absicht dem Leiden nachgeforscht und gefunden, daß der hohe Patient am 11. November **einem Treibjagen** beiwohnte und gleiche Thätigkeit mußte er am 13. November entfalten.

Eugen, der Freisinnige, wettert inzwischen gegen die bösen Socialdemokraten, die den Reichstag „künstlich" beschlußunfähig machen. Inzwischen ist mehrfach bewiesen, daß von allen Künsten der Beschlußunfähigkeit alt- und neuadelige Waidmannskunst die beste ist. —

Zu dem Vorschlag einer Kavallerievermehrung äußert sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung": „Die glänzenden Reitermanöver, wie sie neuerdings vielfach geübt werden, haben allerdings zur Vermehrung der Reiterei weniger Veranlassung gegeben, da sie im Kriegsfall nicht möglich sind und nur ein „prächtiges Bild im Frieden" trotz aller nachträglichen Beschönigungsversuche bieten. Aber man kann doch den schlüssigen Gedankengang Zepelins nicht ohne weiteres abweisen. Wer vor jeder Prüfung einer Verbesserung zurückschreckt, bleibt nicht lange auf der Höhe." —

Gegen die Finanzwirtschaft des Reiches erheben erneut, wie wir gestern schon bezüglich Oldenburgs berichteten, bundesstaatliche Ministerien energischen Protest; nächst Oldenburg hat dieser Tage auch im neueröffneten Landtage der leitende Minister von Schwarzburg-Rudolstadt, Stark, die Finanzwirtschaft des Reiches einer charakteristischen Kritik unterworfen. Er führte nämlich bei der Einbringung des Etats aus, daß

„bei der Ungewißheit über die finanziellen Anforderungen des Reiches an die Einzelstaaten rechnungsmäßig nur von der Erwartung ausgegangen werden konnte, daß die Ueberweisungen sich mit den Matrikularbeiträgen decken würden. Die **Aufbringung ungedeckter Matrikularbeiträge** aus den laufenden Einnahmen würde nach dem zu erwartenden Rückgang der Forsterträge **nicht möglich** und **nur durch Anleihe** zu beschaffen sein. Eine **Abhilfe** sei nur durch die endliche Inangriffnahme der längst ersehnten **Reichsfinanzreform** zu erwarten."

Die Sehnsucht der Einzelstaaten nach einer sogenannten „Reichsfinanzreform" bedeutet nichts wie den Drang, die Mitverantwortlichkeit der Bundesregierungen für die Mißwirtschaft im Reiche abzulehnen. Die Matrikularbeiträge, die auf die direkten Steuern in den Einzelstaaten wirken, sind noch die einzige Hemmung für die sinnlose militaristisch-marinistische Reichspolitik. Im Bundesrat beschließen die Regierungen die Ausgaben des Reichs, es ist also durchaus notwendig, daß sie diese Ausgaben auch mittragen.

Es giebt nur eine Reichsfinanzreform, die vorwärts führt: progressive direkte Reichssteuern, die aber die Vertreter der besitzenden Klasse nicht wollen, weil sie sich ihren „Patriotismus" von den Besitzlosen bezahlen lassen. —

Wieder ein polizeilicher Mißgriff wird aus Barmen gemeldet. Dort brach am Montag der Stationsassistent Emde, als er sich morgens $5^1/_2$ Uhr zum Dienst begeben wollte, auf der Bahnhofstraße bewußtlos zusammen. Schutzleute fanden den Unglücklichen und brachten ihn als Betrunkenen im Kantongefängnis unter. Erst nach mehreren Stunden teilte man den Vorfall dem Stationsbureau mit, und als man hier erfuhr, daß der Herr unmöglich betrunken sein könne, da er um $5^1/_2$ Uhr im Dienst sein mußte, wurde ein Arzt requiriert, der feststellte, daß der im Kantongefängnis Untergebrachte vom Gehirnschlage getroffen sei. Nunmehr wurde der Schwerkranke ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit verstarb. —

Ein Stein vom Herzen. München, 24. November. (Eig. Ber.) Gestern verschied infolge eines Schlaganfalles plötzlich ein Mann, der dem bayrischen Centrum schon viele unangenehme Stunden bereitet hat: Dr. Franz **Klasen,** der ehemalige Chefredakteur des jetzt ganz centrumsfrommen „Bayr. Kurier". Dr. Klasen, ein geborener Hannoveraner, wurde in der politischen Welt bekannt durch seine heftigen Angriffe auf das bayrische Centrum. Da alle Versuche, den unangenehmen Kritiker zum Schweigen zu bringen, fehlschlugen, ließ Dr. Heim durch einen Bankier israelitischen Bekenntnisses heimlich — nicht einmal die eigentlichen Führer des Centrums wußten davon — die Aktien des Manz-Verlages zur Hälfte aufkaufen, dem der „Bayer. Kurier" gehört. Durch diese nach mehr als einer Hinsicht interessante Finanzoperation wurde das Blatt wieder in den Dienst des Centrums zurückgeführt und Dr. Klasen mußte natürlich gehen. Er gründete dann mit Dr. Bumüller in Augsburg die Wochenschrift „Das XX. Jahrhundert", die vornehmlich die Interessen der Reformkatholiken vertritt. Es bestand auch der Plan, eine neue liberal-katholische Partei zu gründen, deren Rückgrat eine neu zu errichtende Tageszeitung bilden sollte. Wie man hört, waren für diesen Zweck schon ziemlich viel Gelder vorhanden. Nun dürften diese Gründungspläne wohl ziemlich ins Wasser gefallen sein, denn wenn auch die Zahl der Reformkatholiken anscheinend in rascher Zunahme begriffen ist, so waren doch hauptsächlich der Ehrgeiz und die Energie Klasens das treibende Element, das zum Handeln anspornte. Unter diesen Verhältnissen kann man es verstehen, daß das Centrum erleichtert aufatmet. —

Ausland.

Allerlei Kosakisches.

Dem Leser sind bereits mehrere Cirkulare der höheren russischen Verwaltungsbehörden bekannt, die der Bewegung ein sehr günstiges Zeugnis über ihre Thätigkeit unter den Bauern und dem Militär ausstellen. Der folgende Erlaß giebt einen Einblick über das Vordringen der Bewegung unter den Volksschullehrern:

Ministerium der Volksaufklärung.
Inspektor der Volksschulen des Slawjanoserbischen Kreises,
Gouvernement Jekaterinoslaw

Nr. 250.

An die Herren Volksschullehrer.

Während meiner dreijährigen Beaufsichtigung des Ganges der Wirksamkeit in den Volksschulen in dem mir anvertrauten Rayon konnte ich nicht umhin meine Aufmerksamkeit auf die Existenz einer unerwünschten Tendenz in manchen Volksschulen zu lenken. In Erfüllung meiner Dienstpflicht und nach meinem Verständnis und Kräften habe ich die Lehrer und Lehrerinnen rechtzeitig vor Verirrungen gewarnt, doch meine Hinweise sind nur von wenigen beachtet worden, man hat sich sogar erlaubt, sie ganz verkehrt auszulegen. In dem letzten Jahre hat diese unerwünschte Tendenz schon krassere Formen angenommen, weswegen ich gezwungen war, zwei Lehrer ihres Amtes zu entheben. Dieser Umstand hat aber nicht, wie die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen haben, den übrigen Herren Erziehern zum warnenden Beispiel gedient. In Anbetracht dessen bin ich gezwungen, die verehrten Lehrer und Lehrerinnen zur Ordnung zu mahnen. Ich lege einem jeden zur Pflicht auf, seine Lehrthätigkeit unter der Aufsicht der Erziehungsdirektion und unter meiner Leitung mit dem Geist der Regierung und der Gesetzlichkeit in Einklang zu bringen. Im Falle der Nichtbefolgung dieses werden die strengsten Mittel in Angriff genommen werden.

Der Inspektor der Volksschulen. Skrebnitzki.

Nicht minder rebellisch gegen den „Geist der Regierung" zeigen sich auch die Volksschullehrer des Gouvernements Grodno, indem sie die der Regierung aus kosakisch-imperialistischen Gründen verhaßten kleinrussischen Lieder singen. Hierüber liegt das folgende Cirkular vor:

Ministerium für Volksaufklärung.
Direktor der Volksschulen des Gouvernements Grodno.
Nr. 912.

Aus dem der Direktion vorliegenden Material ist zu ersehen, daß etliche Volksschullehrer, hauptsächlich die jüngeren und die in den südlichen Kreisen des Gouvernements lebenden, sich auf den Volks-Unterhaltungsabenden erlauben, kleinrussische Lieder zu singen.

In Anbetracht dessen rechne ich es zu meiner Pflicht, die Herren Lehrer darauf aufmerksam zu machen, daß die russischen Volksschulen des Gouvernements Grodno nur die russische Staatsidee und die russischen Volkslieder in der örtlichen Bevölkerung zu pflanzen haben und daß in der Volksschule keine andren, als nur russische Volkslieder gesungen werden dürfen.

Der Direktor: Fiwliski.

Unter den in diesem Frühjahr von der Polizei als verdächtig anerkannten Gelehrten Petersburgs befand sich auch der Historiker und Publizist Prof. Miljukow, dessen Arbeiten auf dem Gebiete der russischen Kulturgeschichte allgemeine Begeisterung hervorgerufen haben und bereits in den verschiedenen Kultursprachen erschienen sind. Im Monat Februar wurde im Hause Miljukows eine Haussuchung vorgenommen, und, obgleich man nichts fand, setzte man Miljukow hinter Schloß und Riegel. Erst nach $4^1/_2$ Monaten kam er frei, doch das genügte der Regierung noch nicht. Sie will herausgefunden haben, daß der Gelehrte zwei bis drei Abende unter den Studierenden zugebracht habe, und dieses Verbrechen hat dem Gelehrten jetzt sechs Monate Zellenhaft eingebracht, die er auf den Befehl Nikolaus II. am 2. d. M. hat antreten müssen.

In dem Charkower Prozeß gegen die revoltierenden Bauern verließen, wie seiner Zeit berichtet worden ist, die verteidigenden Anwälte demonstrativ den Gerichtssaal, da sie die Ueberzeugung gewannen, daß sie bloß Dekorationsfiguren sein sollten. Der Vorsitzende des Gerichts hatte gleich nachdem den Justizminister befragt, ob er die Angelegenheit nicht der Korporation der Anwälte übergeben sollte. Das hat aber der Justizminister in der Befürchtung, die Anwälte könnten mit einer gegen die Regierung gekehrten Spitze freigesprochen werden, nicht zugelassen. Da der Vorsitzende politischer Natur sei, so müsse darüber dem Minister des Innern Plehwe Bericht erstattet werden, und so kann es kommen, daß die Anwälte bald ebenfalls auf die Sünderbank der Staatsverbrecher kommen. —

Das amerikanische Wahlresultat

vom 5. November zeigt endlich ein gesundes Wachstum der socialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten an. Die erfreulichen Fortschritte erstrecken sich auf alle Staaten, in welchen die Socialisten eigne Kandidaten nominiert hatten. Massachusetts marschiert mit circa 35 000 Stimmen an der Spitze, dann folgt Pennsylvanien mit über 20 000, New York ebenfalls über 20 000, Ohio über 15 000, desgleichen Illinois. Eine Reihe andrer Staaten, wie Misconsin, Missouri, Texas, California, New Jersey und Michigan weisen von 4000 bis 12 000 socialistische Stimmen auf. Die offizielle Stimmenzählung wird erst ein genaues Resultat liefern. Nach einer so langen Stagnation in der Bewegung wird dieser Fortschritt die Genossen mit neuem Eifer und Energie beleben. Von jetzt ab werden die herrschenden Parteien mit ganz andrem Interesse die socialistische Bewegung verfolgen, für die sie bisher die größte Gleichgültigkeit zeigten, da in einer ganzen Anzahl von Staaten die socialdemokratische Partei zur offiziellen aufgerückt ist, ihre Kandidaten also in Zukunft auf dem offiziellen Stimmzettel erscheinen, ohne daß die Sammlung von Tausenden von Unterschriften nötig wäre.

Die Hartkohlengräber werden im günstigsten Falle eine kleine Lohnerhöhung herausschlagen. Die Schiedsgerichtskommission arbeitet so langsam, daß der Verdacht aufsteigt, man beabsichtige die Entscheidung so lange hinauszuschieben, bis wieder ein Kohlenvorrat vorhanden ist, um dann die Miners wieder in den Streik zu treiben. Die Klarblickenden unter den letzteren machen sich auch keine Illusionen, sondern erklären offen, daß sie wieder vor einem neuen Kampfe stehen. Im günstigsten Falle wird der materielle Gewinn für die Miners ein kleiner sein, da eine andre Entscheidung von der Kommission nicht zu erwarten ist. Das Wahlresultat in der Anthracitregion hat aber konstatiert, daß der Kampf in principieller Beziehung in Tausenden von Kohlengräbern Klarheit geschaffen hat, und das wird der größere Gewinn sein. —

Schweiz.

Der Genfer Dienstverweigerungs-Prozeß.

Am Montag begannen die Verhandlungen des Kriegsgerichts in Sachen der Dienstverweigerung der 17 Soldaten, welche während des großen Streiks nicht marschieren wollten. Oberst Lachenal, der frühere Präsident der Eidgenossenschaft, leitet die Verhandlungen. Nach Eröffnung der Audienz werden die Angeklagten verhaftet. Der erste Angeklagte antwortet auf die Schuldfrage, er habe sich nicht gestellt, weil ihm sein Gewissen nicht erlaubte, die Waffen gegen die Brüder zu ergreifen. Oberrichter Lachenal bemerkte dagegen, das Militär sei nicht gegen die Streikenden aufgeboten worden, sondern gegen die Ruhestörer. (!) Hauptmann Lehmann als Staatsanwalt verlangt die Bestrafung aller Schuldigen, weil es Pflicht eines Schweizer Soldaten ist, der Ordre seiner Regierung zu gehorchen. — Das erste Urteil wurde um 12 Uhr gefällt und lautete gegen den ersten Angeklagten Wyß auf zwei Monate Gefängnis und ein Jahr Einstellung der Bürgerrechte.

Vermutlich werden die ferneren Urteile ähnlich ausfallen. Der Prozeß ist nicht nur wegen seiner Vorgeschichte interessant, sondern auch durch die Nebenumstände, durch die man es fertig brachte, aus der Zahl von 321 Mann, die den Dienst verweigert hatten, schließlich nur ganze 17 Mann vor's Tribunal zu bringen. Sämtliche Dienstverweigerer wagte man aus begreiflichen Gründen nicht unter Anklage zu stellen, man sichtete deshalb die Dienstverweigerer verschiedene Male, um schließlich eine Handvoll aufs Geratewohl Ausgewählter der militärischen Klassenjustiz zum Opfer zu bringen. Gegen 196 Mann wurde zunächst das Verfahren eingestellt, weil sie „genügende Entschuldigungen" vorgebracht hätten. Von den übrigen 125 Mann wurden 108 zwar als straflos angesehen, aber doch nicht in dem Maße, daß eine Anklage gerechtfertigt gewesen wäre. Man beschränkte sich also darauf, an den übriggebliebenen Siebzehn ein Exempel zu statuieren. Vor allen übrigen hat man es auf den Genossen Sigg abgesehen, der zum zweitenmal wegen Dienstverweigerung zur Anklage steht. Unsre Genfer Genossen wird jedoch das militaristisch-kapitalistische Strafgericht nicht abhalten, in Zukunft noch energischer die Arbeiterinteressen gegenüber dem solidarischen kapitalistischen Klüngel zu verfechten. —

Frankreich.

Zum Bergarbeiter-Streik. Aus Paris wird der „Frankf. Ztg." depeschiert: Die Vertreter der Bergarbeiter und der Minengesellschaft des Loire-Beckens konnten sich nicht einigen. Sie übertrugen den Schiedsspruch dem Präsidenten des Kassationshofes, Ballot-Beaupré. —

Im Ministerrat am Dienstag, an welchem der Marineminister Pelletan Unwohlseins halber nicht teilnahm, teilte Ministerpräsident Combes mit, daß der Ausstand der Grubenarbeiter überall mit Ausnahme des Loire-Bassins beendet sei. Auch dort sei die Wiederaufnahme der Arbeit demnächst zu erwarten, da die Grubengesellschaften und die Arbeiter sich auf eine schiedsgerichtliche Entscheidung geeinigt hätten. —

Voyrons Geheimbericht. Voyrons Bericht über den Anteil der französischen Missionare an den Pekinger Plünderungen und an dem Ankauf der Beute, den Pelletan als Oppositionsmann im vergangenen Jahre vergebens von Waldeck-Rousseau verlangt hatte, ist von ihm dem Vorsitzenden des Haushaltungsausschusses du Bief auf dessen Verlangen ausgeliefert worden. Der Ausschuß wird weiter geheimhalten, was aus diplomatischen Rücksichten besser unveröffentlicht bleibt.

Gerade die Voyronsche Kritik an dem Verhalten der Truppen der übrigen Chinamächte wäre außerordentlich interessant. —

Belgien.

Die Spielhöllen. Die Regierung ist der Interpellation Vandervelde, der die Regierung über die Verzögerung der Veröffentlichung des Gesetzes über die Spielhöllen befragen wollte, zuvorgekommen. Sie ließ durch den Minister des Innern, Herrn de Trooz, erklären, daß die Veröffentlichung aus Rücksicht auf die Badeplätze unterblieben sei, daß das Gesetz aber bestimmt mit Anfang 1903 in Kraft treten werde. Endlich! —

England.

Das Mitglied des Unterhauses für die Orkney- und Shetland-Inseln, Wason, der nach seinem Uebertritt von der unionistischen Partei zu den unabhängigen Liberalen sein Mandat den Wählern zurückgegeben hat, wurde mit 2412 Stimmen wiedergewählt. Von den Gegenkandidaten erhielten Wood (liberal) 2001 und Angier (Unionist) 740 Stimmen. —

Rußland.

Anton Tschechow und Gorki.

Allgemeine Erregung hat seiner Zeit die aus politischen Gründen vorgenommene Kassierung der Wahl des bekannten Schriftstellers Gorki zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften hervorgerufen. Die Regierung führte diesen Gewaltakt unter der Flagge der Akademie selbst und beging dadurch eine ganz gemeine Fälschung. Das Mitglied der Akademie Korolenko erhob dagegen **scharfen Protest.** Nun gesellt sich ihm ein andrer russischer Dichter Tschechow an. Er meldet in dem folgenden Brief seinen Austritt aus der Akademie.

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Wissenschaften
Großfürst Konstantin Konstantinowitsch.

Ew. kaiserliche Hoheit!

Im Dezember vorigen Jahres wurde ich von der Wahl A. M. Peschkows (Gorkijs bürgerlicher Name) zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften benachrichtigt, und ich zögerte nicht, A. M. Peschkow, der sich damals in der Krim befand, die Nachricht von seiner Wahl zu überbringen und ihn zu beglückwünschen. Einige Zeit darauf stand in der Presse,

---

herzog Ernst der Tochter anzeigte, wurden dem Hofmarschallamt nicht übergeben. Ich spreche hiermit die Vermutung aus, daß dieselben von schuldbewußten Schranzen des Erzherzogs Rainer unterschlagen wurden. Daraufhin begannen die Verhandlungen mit den Wallburgs, wie es heißt, auf Befehl des Kaisers. Der Fondsclassendirektor Baron Chartal soll den um mindestens 30 Millionen Kronen geschädigten Erben — 200 000 fl. angeboten haben. Als sie darauf nicht sofort eingingen, scheint man es für klüger und billiger gehalten zu haben, den Wortführer der Wallburgs zu kaufen und die Kinder höhnend auf den für sie unangbaren Rechtsweg zu weisen. Da entdeckte der Verlassenschaftskurator zufällig die Fälschung Staudingers und nun begannen die wahren und größeren Verbrecher lüppig zu werden. Die Bestürzung der Hofbehörden und des Untersuchungsrichters, als ihnen die Photographie des Briefes vorlag, war furchtbar. Sie hatten jetzt zweierlei Aufgaben: Erstens sich des Originals selbst zu bemächtigen, zweitens Frau v. Szimic zu der Erklärung zu pressen, daß der Brief eine Fälschung sei. Man durchschnüffelte ihre Wohnung, vergeblich. Ebenso vergeblich war es, daß auf höheren Befehl Polizeirat Studart mit drei Detektivs sogar in der Wohnung des Advokaten eine Hausdurchsuchung vornahm. So blieb nur die Folter übrig. Zehn Stunden täglich quälte der Untersuchungsrichter Trauner sie mit Fragen. Wenn sie ihm den Brief gäbe und als Fälschung erklärte, werde kein Prozeß gegen sie geführt werden. Die Kranke blieb standhaft trotz der Tortur dieser Verhöre, die ihren Arzt zu der Drohung bewogen, er werde dem Justizminister telegraphieren, dies sei keine Untersuchung, sondern ein Mord. Der Untersuchungsrichter, der, wie kundige Zeugen versichern, stundenlang im Palais des Erzherzogs Rainer dessen Schranzen in das Prozeßmaterial einweihte, gab sich nun offen als Agent Giannellias. Er suchte von dem Vertreter der Frau Szimic den Brief zu erhalten, weil sich eine hochstehende Persönlichkeit dafür interessiere. Man wolle den Brief in seiner Gegenwart vernichten.

Ich habe gesagt, daß dieser Brief echt ist. Ich stütze mich auf das verzweifelte Bestreben der Hofpartei und des ihr unterwürfigen Untersuchungsrichters, das Original zu erlangen und eine Fälschungserklärung von Frau v. Szimic zu erpressen. Das Original einer Fälschung ist nicht wichtig und das Geständnis einer Fälscherin belanglos. Das Verlangen des mitschuldigen Untersuchungsrichters Trauner, den Brief vom Gerichte vernichten zu lassen, dieses beispiellose, unerhörte, verbrecherische Verlangen ist ein feierliches unwiderlegliches Zeichen für seine Echtheit!

In den bürgerlichen Blättern werden die merkwürdigen Enthüllungen natürlich totgeschwiegen. Aber es wird schon gelingen, die Regierung zu einer Antwort zu zwingen. „

daß in Anbetracht des Umstandes, daß A. M. Peschkow auf Grund des § 1035 (einer der politischen Paragraphen) zur Verantwortung gezogen ist, seine Wahl für ungültig erklärt worden ist, wobei es mitgeteilt war, daß die Kassierung von der Akademie ausgeht. Da ich Ehrenmitglied der Akademie bin, so geht sie scheinbar auch von mir aus. Unter solchen Umständen kann ich diesen Widerspruch mit meinem Gewissen nicht in Einklang bringen und nach längerem Ueberlegen konnte ich nur zu einem Entschluß kommen, und zwar zu dem, Ew. kaiserliche Hoheit zu bitten, mich von dem Titel eines Ehrenmitgliedes der Akademie zu befreien.

A. P. Tschechow.

Alles, was in Rußland litterarische Reputation genießt, ist sich einig in der Verurteilung der schurkischen reaktionären Streiche der russischen Regierung. —

Asien.

Ein Zusammenstoß zwischen den Besatzungstruppen in China. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Peking vom heutigen Tage: Ein östreichischer Matrose, der Polizeidienste that, tötete durch einen Schuß einen angetrunkenen italienischen Matrosen, der sich der Festnahme widersetzte. Der Vorfall verursachte große Erregung. Um Zusammenstöße zu vermeiden, dürfen die östreichischen und italienischen Truppen die Kasernen nicht verlassen.

Eine andre Version über den Vorfall lautet: Ein als Polizist fungierender deutscher Soldat tötete, wie aus Peking gemeldet wird, einen verschiedener Verbrechen beschuldigten italienischen Matrosen, welcher sich seiner Verhaftung widersetzte. Infolge dieses Vorfalles sind die Truppen beider Nationen in ihren Kasernen konsigniert. —

Amerika.

Die Verfolgungen, denen die Gewerkschaften im klassischen Lande des Trades Unionismus, in England, in der letzten Zeit ausgesetzt waren, sind nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung in der nordamerikanischen Union geblieben. Es machen sich dort allerhand Versuche bemerkbar, der gewerkschaftlichen Bewegung Fesseln anzulegen. So diskutiert zur Zeit das Parlament des Staates Massachusetts einen Gesetzentwurf, wonach die Gewerkschaften inkorporiert werden, das heißt die Rechte einer juristischen Person erhalten sollen. Dieses „Recht" würde die Trusts und großen Unternehmer-Gesellschaften in die angenehme Lage bringen, die Gewerkschaften im Falle eines Streiks für den dadurch erlittenen Schaden haftbar zu machen. Es wäre den Unternehmern auch ein leichtes, die Kassen der Gewerkschaften und damit diese selbst vollkommen zu ruinieren. —

Der Streik der Hafenarbeiter von Buenos-Aires (Argentinien) nimmt große Dimensionen an. Es ist zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen; Senat und Kammer haben ein Gesetz votiert, wonach Fremde, die wegen Vergehen bestraft sind oder verfolgt werden, ausgewiesen werden können. —

Vorgehen gegen Venezuela. Die „Frankf. Ztg." meldet aus New York: Deutschland und Großbritannien sondierten wegen eines Vorgehens in Venezuela. Die amerikanische Regierung erklärte, sie könne andre amerikanische Staaten nicht gegen die Folgen ihrer falschen Politik dem Auslande gegenüber schützen, würde indessen die permanente Besitzergreifung amerikanischen Gebietes nicht als freundschaftliche Handlung ansehen.

Deutschland handelte am vernünftigsten, wenn es von jeder Aktion gegen Venezuela Abstand nähme. Durch jede Einmischung in die venezolanischen Wirren würde die politische Situation in Venezuela nur verwickelter und der deutsche Handel und die deutschen Eisenbahnaktionäre erlitten nur eine größere Schädigung. Jede ernsthafte Einmischung in die politischen Verhältnisse des Landes würde zudem von Amerika, wie ja auch aus der Meldung der „Frankf. Ztg." hervorgeht, als eine Verletzung der Monroedoktrin aufgefaßt werden. Man begnüge sich also mit dem wohlfeilen Erfolg gegen Haiti. —

Ein Streik-Massacre auf Kuba. Eine Depesche aus Havana meldet: Bei den Unruhen infolge der Ausstandsbewegung der Cigarrenmacher sind 82 Personen verletzt worden, darunter fünf schwer. Unter den Verletzten befinden sich neun Polizisten. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Tamayo, der offenkundig mit den Ausständigen sympathisiert, hat seine Entlassung eingereicht. Präsident Palma wird dieselbe jedoch nicht annehmen, bis der Ausstand beigelegt ist.

Nach einer weiteren Meldung sollen drei Streikende tot auf dem Platze geblieben sein. —

Parteinachrichten.

Bebels Rede über die bevorstehende Reichstagswahl, die er auf dem Münchener Parteitage gehalten hat, ist nunmehr als Sonderabzug in Broschürenform erschienen. Die Rede Bebels ist ein flammender Protest gegen die Bestrebungen der Regierung und der herrschenden Klassen, einen Zolltarif zu schaffen, durch den die ohnehin schon elende Lebenslage des Proletariats noch weiter herabgedrückt werden muß. Sie ist aber auch ein Aufruf an das arbeitende Volk, sich in dem bevorstehenden Wahlkampfe um das Banner der Socialdemokratie zu scharen und den Feind zu werfen. Die Broschüre wird bei der Agitation in Stadt und Land durch ihre packende Sprache und das schlagende Thatsachenmaterial gute Dienste leisten.

Der Preis ist: 500 Exemplare 10 M.; 1000 Exemplare 15 M.; 10 000 Exemplare 135 M.; 20 000 Exemplare 250 M. u. s. f.

Bestellungen sind zu richten: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Einen glänzenden Sieg erfochten unsre Genossen am Montag bei den Stadtverordneten-Wahlen in Stettin. Es waren acht Mandate zu besetzen, worunter wir eins zu verteidigen hatten. Gewählt wurden fünf Parteigenossen und zwei Gegner, ein Parteigenosse kommt in sehr günstige Stichwahl. Es gehören jetzt somit 13 Socialdemokraten dem Stadtverordneten-Kollegium an, der 14. dürfte durch die Stichwahl hineinkommen. Die vereinigten Gegner verloren gegen die Wahl vor zwei Jahren 847 Stimmen, wir gewannen 1783 Stimmen.

Die Gemeindewahlschlacht in Nürnberg wurde am Montag geschlagen. Es war ein heißes Ringen zwischen der Socialdemokratie und dem kompakt geschlossenen Bürgertum. Die Wahlbeteiligung war eine noch nie dagewesene: von 13 273 Wahlberechtigten stimmten 11 171 ab, das sind 84 Proz. Die vereinigte Bourgeoisie hatte alles aufgeboten und kräftig den roten Lappen geschwungen. Nach der provisorischen Feststellung entfielen auf das Kartell 7200, auf die Socialdemokratie 4000 Stimmen im Durchschnitt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1899 hatte das bürgerliche Kartell, das damals nur die Freisinnigen und Liberalen umfaßte, während jetzt alles, was sich nur bürgerlich nennt, zusammenging, 5818 Stimmen, die mit den Demokraten verbündete Socialdemokratie 3511 Stimmen. Der diesmalige Stimmenzuwachs unsrer Partei erscheint auf den ersten Blick im Verhältnis zu dem der Gegner gering, es muß jedoch beachtet werden, daß unsre Nürnberger Genossen heuer zum erstenmal, seitdem sie sich an der Gemeindewahl beteiligen, vollständig allein und mit einem klaren Programm in den Wahlkampf eintraten und alle bürgerlichen Elemente, die bei früheren Wahlen ein Anhängsel unsrer Partei bildeten, abgestoßen haben.

In Fürth, wo am Montag ebenfalls die Wahl stattfand, wurden acht Kandidaten der Liberalen und sechs der vereinigten Socialdemokraten und Demokraten gewählt. Segitz, der absichtlich in dem gefährdetsten Wahlbezirk aufgestellt wurde, ist unterlegen. Er wird aber trotzdem wieder in die Gemeindevertretung kommen, da am nächsten Montag noch vier Gemeindebevollmächtigte nachzuwählen sind.

Einen Augiasstall bürgerlicher Gemeindeverwaltung haben unsre Parteigenossen in Mülhausen im Elsaß auszumisten. Der Bürgermeister forderte eine vollständige Neuorganisation des Bürgermeister-Amtes unter Personalvermehrung mit der Begründung, daß bei der bisherigen Einrichtung die Geschäfte gänzlich in Unordnung geraten seien. Darauf hat sich eine Kommission des neuen Gemeinderats mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Kommission stimmt den Forderungen des Bürgermeisters zu und stellt in ihrem schriftlichen Bericht eine unglaubliche Mißwirtschaft fest.

Seit Jahrzehnten sind die Akten der meisten Verwaltungszweige ohne jede Ordnung einfach in Kästen gepackt worden, so daß kein Mensch von ihrem Inhalte eine Ahnung hat. Wenn eine ältere Angelegenheit wieder aufgenommen werden soll, sind die Akten darüber unauffindbar. Zufällig findet man Aktenstücke, die in Berichten an die Aufsichtsbehörde als nie vorhanden bezeichnet wurden. Gesetze über Bauwesen aus den Jahren 1879 und 1892 sind infolge dessen noch niemals zur Anwendung gekommen. Das Einnahme- und Ausgabewesen ist ohne jede Kontrolle. Jeder einzelne Beamte bucht darauf los, und niemand weiß, ob die Ausgaben bewilligt, ob sie angewiesen sind, ob sie zweckmäßig waren und zu welchem Budgettitel sie gehören.

Diese Wirtschaft trägt die Firma klerikal-liberal! Man wird sich dieser Thatsachen erinnern, wenn für die hierdurch notwendig werdende Vermehrung der Ausgaben nach bekanntem Muster die Socialdemokraten verantwortlich gemacht werden sollten.

Die diesjährige Landesversammlung der socialdemokratischen Partei in Sachsen-Weimar findet am Sonntag nach Weihnachten, den 28. Dezember, in Weimar statt. Außer der Regelung der laufenden Angelegenheiten und der Stellungnahme zu den Reichs- und Landtagswahlen wird die Versammlung über eine Verbesserung der Landesorganisation zu beschließen haben.

Reichstags-Kandidaturen. Für den Wahlkreis Hirschberg (Schlesien) wurde der Genosse Franz Feldmann in Langenbielau als Kandidat proklamiert. Im 10. württembergischen Wahlkreise kandidiert nach einem Beschlusse der letzten Kreiskonferenz Genosse Dr. Lindemann.

Parteipresse. In die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" ist Genosse Dr. Lensch als zweiter politischer Redakteur eingetreten. Lensch hat in den Jahren 1900/01 unser Straßburger Parteiorgan, die „Freie Presse", geleitet und war nach dieser Zeit in London und Paris thätig.

Ein neues socialistisches Organ wird vom 1. Januar ab unter dem Titel: „Die socialistische Jugend" in Brüssel herausgegeben werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Weshalb eine socialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel die öffentliche Ordnung gefährdet!** Der Parteigenosse Maurer Deutsch aus Blankenese hatte zum 8. Mai vorigen Jahres (dem Himmelfahrtstag) nach Rissen (Schleswig-Holstein) eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel einberufen, die auf einem eingefriedeten Privatgrundstück stattfinden sollte. Solche Versammlungen bedürfen nach § 9 des preußischen Vereinsgesetzes der ortspolizeilichen Genehmigung, welche nach demselben Paragraphen nur versagt werden darf, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist. Dem Genossen Deutsch wurde nun die erbetene Genehmigung versagt. Er beschwerte sich über diese Verbotsverfügung des Amtsvorstehers vergeblich beim Landrat zu Pinneberg und eine weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Schleswig wurde ebenfalls abgewiesen. Der Regierungspräsident schloß sich den „Gründen" des Landrats an, der erklärt hatte, es träfe die Befürchtung der Ortspolizeibehörde zu, daß „nach Maßgabe der Verhältnisse von Rissen und Umgegend" aus der Abhaltung der Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Ordnung hätte entstehen können.

Genosse Deutsch klagte nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht und bestritt ganz entschieden, daß durch die Versammlung die öffentliche Ordnung und Sicherheit hätte gestört werden können. Rissen habe nur 541 Einwohner und eine meist ackerbautreibende Bevölkerung. Soweit dort Versammlungen stattgefunden hätten, wären sie immer ganz ruhig verlaufen, namentlich solche von Arbeitern. Er wolle nicht annehmen, daß die Erlaubnis nur versagt worden sei, weil die Versammlung eine socialdemokratische sei, beziehungsweise socialdemokratischen Zwecken dienen sollte.

Dem ersten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts, der die Sache zu erledigen hatte, lagen die Polizei-Akten vor. Aus einem Bericht über die örtlichen Verhältnisse, den der Amtsvorsteher dem Landrat erstattet hatte, wurde folgendes vorgetragen: Die geographische Lage von Rissen sei eine solche, daß darauf zu rechnen gewesen sei, die Versammlung werde auch von der Einwohnerschaft einer Reihe andrer Orte besucht werden, u. a. von Leuten aus Blankenese. In der Umgegend gebe es viele Handwerker und Arbeiter socialdemokratischer Gesinnung, welche zu den Versammlungen strömten. Es lebe hier eine sehr bewegliche Bevölkerung, beschäftigt in Zuckerfabriken und einer Pulverfabrik. Deicharbeiter 2c. Darunter befänden sich Russen, Polen, Italiener, Galizier. Auch wäre anzunehmen, daß der socialdemokratische Redner ein weiteres socialdemokratisches Gefolge mit sich gezogen hätte. Unter den zu erwartenden 350 Teilnehmern würden sich viele befunden haben, bei denen der Genuß alkoholischer Getränke alltäglich sei. Bei einer aus derartig gemischten Elementen zusammengesetzten Versammlung seien Streitigkeiten immer zu befürchten, wenn auch in socialdemokratischen Versammlungen davor gewarnt zu werden pflege. Dann wären auch die aufreizenden Reden socialdemokratischer Agitatoren geeignet, die Gemüter zu erhitzen. Der Landrat hatte diesen Herzenserguß dem Regierungspräsidenten unterbreitet und noch hinzugefügt, es würde der vorhandene eine Polizeibeamte nicht zur Ueberwachung einer „aufgereizten" Menschenmenge genügt haben.

Das Ober-Verwaltungsgericht **wies die Klage ab,** ohne Gründe zu verkünden.

— **Grober Unfug.** Am 18. November stand Genosse E. Küttner von Frankenberg (Sachsen) vor dem Schöffengericht, angeklagt wegen groben Unfugs. Er soll am 27. Juli d. J. in Hausdorf durch Verbreitung des Flugblattes: 25 Proz. Steuerzuschlag usw., welches er von Haus zu Haus trug, Leute belästigt haben. Die beiden geladenen Zeugen erklärten, daß sie sich nicht belästigt gefühlt hätten; auch der als Zeuge geladene Gendarm erklärte, daß er, trotzdem er Erkundigungen eingezogen, niemand gefunden habe, der sich belästigt gefühlt hätte. Dennoch wurde die Verhandlung auf Freitagvormittag vertagt, um den Vater des einen Zeugen zu vernehmen, da derselbe, wie der Zeuge angab, geschimpft haben soll. In der Verhandlung am Freitag erklärte der geladene Zeuge, daß er sich belästigt gefühlt habe, worauf Küttner zu 8 Tagen Haft verurteilt wurde. Auf Geldstrafe wollte der Amtsrichter nicht erkennen, da dieselbe doch nicht vom Angeklagten bezahlt würde.

Das Urteil widerspricht selbst der neueren Rechtsauffassung des Reichsgerichts.

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der amerikanischen Stahlindustrie. Laffans Bureau meldet aus Pittsburg:

Der Stahltrust sowie seine Konkurrenten haben ihre ausländischen Agenten angewiesen, einen Markt für leichte polierte Stahlwaren zu suchen. Die Produktion an Blechen, Stahl und Draht übersteigt ebenfalls den heimischen Bedarf. Der Ueberschuß wird zu Preisen, die unter den amerikanischen Inlandsätzen stehen, ins Ausland importiert werden.

Die Meldung scheint verfrüht zu sein. Richtig ist, wie wir schon wiederholt näher dargelegt haben, daß die Nachfrage nach fertigen Stahlfabrikaten auf dem amerikanischen Markt beträchtlich nachgelassen hat, und ebenso leidet der Blech- und Drahtmarkt unter zunehmender Flauheit. Dennoch ist es kaum glaubhaft, daß der Stahltrust schon jetzt sich zur Ausfuhr größerer Massen von Stahlwaren anschickt, da die amerikanischen Preise noch immer zu denen der europäischen und ostasiatischen Märkte in einem Verhältnis stehen, daß, wenn die Frachtkosten mit in Ansatz gebracht werden, der Export nur mit bedeutenden Verlusten erfolgen könnte. Weit wahrscheinlicher ist, daß der Stahltrust in kluger Voraussicht der sich am Wirtschaftshorizont zusammenziehenden Gefahr vorläufig nur erst sondieren läßt, wohin er, wenn der Krach hereinbricht, am besten seine Ueber-Erzeugung abzustoßen vermag.

Deutschlands Außenhandel in den 10 Monaten von Januar bis Oktober 1902 beträgt nach dem soeben vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Oktoberheft der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel:

1. Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 36 185 636 gegen 37 418 722 und 38 029 688, daher gegen die Vorjahre weniger 1 233 086 und 1 844 052. Von 43 Zolltarif-Nummern brachten 20 eine höhere Einfuhrmenge als im Vorjahre, 23 eine geringere. Starke Zunahme zeigt sich nur bei Materialwaren usw. (+ 183 394), wozu Schweinefleisch, Seefische, Südfrüchte, Kaffee, Kakao, Salz und besonders Reis beigetragen haben. Bei letzterem allein beträgt die Einfuhrzunahme über 100 000 Tonnen. Eine wesentliche Abnahme der Einfuhr zeigt sich bei Holz (— 580 137), Erden, Erzen 2c. (— 333 500), Kohlen (— 173 621), Eisen (— 124 008), Abfällen (— 117 112), Getreide, Oel und Fetten, Steinen.

2. Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 28 602 602 gegen 26 551 153 und 27 073 354, daher gegen die Vorjahre 2 051 449 und 1 529 248 Tonnen mehr. 32 Zolltarifnummern brachten eine Zunahme, 11 eine Abnahme der Ausfuhr. Die größte Zunahme der Ausfuhr zeigten Eisen (+ 851 385), Kohlen (+ 543 361), Erden, Erze (+ 281 530), Materialwaren (+ 232 193), letztere infolge vermehrter Ausfuhr von Roh-, Weiß- und Stärkezucker, Reis, Salz, Gries, Graupen, Dextrin, Kartoffelmehl. Eine erheblichere Abnahme der Ausfuhr ist nur bei Getreide und andren Landbau-Erzeugnissen mit einem Ausfall von 56 479 Tonnen zu verzeichnen.

Edelmetall-Produktion der Welt. Nach dem vom amerikanischen Münzdirektor George Roberts veröffentlichten Vorbericht belief sich die Produktion der Welt an Gold im Jahre 1901 auf 12 740 746 Unzen fein im Werte von 263,37 Millionen Dollar (ca. 1106 Millionen Mark), die Silberproduktion auf 174 998 573 Unzen fein im Handelswert von 104,99 Millionen Dollar (ca. 441 Millionen Mark). An der Spitze der goldproduzierenden Länder standen die Vereinigten Staaten mit einer Gewinnung von 78 666 700 Dollar; es folgten Australien mit 76 880 200 Dollar, Canada mit 24 128 500 Dollar, Rußland 22 850 900 Dollar, Mexiko 10 284 800 Dollar, Britisch Indien 9 395 900 Dollar, China 9 092 500 Dollar, Südafrika 9 089 500 Dollar. An Silber produzierten Mexiko 34 593 900 Dollar, die Vereinigten Staaten 7 829 500 Dollar, Bolivia 6 152 600 Dollar, Chile 5 553 100 Dollar, Peru 3 360 500 Dollar, Deutschland 3 313 000 Dollar.

Berliner Elektricitätswerke. In der heutigen ordentlichen Generalversammlung war ein Aktienkapital von 8 729 500 M. mit 17 450 Stimmen vertreten. Die vorgelegte Bilanz per 30. Juni 1902 wurde unter Erteilung der Entlastung einstimmig genehmigt, die Dividende auf 7¾ Proz. festgesetzt und die Auszahlung derselben vom 26. November ab beschlossen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats, Herren Karl Fürstenberg, Justizrat Maximilian Kempner und Dr. jur. Alexander Meyer wurden wiedergewählt.

Zuckerkonsum in den größeren Staaten. Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Zuckerkonsum betrug nach einer Berechnung der amerikanischen „Evening Post" im Jahre 1900 in England 91,6 Pfund, und in den Vereinigten Staaten von Amerika 65,2 Pfund. Von andern europäischen Ländern hatte im Jahre 1900 die Schweiz einen Zuckerverbrauch von 60,3 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung, in Dänemark betrug derselbe 54,8 Pfund, in Schweden und Norwegen 38,2 Pfund, in Frankreich 37,0 Pfund, in Deutschland 32,9 Pfund, in den Niederlanden 32,5 Pfund, in Belgien 23,8 Pfund, in Oestreich-Ungarn 17,6 Pfund, in Portugal (mit Madeira) 14,7 Pfund, in Rußland 14,0 Pfund, in Spanien 10,6 Pfund, in der Türkei 8,0 Pfund, in Rumänien 7,8 Pfund, in Griechenland 7,2 Pfund und in Italien 6,1 Pfund.

Druckfehler-Berichtigung. In die dritte Notiz der Rubrik „Aus Industrie und Handel" hat sich gestern ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß dort heißen: In der Generalversammlung des **Hasper** Eisenwerks, nicht **Harpener** Eisenwerks.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eröffnung des hessischen Landtages.

Darmstadt, 25. November. (W. T. B.) Heute wurde im Residenzschlosse der Landtag vom Großherzog eröffnet. Die von ihm verlesene Thronrede führt aus, daß der noch immer auf dem wirtschaftlichen Leben lastende Druck naturgemäß auch im Staatsvoranschlage zur Geltung komme, insbesondre durch **Rückgang der Erträgnisse der Staatseisenbahnen und der Forstdomäne, während gleichzeitig das Reich von den einzelnen Bundesstaaten ungewöhnliche Leistungen beanspruche.** Daher könnten die Ausgaben nur durch Heranziehung früherer Vermögensreste gedeckt werden. Die Thronrede kündigt dann eine Reihe von Gesetzesvorlagen an, darunter die Vorlage des landständischen Wahlgesetzes, das in der vorigen Session des Landtages nicht zur Verabschiedung gekommen ist.

Die Zweite Kammer hielt eine Sitzung ab, in der die verschiedenen Ausschüsse gewählt wurden. Darauf vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit; nur findet im Dezember eine Sitzung statt zur Festsetzung der Adresse als Antwort auf die Thronrede.

Verhaftete internationale Hochstapler.

Wien, 25. November. (W. H.) Die Polizei verhaftete den internationalen Hochstapler Paetz aus Naumburg a. S., welcher seiner Zeit unter dem Namen eines Grafen Bethlem und eines Marquis Briant große Schwindeleien verübt hatte, sowie den internationalen Einbrecher Pourt aus Salzburg. Beide fand man im Besitze von ausländischen Wertpapieren in beträchtlicher Höhe, welche wahrscheinlich aus Einbrüchen in Frankfurt und München herrühren.

Gesundheitszustand in der französischen Armee.

Paris, 25. Nov. (W. T. B.) Senat. Cotteron interpelliert den Kriegsminister General André über die gesundheitlichen Verhältnisse in der Armee. Die Zahl der Sterbefälle im Jahre belaufe sich auf 2131, während dieselbe in der deutschen Armee nur 432 betrage. General André erwidert, er müsse zugeben, daß die Sterblichkeit in der französischen Armee viermal so groß sei als in der deutschen. Hieran trage aber nicht das Sanitätscorps schuld, welches tadellos sei. Die Ursache der meisten Todesfälle sei Schwindsucht, man zähle deren in der französischen Armee 1415, in der deutschen dagegen nur 129. Die Schwindsucht sei die Krankheit Frankreichs. Außerdem erklärten die Aerzte die sich stellenden Leute zu leicht für diensttauglich. Er habe die Aerzte angewiesen, zu schwache junge Leute sofort wieder heimzuschicken und alle Mittel anzuwenden, um eine Verbreitung der Krankheit zu verhindern und damit, soweit dies möglich sei, die Sterblichkeit in der Armee herabzumindern. (Beifall.) Der Zwischenfall ist hiermit erledigt.

Aus China.

Peking, 25. November. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) In einer heutigen Versammlung der Befehlshaber der europäischen Kontingente wurde beschlossen, den nicht im Dienst befindlichen Soldaten das Tragen von Feuerwaffen, welches bisher bei den europäischen Kontingenten gestattet war, zu verbieten. Der italienische Befehlshaber, welcher an der Versammlung teilnahm, erklärte, daß bei dem jüngsten Vorfall der östreichische Soldat im Recht gewesen sei.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

222. Sitzung. Dienstag, den 25. November 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann, Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des **Zolltarif-Gesetzes** wird fortgesetzt bei der **namentlichen Abstimmung** über den vom Abgeordneten Bebel (Soc.) beantragten § 11b, bei der sich gestern die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte (Ueberweisung von 100 Millionen Mark aus dem Ertrag der Zölle zur **Förderung des Volksschulwesens**).

§ 11b wird mit 211 gegen 59 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen **abgelehnt**. Die Präsenzziffer beträgt 275.

Von den Abgg. **Rosenow** (Soc.) und Genossen wird beantragt, folgenden **§ 11c** in das Zolltarif-Gesetz einzuschalten: „Von dem Ertrag der auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Zölle sind alljährlich 49 Millionen zur Erleichterung der Aufhebung der **Abgabe von Salz** zu verwenden. Ueber die Aufhebung einer Abgabe von Salz ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes ist diese Summe von jährlich 49 Millionen Mark für Rechnung des Reiches anzusammeln und verzinslich anzulegen. Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1906 nicht in Kraft, so treten von da ab die §§ 2—18 des Gesetzes von 1867 betreffend die Erhebung einer Abgabe von Salz außer Kraft.

Abg. **Rosenow** (Soc.):

Wir wollen mit diesem Antrage eine Bresche legen in die Mauer der indirekten Steuern, die von der breiten Masse des Volkes außerordentlich schwer empfunden werden. Besonders die Salzsteuer stellt eine schwere Belastung des Volkes dar. Wir sind andrerseits stets bereit, die notwendigen Ausgaben des Reichs durch Schaffung einer **Reichs-Einkommensteuer** zu decken. Die Salzsteuer ergab 1870 31,5 Millionen Mark, 1880 37,24 Millionen, 1890 43,3 Millionen und 1900 49,69 Mill. Mark. Die Belastung für den Kopf der Bevölkerung betrug 1893/94 91 Pf., heute etwa 1 M. **Die Salzsteuer ist die ungerechteste aller bestehenden indirekten Steuern.** Bis 1886 bestand in den Ländern des Zollvereins außer Hannover und Oldenburg die Salzregie. 1867 wurde dieses Monopol aufgehoben und eine Salzsteuer eingeführt. Bismarck legte den betreffenden Entwurf dem Reichstage des Norddeutschen Bundes im September 1867 vor. Der Reichstag nahm den Entwurf an, aber schon in der Kommission wurde eine Ermäßigung der Salzsteuer, so weit es die Finanzen zuließen, als höchst erwünscht bezeichnet. Abg. Frhr. v. Hoverbeck nannte die damalige Salzsteuer eine unverantwortliche Belastung der ärmeren Volksschichten. Im Jahre 1872 lag dem Reichstage wieder ein Antrag auf Herabminderung der Salzsteuer auf 1 M. pro Centner vor. In einer Resolution wurde die baldige gänzliche Aufhebung dieser Abgabe als eine Forderung der Gerechtigkeit verlangt. Der Antrag und die Resolution war von 142 Abgeordneten, darunter auch den Centrumsabgeordneten Windthorst, Reichensperger, Lingens, Graf Ballestrem und dem Nationalliberalen Dr. Hammacher und andren unterzeichnet. Frhr. v. Hoverbeck erinnerte daran, daß die Salzsteuer seiner Zeit nur widerwillig beschlossen worden sei. Auch Herr v. Kardorff war damals ein entschiedener Gegner der Salzsteuer, er sprach sogar für gänzliche Aufhebung dieser Abgabe. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Heute denken die Herren freilich anders, heute sind sie dafür, dem armen Manne auch das Salz zu verteuern. Die Regierung erklärte sich seiner Zeit ebenfalls principiell für die Beseitigung dieser Steuer, heute ist nicht einmal ein Regierungsvertreter anwesend. Auch Fürst Bismarck meinte, er müsse zugeben, es sei an sich wünschenswert, die Salzsteuer aufzuheben, er könne aber nicht für eine Verminderung der Reichseinnahmen eintreten. Daran dachte jener eingefleischte Vertreter junkerlicher Interessen natürlich nicht, daß man statt der Salzsteuer eine höhere Belastung der besitzenden Klassen einführen könnte. In jener Debatte wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß das Salz ein Nahrungsmittel ist, das nicht durch ein andres ersetzt werden kann. Nur mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage wurde damals die Salzsteuer nicht aufgehoben. Allmählich aber bekehrte sich die Mehrheit des Reichstages zu der Auffassung, daß die Salzsteuer eine durchaus gerechtfertigte Belastung der armen Proletarier darstelle. 1896 machte meine Partei einen Versuch, die Aufhebung der Salzsteuer herbeizuführen. Der Redner meiner Fraktion machte damals allerdings auf die Vertreter der herrschenden Klassen ebensowenig Eindruck, wie es heute der Fall ist, wo ja **Herren von der Mehrheit großenteils wieder einmal den Saal verlassen** haben, um erst bei der Abstimmung wieder zu erscheinen und dann als **lebendige Abstimmungsmaschinen** unsren Antrag niederzustimmen. Aber damals suchten die andren Parteien unsre Forderungen wenigstens zu widerlegen, heute hält man es überhaupt nicht mehr für nötig, etwas auf unsre Anträge zu sagen. Und doch ist das Salz, eines der notwendigsten Nahrungsmittel, verhältnismäßig weit höher besteuert als **die Luxus-Genußmittel der Reichen.** Diese Steuer wirkt in der gegenwärtigen Zeit der Arbeitslosigkeit besonders drückend. Trotz dieser wirtschaftlichen Not lassen die herrschenden Kreise, im Gegensatz zu jeder christlichen Auffassung, diese Belastung der Armen ruhig weiter bestehen! Denken Sie doch an das Elend im sächsischen Erzgebirge, in den Gegenden der Spielwaren-Industrie, in der Strumpfwirkerei und so weiter! In meinen Wahlkreise können die Familien, die sich von der Spielwaren-Industrie nähren, nur durch die angestrengteste Arbeit von früh bis spät überhaupt noch existieren. Bei angestrengtestem Fleiße bringen es diese erzgebirgischen Familien auf einen Wochenverdienst von 15 M., von denen bis zu 10 M. **noch** für das Arbeitsmaterial abgehen! **Eine Familie von Vater, Mutter und drei Kindern erzielte einen Wochenverdienst von 7 M.!** Ihre Nahrungsmittel bestehen aus nichts als Cichorienkaffee und Kartoffeln. Dazu konsumieren sie außerordentlich viel Salz, um die Kartoffeln schmackhaft zu machen. Ist es nicht empörend, daß ihnen das Salz nun noch durch die Steuer so erheblich verteuert wird? Diese Steuer bewirkt es, daß von den Bauern sogar das Viehsalz, weil es billiger ist, als menschliches Nahrungsmittel verwendet wird. Selbst die „Augsburger Postzeitung“, ein **Centrumsorgan**, erklärt, daß das **rote Salz massenhaft als Speise der Menschen verwendet** wird (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.), teils aus Not, teils aus Geiz. Es giebt Häuser, in denen überhaupt kein weißes Salz über die Schwelle kommt. Auf zahlreichen Bauernhöfen wird nach diesem Centrumsblatt das rote Salz, trotzdem es Uebelkeit und Erbrechen verursacht, den Knechten und Mägden als Speise gegeben. Auch diese Verhältnisse sind eine Folge der Salzsteuer. Nehmen Sie unsren Antrag an und beseitigen sie damit diese drückende Belastung des Volkes! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Der **Antrag Rosenow** wird **in namentlicher Abstimmung** mit 190 gegen 64 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen **abgelehnt**. Die Präsenzziffer beträgt 258.

Als **§ 11d** beantragen die Abgg. **Bernstein** (Soc.) und Genossen, aus den Erträgnissen der Zölle jährlich 100 Millionen zur Erleichterung der **Aufhebung der Zuckersteuer** zu verwenden.

Abg. **Bernstein** (Soc.):

Schon bei der letzten Zuckersteuer-Novelle haben wir die völlige Aufhebung der Zuckersteuer gefordert. Die Mehrheitsparteien aber fürchteten damals, daß diese Aufhebung das Zustandekommen der Brüsseler Konvention verhindern könne. Jetzt liegen die Verhältnisse anders: der Reichstag hat der Zuckerkonvention zugestimmt, und manche Mitglieder der Mehrheit, die damals zu unsren Antrag gestimmt haben, werden heute vielleicht zu einer andren Ueberzeugung gelangen. Der neue Zolltarif wird, wenn er nach den Kommissionsbeschlüssen zu stande kommt, dem Reiche eine bedeutende Vermehrung seiner Einnahmen bringen. Andrerseits werden die Volksausgaben bedeutend steigen. Die Mehrbelastung des Volkes wurde kürzlich vom Abg. Rösicke-Dessau auf 600 Millionen Mark berechnet. Dazu kommen die erhöhten Kosten für Industrie-Erzeugnisse aller Art, so daß man noch zu gering greift mit der Behauptung, daß dem Volke mit diesem Zolltarif **der Zehnte seines gesamten Einkommens als Belastung auferlegt** wird. Die konservativen Anträge auf Herabsetzung der Industriezölle, die diese Belastung wenigstens um ein geringes vermindern würden, begrüßen wir mit Freuden und werden sie unterstützen. Es wurde aber außerhalb des Hauses behauptet, durch diesen Antrag werde die Parität zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Zöllen herbeigeführt. Wenn ich pathetisch werden wollte, würde ich angesichts einer solchen Auffassung mit einem klassischen Worte fragen, **ob denn die Scham völlig zu den Hunden entflohen ist** — — — (Große Unruhe rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich möchte Sie doch bitten, zu Ihrem Antrag zu kommen und **keine neue Generaldiskussion** über den ganzen Zolltarif herbeizuführen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Bernstein** (fortfahrend):

Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß der Reichskanzler ja selbst erklärt hat, daß die landwirtschaftlichen Schutzzölle 17 Prozent des Wertes der Einfuhr, die Industriezölle nur 6,9 Prozent bedeuten. Von einer Parität kann also keine Rede sein. Zudem wissen **wir** ja, daß ein Kompromiß in der Luft schwebt . . .

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich muß Sie wiederholt ersuchen, auf Ihren Antrag zu kommen und nicht in eine allgemeine Diskussion über den Zolltarif einzutreten. (Bravo! rechts.)

Abg. **Bernstein** (fortfahrend):

Ich war eben im Begriff, auf den Antrag zurückzukommen und nachzuweisen, daß wir leider eine Herabsetzung der Industriezölle nicht erwarten können und daher umsomehr Veranlassung hätten, für eine Verbilligung des Zuckers zu sorgen. Sind doch neuerdings wieder Bestrebungen auf Gründung eines neuen Zuckerkartells zu Tage getreten. Ein solches Kartell würde selbstverständlich eine Erhöhung des Zuckerpreises für die Konsumenten bedeuten. Ich mache Sie auch auf die gegenwärtige Situation in England aufmerksam. Dort macht sich eine erhebliche Opposition gegen die Brüsseler Zuckerkonvention bemerkbar. Sie wär noch viel größer, wenn nicht das Schulgesetz die Gemüter zur Zeit noch mehr bewegte. Trotzdem hat die gestrige Abstimmung 120 Stimmen gegen die Konvention ergeben. Und wenn auch der Regierung mit etwa 230 Stimmen die Vollmacht erteilt ist, die Konvention zu ratifizieren, so ist es doch noch gar nicht ausgeschlossen, daß, wenn sich die Zuckerpolitik der kontinentalen Staaten ändert, die Opposition gegen die Konvention so wächst, daß die englische Regierung sich gezwungen sieht, von der Ratifizierung der Brüsseler Beschlüsse abzusehen. Daß England in der That kein Interesse an der Brüsseler Konvention hat, habe ich Ihnen seiner Zeit bei der Beratung dieser Konvention ausführlich nachgewiesen. Wir sind für die Konvention eingetreten, weil wir für alle Maßnahmen sind, **die irgend wie** auf eine Verbilligung des Zuckers hinwirken können. Der Zucker ist eines der wertvollsten Nahrungsmittel der breiten Massen des Volkes und ist außerdem ein Futtermittel der Landwirtschaft. Wird ihr dies Futtermittel verteuert, so **wird der Nutzen**, welchen die Zölle der Landwirtschaft bringen sollen, wieder aufgehoben. Die kleinen Bauern, die von den Getreidezöllen überhaupt nichts haben, werden noch mehr geschädigt. Die Viehzucht wird verteuert, dadurch werden die Fleischpreise erhöht, und so auch wieder die große Masse der Konsumenten belastet. Besonders wichtig ist der Wert des Zuckers als Nahrungsmittel: er stärkt die Muskelkraft und befördert die Verdauung. Der Zucker ist auch ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß Leute, die viel Zucker konsumieren, kein Bedürfnis nach dem Alkoholgenuß haben. Daher ist eine Steigerung des Zuckerkonsums dringend notwendig, sie ist aber nur möglich, wenn der Preis des Zuckers herabgeht. In England ist der Zuckerkonsum durch die Verbilligung des Preises ganz gewaltig gestiegen. Aus diesen Gesichtspunkten haben wir nun einen Antrag vorgelegt. Ein triftiger Grund wirtschaftlicher Art kann gegen ihn nicht geltend gemacht werden. Die Rücksicht auf die Reichsfinanzen kann für uns nicht maßgebend sein, weil die Mittel des Reichs zu Zwecken verwandt werden, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können. Unser Antrag liegt auch in der Richtung einer internationalen friedlichen Wirtschaftspolitik. Gerade die Schutzzollpolitik und was damit zusammenhängt, bildet ein Hindernis gegenüber dem friedlichen Zusammenschluß der Völker. Die politischen Gegensätze sind vielfach im Schwinden, die Wunden der letzten Kriege beginnen zu vernarben. In Frankreich wird die Gegensirömung gegen die Revanche-Stimmungen immer größer. Nur die Politik der Schutzzölle verhindert die wirtschaftliche Annäherung der verschiedenen Nationen. Unser Hauptabnehmer für Industrie-Erzeugnisse ist England. Wenn wir uns aber durch immer höhere Zollmauern vom Welthandel abschließen, so befördern wir die Rivalität, den Konkurrenzstreit auf dem Weltmarkte. So hängt mit den Wirkungen der Handelspolitik auch die Gestaltung unsrer Heer- und Flottenpolitik aufs engste zusammen. Höhere Zölle, höhere Ausgaben für Armee und Marine — das ist eine Schraube ohne Ende. Darum können wir keine Rücksicht nehmen auf die Ausgaben für Heer und Flotte. Wenn Sie es ernst meinen mit einer gesunden Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, müssen Sie unserm Antrage zustimmen, der die Absatzmöglichkeit der Landwirtschaft erhöht. Wir kämpfen hier nicht nur gegen eine ungerechte Besteuerung, sondern wir kämpfen hier auch jenen großen allgemein-wirtschaftlichen Kampf, den die Vorkämpfer der bürgerlichen Nationalökonomie, Ricardo und Adam Smith, im vorigen Jahrhundert eingeleitet haben. Die Zuckersteuer bildet eine tote Last für die Bevölkerung, ein Hindernis ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn wir dem entgegentreten, so kämpfen wir nicht einen specifisch socialdemokratischen Kampf, sondern den Kampf der bedeutendsten Geister der bürgerlichen Nationalökonomie. Es ist das Wort **„Obstruktion“** gefallen. **Wir müssen uns entschieden dagegen verwahren, irgend etwas gethan zu haben, was diesen Vorwurf rechtfertigt.** Selbst wenn wir aber Obstruktion trieben, so wäre sie berechtigt. Die Möglichkeit **der Obstruktion in bestimmten Fällen gehört zum Wesen des Parlamentarismus.** Das wird nirgends mehr anerkannt als in der Heimat des Parlamentarismus, in England. **Der englische Minister Chamberlain hat im Parlament erklärt:** „Wir haben alle schon Obstruktion gemacht und werden sie möglicherweise wiederum machen. **Obstruktion gehört zum Recht der Minorität.**“ Wenn dann der Minister den Debatteschluß verteidigte, so motivierte er das damit, daß der Minorität bei dem betreffenden Gesetz, einem Schulgesetz, **sehr bedeutende Konzessionen** gemacht seien. Welche Zugeständnisse haben Sie (nach rechts und zum Centrum) uns während der ganzen Zolldebatte gemacht? Ist denn dies überhaupt noch eine wirkliche Debatte? Bei einem solchen Vorgehen der Majorität hätten wir, wenn wir zur Obstruktion übergingen, das Recht dazu und die Macht des Parlamentarismus auf unsrer Seite! **Wir verlangen Auflösung des Reichstages und Befragung des Volkes.** Wenn dann wieder eine Zollmajorität hier einzieht, werden wir Demokraten genug sein, uns dem Willen der Mehrheit des Volkes zu fügen. Es ist uns vorgeworfen, wir machten nur deswegen **Opposition**, weil wir eine gute Wahlparole brauchten. Um eine Wahlparole werden wir nie verlegen sein. Auch die wichtige Frage der Handelsverträge als Parole würde uns in verstärkter Anzahl wieder hierher bringen. — —

Vicepräsident Graf **Stolberg** (unterbrechend):

Ich möchte Sie bitten, nicht zu weit vom § 11d abzuweichen.

Abg. **Bernstein** (fortfahrend):

Uns bestimmt nicht das Bedürfnis nach einer Wahlparole, sondern die **innerste Ueberzeugung**, daß dieser **Zolltarif dem deutschen Volke im höchsten Grade verhängnisvoll werden muß.** Wir werden im Kampfe nicht nachlassen bis an das Ende. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Ich hatte vor einigen Tagen einen Antrag auf Abschaffung **der Zuckersteuer** eingebracht, der vom Präsidenten aus formellen Gründen nicht zugelassen wurde. Nun ist derselbe Antrag in andrer Form von den Socialdemokraten eingebracht. Allerdings sind währenddessen 50 Millionen von den Erträgen der Zölle in Anspruch genommen durch den Antrag Trimborn, der nur dadurch zur Annahme gelangte, weil dieselbe Partei, die heute diesen Antrag gestellt hat, für ihn stimmte. Wir hoffen ja, daß **der Antrag Trimborn in der dritten Lesung wieder beseitigt wird,** da wir die Erträge der Zölle für besser verwertet halten, wenn sie zur Beseitigung der Steuern auf Salz und Zucker verwandt werden. Indessen wir sehen alle diese Versuche, eine Entlastung der Verbrauchsabgaben herbeizuführen, gewissermaßen nur als Fühler in der Richtung an, ob sich für einen dieser Anträge eine Mehrheit in der dritten Lesung zusammenfinden wird. Wir werden daher heute für den Antrag Bernstein stimmen.

Damit schließt die Debatte. Der **Antrag Bernstein** wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 290 Abgeordneten mit 158 gegen 99 bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Als **§ 11e** beantragen die Abgg. Wurm u. Gen. die Bestimmung einzufügen, daß aus den Erträgnissen der Zölle jährlich 43 Millionen zur Erleichterung der **Aufhebung der Branntweinsteuer** zu verwenden sind.

Abg. **Wurm** (Soc.):

(Die ersten Ausführungen des Redners bleiben bei der großen im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne unverständlich.) Die heutige Branntweinsteuer liegt nicht nur im Interesse der Reichsfinanzen, sondern sie bedeutet zugleich eine **Liebesgabe für die Agrarier. 600 Millionen Mark** hat das Branntweinsteuergesetz in den 15 Jahren seines Bestehens den Agrariern in die Taschen gespielt auf Kosten der breiten Massen des Volkes. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Redner geht ausführlich auf die Geschichte des Branntweinsteuer-Gesetzes ein. Ein solches Steuersystem, das die ärmsten Kreise des Volkes belastet und den Großgrundbesitzern Liebesgaben zuführt, muß zum mindesten in dem Moment beseitigt werden, wo man darangeht, dem Volke die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern. Die Schatzsekretäre freilich haben immer auf Kosten der Armen der Spiritusindustrie wieder auf die Beine zu helfen versucht. Durch die bestehende Branntweinsteuer-Gesetzgebung und den darin liegenden Anreiz zur Denaturierung wird der Spiritus künstlich beim Volke in einen schlechten Geruch gesetzt. (Sehr gut! bei den Soc.) Man würde ja gern die Spiritus-Lampe, das Spiritus-Bügeleisen und die Spiritus-Kochmaschine verwenden, wenn der Spiritus nicht so schlecht röche. Trotz aller Bemühungen der Agrarier ist es nicht gelungen, den Absatz an denaturiertem Spiritus in dem gewünschten Maße zu steigern. Jene Herren bezeichnen den Spiritus im Gegensatz zum Petroleum als ein **nationales Produkt**, weil die Branntweinsteuer geeignet ist, **ihre eignen Taschen zu füllen.** Ein ernsthafter Konkurrent des Petroleums könnte nur der aus Torf erzeugte Spiritus werden. Alle technischen Fortschritte auf diesem Gebiete aber werden durch die auf rein agrarische Interessen zugeschnittene Branntweinsteuerpolitik der Regierungen von vornherein in Frage gestellt. Die Herren von der Rechten, dieselben Herren, die im preußischen Abgeordnetenhause die Trunksucht durch eine Beschränkung der Gastwirtschaften bekämpfen wollen, haben sich beim Branntweinsteuer-Gesetz die Einschränkung der Trunksucht mit einer **Abfindungssumme von 43 Millionen bezahlen** lassen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diese Liebesgaben-Gesetzgebung wird in ihrer ganzen Schönheit beleuchtet durch das von der Regierung selbst zur letzten Branntweinsteuer-Novelle vorgelegte Material. Ich klage das Centrum an, daß es bei dieser Novelle gegen die Interessen Bayerns, Württembergs und Badens Bestimmungen in das Gesetz hineingebracht hat, die lediglich den norddeutschen, speciell den ostelbischen Kartoffelbrennereien zu gute kamen. (Unruhe im Centrum.) Die kleinen Melasebrennereien wurden direkt unterdrückt zu Gunsten der großen Kartoffelbrennereien. Durch die Benachteiligung der gewerblichen gegenüber den landwirtschaftlichen Brennereien werden gerade die kleinen Bauern, deren Interessen die Agrarier immer wahrzunehmen behaupten, geschädigt. Von den Liebesgaben-Millionen für die Großgrundbesitzer bringen auf diese Weise auch die kleinen Bauern einen Teil auf. Von den 38 Millionen Liebesgaben, die im Jahre 1901 den Brennereien zugeführt wurde, fielen **31 Millionen nach Preußen,** also an die Agrarier des Ostens und **nur 7 Millionen nach Mittel- und Süddeutschland.** Sehr interessant ist die Feststellung, daß die Kontingentierung vor allem den ganz großen Brennern Nutzen bringt. Von 22 000 Brennereien mit 35 Millionen Liebesgabe bekamen 1892 18 000 Brenner nur drei Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das waren die vielen kleinen Brennereien. Die 197 größten Brenner dagegen erhielten 5,6 Millionen, davon entfielen allein vier Millionen auf Preußen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das sind die Ergebnisse der amtlichen Statistik. Die Liebesgaben-Politik, die der Fürst Bismarck inauguriert hat, hat sich also direkt gegen die Bauern zu Gunsten der Großgrundbesitzer gewandt. Die Landwirtschaft hat es gar nicht nötig, die Kartoffeln zu Brennzwecken zu verwenden, es ist vielmehr wissenschaftlich erwiesen, daß die Kartoffeln ebenso gut zur Viehfütterung benutzt werden können. Daß trotzdem die Spiritusindustrie von der Landwirtschaft so bevorzugt wird, liegt eben an der Liebesgaben-Politik der Regierung. Das Volk hat ein Anrecht auf die Beseitigung dieser Liebesgaben-Politik. Nachdem die Einführung der Zwangsdenaturierung den Herren Agrariern nicht gelungen ist, versuchen sie **auf dem Wege der Kartellierung den Spirituspreis zu erhöhen.** Der Spiritusring geht außerdem Hand in Hand mit dem Kartoffelring, der auch den Kartoffelpreis erhöhen will. Der Spiritusring ist mächtig, er hat jetzt auch die Ostdeutsche Spritfabrik geschluckt, welche uns seiner Zeit ein vernichtendes Material über die Tendenzen des Spiritusringes lieferte. Die Konzentration des Kapitals erdrosselt eben auch auf diesem Gebiete alles, was ihm Widerstand leistet. Jetzt schränkt der Spiritusring künstlich die Produktion ein, um den Preis in die Höhe zu schrauben. Auch den Kartoffelpreis wollen die Agrarier erhöhen, nachdem sie vorher schon durch rücksichtslose Ausnutzung der Fortschritte der Technik die Qualität der Kartoffel, dieser wichtigsten Nahrung des Volkes, verschlechtert haben. Es ist ein Skandal, was für Kartoffeln heute schon als Eßkartoffeln auf den Markt gebracht werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Ring empfiehlt zur Verteuerung der Kartoffeln selbst Verdrängung des Kleinhandels in Kartoffeln und Errichtung großer Filialen. Das sind die Herren Mittelstands-Freunde, die ihre Kerntruppen bei den Wahlen aus dem Kleinhäuslerstande nehmen. Von der gesamten deutschen Kartoffelproduktion, die 40 Millionen Tonnen beträgt, sind nur 6¾ Proz. für die Spiritusfabrikation verarbeitet worden. Um dieser 6¾ Proz. willen sind der Gesamtheit des Volkes die großen Opfer dieser Liebesgabenpolitik auferlegt worden! Diese Lasten will unser Antrag der ärmsten Bevölkerung abnehmen. Bei der Branntweinsteuer-Novelle hat die Mehrheit nur in Form einer Resolution die Aufhebung der Maischraumsteuer angeregt. Wenn aber die Mehrheit will, dann braucht sie keine Re-

solutionen, die die Sache auf die lange Bank schieben, sondern dann kann sie ihren Willen durch einen Antrag sofort durchsetzen. Unsre Anträge wollen Ihnen zeigen, daß wenigstens die das Volk in ungerechter Weise belastenden Steuern auf Lebensmittel sich bei Gelegenheit dieses Zolltarifs beseitigen lassen. Wer die Trunksucht ernsthaft bekämpfen will, der bekämpfe die übermäßige Ausbeutung des Proletariats, der sorge für Einführung des Achtstundentags, damit kein Proletarier mehr genötigt sei, nach der Ueberanstrengung der Tagesarbeit zur Schnapsflasche zu greifen! Heute noch kann sich freilich das Centrum alles erlauben. Es wächst aber eine neue Generation heran, die etwas mehr denken gelernt hat als die, auf die Sie sich augenblicklich stützen! Diese neue Generation hat von Jugend auf gelernt, daß es Socialdemokraten giebt, und hört die Stimmen der Socialdemokraten im ganzen Lande. So lange die Liebesgaben-Politik der Mehrheit die Reichen zu Ungunsten der Armen und Aermsten entlastet, so lange brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die Nacht endlich vor dem glühenden Morgenrot der Socialdemokratie weichen werde! (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Wurm wird in **namentlicher Abstimmung** bei Anwesenheit von 250 Abgeordneten mit 203 gegen 43 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen **abgelehnt.**

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß ein **Antrag Molkenbuhr** (Soc.) eingegangen ist, wonach die **Getreidezölle vom Bundesrat aufzuheben** sind, wenn der **Preis** der einzelnen Getreide-Arten **eine bestimmte Maximalsumme** erreicht. (Unruhe rechts und im Centrum.)

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Töpfer. In der Nummer 275 des „Vorwärts" vom 25. November ist unsrerseits durch eine Annonce bekannt gegeben, daß die Sperre über die Firma Richter, die auf Grund des Beschlusses der öffentlichen Töpferversammlung vom 18. Juli d. J. wegen Nichtbenutzung des Arbeitsnachweises verhängt war, aufgehoben ist, nachdem Herr Richter die schriftliche Erklärung abgegeben hat, für die Zukunft nur Gesellen durch den Arbeitsnachweis einstellen zu wollen. — In derselben Nummer des „Vorwärts" befindet sich nun eine Annonce mit der Ueberschrift: „Verein der Töpfer Berlins und Umgegend," worin bekannt gegeben wird, daß die „Kollegen" wegen Lohndifferenzen bei der Firma Richter die Arbeit eingestellt haben. Wir fühlen uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Lohndifferenzen im Sinne des seit dem 1. Januar 1902 gültigen Tarifs, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unsres Gewerbes in Form eines, bis 1. Januar 1904 laufenden Vertrages abgeschlossen ist, nicht vorliegen, und für Ausnahme-Arbeiten, wie die in Betracht kommende, glatte Meißener Oefen, höhere als die zwischen uns und den Arbeitgebern vereinbarten Preise gezahlt werden. Dieses zur Information für unsre Kollegen.

Der Vorstand der Filiale Berlin.

Der Notiz, welche wir in der gestrigen Nummer unter der Ueberschrift: „Die Heldenthat der Rathenower Gewerkvereinler und die socialdemokratische Streiktaktik" brachten, fehlt infolge eines Versehens in der Setzerei die Unterschrift: H. Rohrlack. Wir bringen dies zur Kenntnis unsrer Leser, weil es dem Genossen Rohrlack — was ja aus den Schlußsätzen seines Artikels hervorgeht — gerade darum zu thun war, seine vom „Gewerkverein" bestrittenen Angaben mit seinem Namen zu vertreten.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Der „Sächsischen Arbeiterztg." wird aus Meerane geschrieben:

Es ist erklärlich, warum die vereinigten Weberindustiellen, die seit Beginn des Lohnkampfes jeden Versuch zu Einigungsverhandlungen halsstarrig und übermütig zurückgewiesen, für den vom Bürgermeister unterbreiteten Vergleich so schnell eingenommen waren. Dieser Vergleich verpflichtete die Fabrikanten zu nichts andrem, als zur Zahlung derselben Löhne, die sie vor dem Streik gezahlt, nur mit dem Unterschied, daß die Zahlung dann auf Grund eines Tarifs zu erfolgen hatte. Dieser Unternehmertarif vom 10. Oktober bedeutete damals für einige Artikel sogar eine Lohnreduktion, die ja bekanntermaßen den Streik herbeigeführt, die aber der Vergleich nunmehr aufheben wollte, so daß mit diesem „revidierten" Unternehmertarife in Bezug auf Löhne thatsächlich der alte Zustand in andrer Form Geltung erlangt hätte und von einer wirklich nennenswerten Lohnerhöhung nicht die Rede sein konnte. Die Erbitterung der Weber über einen solchen Vergleich war ungeheuer. Namentlich die vielen Frauen und Mädchen gaben ihrer Entrüstung über das Anerbieten der Fabrikanten in heftigster Weise Ausdruck. So lange die Meeraner Webindustriellen sich nicht entschließen, höhere Löhne zu zahlen, ist ein Ende des Kampfes nicht möglich. Das zeigt den Unternehmern die geheime Abstimmung mit genügender Deutlichkeit. Genau 1701 (nicht nur 1570) ausständige Weber stimmten für Fortsetzung des Kampfes und nur 35 für Wiederaufnahme der Arbeit. 1976 Personen stehen im Streik. Ein Teil der Streikenden war durch Postenstehen oder andre Dienstleistungen verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen. Eine Anzahl ist im Interesse des Kampfes verreist und andre waren durch Krankheit am Erscheinen verhindert. — Die den ausständigen Webern bezeugte allgemeine Sympathie äußert sich unter andern auch darin, daß neben den einlaufenden Geldunterstützungen auch reichliche Zuwendungen an Lebensmitteln erfolgen. So haben Gutsbesitzer aus der nächsten Umgebung bisher an 200 Centner Kartoffeln den Meraner und Glauchauer ausständigen Webern zugestellt. Ferner sind in Glauchau zu gleichem Zweck 400 Köpfe Rotkohl abgegeben worden. Ein Zimmergeschäft daselbst schenkte mehrere Fuhren Holz und viele Cigarrenhändler viele hundert Cigarren. Ja, eine Fabrik in Nordhausen sandte nebst 5 M. bar 250 Röllchen Kautabak. Solcher Liebesgaben sind noch viele zu verzeichnen. Selbst das „Meeraner Amtsblatt" fordert von den Fabrikanten mehr Entgegenkommen, „weil der größte Teil der Weber sich mit einem Lohn begnügen muß, der für eine rechte Lebenshaltung als nicht ausreichend bezeichnet werden muß". Die allgemeine Sympathie und die Berechtigung ihrer Forderungen giebt den Streikenden eine vorzügliche Position in dem schweren Kampfe.

Die Aussperrung der Küstriner Zimmerer dauert bereits 6 Wochen, ohne daß es bisher gelungen ist, die Arbeitgeber auch nur im mindesten von ihrem Standpunkt abzubringen.

Trotzdem die Ausgesperrten nichts weiter verlangen, als das Recht, Mitglieder ihrer Organisation bleiben zu dürfen, suchen die Unternehmer in bürgerlichen Blättern, wie der „Frankfurter Oderzeitung", „Neumärkischen Zeitung", „Oderblatt", „Schweriner Anzeiger" usw. Zimmergesellen, welche nicht der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands angehören, die denn auch in hellen Haufen angesichts des Winters und der verlockenden Versprechungen seitens der Arbeitgeber nach Küstrin kommen, so daß es den Ausgesperrten nur mit großer Mühe und schweren Opfern möglich ist, die Arbeitsplätze frei zu halten.

Die Brutalität der Unternehmer beschränkt sich aber nicht allein auf ihr eignes Gebiet, sondern den Ausgesperrten ist auch ede andre Arbeitsgelegenheit abgeschnitten worden; so haben sie dafür gesorgt, daß keiner der Ausgesperrten irgendwie andre Arbeit erhält.

Da sonst ein Teil der Zimmerer jeden Winter in den städtischen Forsten, in den Imprägnier-Anstalten, auf Schneidemühlen 2c. Beschäftigung fanden, werden sie jetzt ohne Ausnahme mit dem Hinweis auf ihre Organisationszugehörigkeit abgewiesen und ihnen bedeutet, daß sie nur dann Beschäftigung erhalten, wenn sie nachweisen, nicht mehr Mitglieder der Organisation zu sein.

Die Ausgesperrten, 51 an der Zahl, verteidigen mit Zähigkeit und Ausdauer ihre Organisation und haben bisher nur drei Mann der Organisation den Rücken gekehrt. Unorganisierte sind zur Zeit 22 Mann beschäftigt, davon sind sieben von auswärts zugereist, während die andren der Organisation vorher nicht angehört haben.

Es werden alle Arbeiterblätter gebeten, vor Zuzug von Zimmerern nach Küstrin zu warnen.

Die Geschäftsleitung der Vereinigung deutscher Zimmerer.

Ausland.

Für den vierten belgischen Gewerkschaftskongreß, der, wie bereits mitgeteilt, am 14. und 15. Dezember in Brüssel abgehalten wird, ist nunmehr folgende Tagesordnung festgestellt worden: Arbeiter-Unfallversicherung, Beseitigung des Artikels 310 des Strafgesetzbuches (Arbeitswilligenschutz); Verkürzung der Arbeitszeit, Agitation zur Herbeiführung derselben; Gewerkschaftsbewegung in Belgien, Gewerkschaftsbewegung und allgemeines Wahlrecht; die nationalen Gewerkschaftsverbände; allgemeine Streikkasse; Organisation der ungelernten Arbeiter.

Die Streiks in Frankreich im Monat Oktober. Das Arbeitsamt stellt für den Monat Oktober nur 28 Streiks mit zusammen 13 908 Streikenden fest; darunter befindet sich ein Streik der Bäckermeister. Nicht eingerechnet allerdings ist hier der Ausstand der Bergleute, an welchem, den offiziellen Angaben zufolge, 111 266 Personen teilgenommen haben. Von den 28 Streiks wurden unternommen, um Erhöhung des Lohnes durchzusetzen 13, wegen Herabsetzung 4, aus Solidarität für die Bergleute 3 usw.

Der Kongreß der französischen Marine-Arbeiter, der dieser Tage in der Arbeitsbörse zu Paris abgehalten wurde, hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Danach sollen folgende Forderungen aufgestellt werden: Eine allgemeine Erhöhung des Lohnes von 50 Cts. pro Tag für alle Arbeiter der staatlichen Marinewerkstätten; Einführung einer Alters- und Invalidenpension in der Höhe von 1000 Fr. für die Specialarbeiter; Unterstützung der Witwen und Waisen nach einer 15jährigen Dienstzeit und Einführung des Achtstundentages.

Versammlungen.

Der Berliner Konsumverein hielt am 23. d. M. im Gewerkschaftshause seine Haupt-Delegiertenversammlung ab. Den Bericht über die Thätigkeit der Verwaltung gab der Vorsitzende Lamm, die Erläuterungen zu dem Zahlenmaterial in der Bilanz der Geschäftsführer Junger in der ausführlichsten Weise. In einem detaillierten Geschäftsbericht, der in Kürze erscheint, wird dieses den Mitgliedern noch zugehen. Der Umsatz ist im verflossenen Geschäftsjahr (das nur elf Monate umfaßt) um 58 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen und beträgt 485 410,04 Mark. Die Bilanz wurde einstimmig genehmigt. Der Reingewinn in Höhe von 26 380,07 M. wurde folgendermaßen verteilt: 5 Proz. Rückvergütung = 24 270,53 M., dem Reservefonds wurden 1309,54 M. zugewiesen und der Verwaltung 800 M. als Entschädigung für ihre Mühewaltung zugebilligt. Die Auszahlung der Dividende erfolgt anfangs bis Mitte Dezember und wird den Mitgliedern Zeit und Ort durch Inserat im „Vorwärts" und „Genossenschafts-Pionier" und Aushang in den Geschäftsstellen bekannt gegeben werden. Ebenso findet Ende Dezember eine außerordentliche Delegierten-Versammlung statt, in der die Zuwahlen zum Verwaltungsrat erfolgen.

Centralverband der Civilmusiker Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. In der letzten außerordentlichen Generalversammlung erstattete die Kommission zur Ueberführung der Einrichtungen der Freien Vereinigung der Civilberufsmusiker Berlins und Umgegend in den Centralverband der Civilmusiker Deutschlands ihren Bericht. Die Versammlung beschloß, den Statutenentwurf drucken zu lassen, jedem Mitglied zuzustellen und die auf der Tagesordnung stehende Statutenberatung zu vertagen. — Gegen ein ehemaliges Mitglied, welches bei einem Geschäftsabschluß mit einer Gewerkschaft mit dem Titel der Organisation Mißbrauch trieb, soll gerichtlich vorgegangen werden.

Köpenick. Am 18. November fand eine öffentliche Volksversammlung statt. Die Stadtverordneten Herbst und Rochlitz erstatteten Bericht über die Thätigkeit unsrer Vertreter im Stadtparlament. Die Versammlung war mit den Ausführungen unsrer Parteigenossen vollständig einverstanden, und wurden die ausgeschiedenen Genossen: Bäckermeister Paul Hein und Glasmacher Julius Schneider aufs neue als Kandidaten für die nun stattfindenden Stadtverordnetenwahlen aufgestellt.

Adlershof. Der hiesige Wahlverein hielt am 20. November im Fechnerschen Lokal eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, mit einem Referat des Genossen Dr. Borchardt über „Arbeitslosen-Versicherung". An der Diskussion beteiligte sich Hildebrandt, der einen von dem Referenten abweichenden Standpunkt vertrat. Hierauf gab Stemmwedel Bericht von der Kreis-Generalversammlung, der ohne besondere Einwendungen entgegengenommen wurde. Bei Erledigung von Vereinsangelegenheiten wurden drei Mitglieder ausgeschlossen, weil dieselben sich an der letzten Gemeindevertreter-Ersatzwahl nicht beteiligt hatten. Nachdem noch Kühn als Hilfskassierer gewählt war, wurden die unerledigt gebliebenen Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Geldstrafe. Vom Ober-Landesgerichtsrat Rob. Schmölder. Hamm i. W. C. Griebsch.

Zur Hygiene des Gärtnergewerbes. Von M. v. Schulz. Sonderabdruck aus der „Medizinischen Reform".

Helene Simon und August Pieper. Die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken. Jena. Gustav Fischer. 1 M.

Witterungsübersicht vom 25. November 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. (°C. = °R.)	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. (°C. = °R.)
Swinemde.	758	Still	—	Nebel	1	Haparanda	764	NO	4	Schnee	—13
Hamburg	756	OSO	2	Nebel	0	Petersburg	765	OSO	1	wolkenl	—13
Berlin	758	SO	1	wolkenl	1	Cork	736	NO	4	bedeckt	11
Frankf./M.	755	O	1	bedeckt	2	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	757	SW	2	Nebel	1	Paris	750	S	4	bedeckt	9
Wien	761	SSO	1	Nebel	—6						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 26. November 1902.

Mild und zeitweise heiter, jedoch veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 26. November.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Der Waffenschmied.
Schauspielhaus. Im bunten Rock.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Geschlossen.
Deutsches. D' Mali.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Central. Madame Sherry.
Lessing. Kaltwasser.
Renes. Der Gemeine.
Residenz. Seine Kammerzofe. (Nelly Rozier).
Westen. Don Juan.
Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Kabale und Liebe.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Der Pfarrer von Kirchfeld.
Belle-Alliance-Theater. Anno 48.
Wilhelm. Preciosa.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Deborah.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Buntes Theater. Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Monsieur Badin. — Abergläubisch.
Kleines. Ackermann.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49. Tausend Jahre deutscher Kultur.
Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Residenz-Theater.
Mittwoch und folgende Tage:
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)
Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Central-Theater
Heute Anfang 7½ Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Felix.
Morgen und folgende Tage 7½ Uhr: Madame Sherry.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Nur noch 3 Aufführungen.
Ilse Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendnachmittag: Frau Holle.
Sonntagnachmittag: Othello, der Mohr von Venedig.
Sonnabend, zum 1. Mal: Witwe Dallia. Kriminal-Schauspiel in 6 Bildern.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72—73.
Zum 490. Mal:
Charleys Tante.
Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. 8½ Uhr.
Vorher: Cassis Pascha. Anf. 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gastspiel des königl. Schauspielers Herrn Joseph Kesper: Nathan der Weise.

Apollo-Theater.
Von 8—9 Uhr: Specialitäten.
Um 9 Uhr: Zum 20. Male:
Mit kolossalem Erfolge:
Nakiri's Hochzeit
Operette in 2 Akten von P. Lincke.
Im zweiten Bilde (um 10½ Uhr):
Der sensationelle Spiegeltrick.
Im letzten Bilde (10½ Uhr):
H. Harndins elektrisches Ballett.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine
schneeweisse Negerin
von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Belle-Alliance-Theater.
Münchener Ensemble-Gastspiel
Heute Mittwoch, 26., abends 8 Uhr:
Anno 48. Konrad Dreher als Gast.
Altmünchener Posse mit Gesang in 3 Akten. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage, abends 8 Uhr: Anno 48.
Sonnabend, 29. Nov., zum 1. Mal: Die Schröderischen. Preisgekröntes Volksstück. Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen: Der Müller und sein Kind.

Wilhelm-Theater.
Friedrich-Strasse 236.
Preciosa.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 30. Novbr., Nachmittags-Vorstellung: Dorf und Stadt.
Anfang 3 Uhr, halbe Kassenpreise.

Luisen-Theater.
Deborah.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse, Invaliden-, Künstlerdank u. Warenhäuser A. Wertheim.
Morgen: Die Räuber. Freitag: Hamlet. Sonnabendnachm. 3 Uhr, zu ganz kl. Preisen Schüler-Vorstellung: Othello. 8 Uhr: Der Stabstrompeter.

Palast-Theater
Direktion: R. Winkler. Burgstr. 22.
8½ Uhr: Riesenerfolg. 8½ Uhr:
Goldene Jugend.
Gr. Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz in 2 Akten von W. Gericke.
Rentier Fiebig — Dir. R. Winkler.
Die Tänze arr. v. d. Igl. Tänzerin a. D. Frl. A. Bernhard, Balletmeisterin.
Die neuen Kostüme sind aus dem Atelier Schaup.
Das Riesen-Programm.
Goldene Jugend ist von der gesamten Presse als die hervorragendste Novität der Saison bezeichnet worden.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 8, Ende 11 Uhr.
Letzte Woche d. sensationellen November-Progr.
Georg Kaiser
vom Apollo-Theater in Berlin in seinem Repertoire.
Agoston, der „Witze"-König.
Der Todessprung des Hundes.
14 erstklassige Nummern.

Buntes Theater
(Ueberbrett'l.)
Köpnickerstraße 68. Anfang 8 Uhr.
Novitäten-Abend.
Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Monsieur Badin. Abergläubisch.
Bunter Teil:
Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Marcell Salzer. Carla Lingen a. G.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Ackermann.
Eine tragische Komödie in 3 Akten von F. Holländer u. L. Schmidt.
Morgen: Ackermann.

Metropol-Theater.
Letzte Woche!
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.
Donnerstag, 27. November:
Die zwölf Frauen des Japhet.
Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Musik von Victor Holländer.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 26. November 1902, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Parade - Exercieren des Amazonen-Corps.

Casino-Theater.
Lothringer-Straße 37.
8 Uhr: Chambre garnie.
8½ Uhr: Die brill. Specialitäten
9½ Uhr:
Bis jetzt täglich ausverkauft
Ein Sohn des Volkes.
Wochentags 8, Sonntags 7½ Uhr.

Bernhard Rose-Theater,
Badstr. 58.
Mittwoch, den 26. November:
Deborah.
Volksschauspiel in 4 Akten von Dr. S. H. Mosenthal.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: Denise.

Cirkus Schumann
Mittwoch, den 26. November, abends 7½ Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung.
Eine Fortsetzung der beliebtesten Pantomime:
Die lustigen Heidelberger.
Direktor Alb. Schumanns neueste Creationen.
Ausserdem:
Das Riesen-Programm.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.

Freitagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.

Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Freitagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Arnold Scholz **Germania-Prachtsäle** Chausseestr. 103.

Jeden Mittwoch und Sonntag:

Hamburger Sänger.

Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.

Stets wechselndes Programm.

Anf. 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt 30 Pf.

Jeden Donnerstag: **Bergter-Konzert und Familien-Kränzchen.**

Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**

8 große und kleine Säle unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 50822*

Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inh.: Albert Mörner.

Neues Konzert-Repertoire
des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einödshofer.

Heute: Populäres Konzert.
Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.

Sonnabends stehen meine Säle wie Vereinsräume, 50—2000 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Ein kleiner Saal ist auch an andren Wochentagen frei. 5767L*

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.

Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel von Richard Voß.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Kommass.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1½ Uhr.

(Meisel, Pietro, Brillon, Max Steidl, Krone, Böhme, Mück-mann, Plättner rc.)

Steidl-Theater

Oranienburg. Thor an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Steidl-Sänger.

Täglich wechselndes Programm.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:
Tanzkränzchen.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstraße 77/79.

Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante November-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.

Heute Mittwoch:
Militär-Konzert
3. Garde-Regim. zu Fuß (Herr Goorisch.)
Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.

Winter-Garten

Letzte Woche

des mit
so grossem Beifall
aufgenommenen
November-Programms.

Königstadt-Casino.

Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Sanssouci

Heute Mittwoch:
Extra-Vorstellung
zum Besten einer
Weihnachts-Bescherung
armer Kinder.
Nachher: **Tanzkränzchen.**
Die Einnahme ohne jeden Abzug verbleibt dem guten Zweck.
Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest. Goldf., Brillanten j. Art, gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Pfandl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Herren-Moden,

elegante Ausführg., geringe Teilzahlg.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
2 Treppen, am Alexanderplatz.

---

36 Mark

elegante **Winter-Paletots,**
30 Mark
hochfeine **Herren-Anzüge,**
12 Mark
schwere **Winter-Beinkleider.**
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14. Krausenstr. 14.
1 Treppe. Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Treppe.

Seidenstoffe

Weltbekannt
ist unsre 5646L*
Schwarze
Reinseidene Robe
in glatt und gemustert.
10 Meter **Mark 25,00.**
Seidenhaus
Pauldrach & Ott,
I. Geschäft: Oranienstr. 153,
II. Rosenthalerstr. 20-21.
Man verlange Proben.

Unserm Kamerad Jakob Freudenthal z. seinem 25jährigen Jubel-Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch!
6526 **Mehrere Freunde.**

Herrenuhren

verfallene
goldene 14karätig Sprungdeckel 50,00 an, silberne 5,50 an.

Damenuhren

grossart. Auswahl, 14 k. 12,00 an, hochmoderne Muster.

Verfallene
Brillantringe

Ketten in Gold und prima Doublé

Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Englisch. Unterricht

(Einzel- oder im Zirkel) erteilt 55682*
G. Swienty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die so überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes
Hermann Wede
sage ich hiermit allen Verwandten sowie den Kollegen, Freunden und Bekannten meines verstorbenen Mannes, insbesondere dem Gesangverein Berliner „Typographia" meinen innigsten Dank. 6605
Martha Wede, geb. Bartels.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10 über: **Sogenannte unheilbare Männerleiden.** **Mittwoch, 26. Nov.,** abends ½9 Uhr in Mothes Festsälen, Hussitenstr. 40.
Nur für Herren! Eintritt frei! 6675

Steppdecken

kauft man am besten u. billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.
72, Wallstr. 72, nahe der Rossstrasse,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. **Prachtkatalog gratis!** 51852*

Wurms

Magendoctor

ist das

Beste

für den Magen

Hiervon überzeugt Sie das treffliche botanische Wurm-Kunstblatt und die beglaubigten ärztlichen Atteste, welche Sie in den Niederlagen erhalten, besonders aber der regelmässige Gebrauch. Er ist

wohlschmeckend.

Die Feiertage stellen nun ausserordentliche Ansprüche an den Magen. Ein schlechter oder verdorbener Magen stört die Freude. Da ist es denn sehr gut, einen

„Magendoctor"

in der Form eines angenehm. Genussmittels im Hause zu haben!

Für Jedermann sind daher **einige Flaschen „Wurm"**

ein nützliches und willkommenes

Festgeschenk.

Dieses wird noch gehoben durch Zugabe einiger der so beliebten Original-Wurmgläschen.

pro Stück 10 Pfg. in den Verkaufsstellen.

Teilzahlung

monatlich 10 M., liefert **elegante Herren-Garderobe** nach Maß. **Bar Kasse allerbilligste Preise. Wer selbst Stoff hat,** fertige Anzüge, Paletot nach Maß von 20 Mark an. 49182*
Tomporowski, Schneidermeister,
Prinzenstr. 55,
Ecke Dresdenerstraße.

Frack- **Verleih-Institut,**
Friedrichst. 131 I u. Oran.
Th. El. Frack, Gehrock
1.— Hosel.— Weste 50 Pf.

Reste

zur
Damen-Mäntel-Konfektion und Kindergarderobe.
Futterseiden, Besatzartikel
fertige Mäntel in grosser Auswahl zu bill. Pr.

C. Pelz,

4. Kottbuser-Strasse 4.

II. Wahlkreis!

Mittwoch, den 26. November, abends ½9 Uhr, im großen Saale der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

Volksversammlung.

210/11 Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten **August Bebel** über: **„Der Staat und die herrschenden Klassen".** 2. Diskussion.

Recht zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

III. Wahlkreis.

Donnerstag, den 27. November, abends 8½ Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Ausserordentliche
General-Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:
Erhöhung der Wahlvereins-Beiträge. — Bericht der Kommission wegen Ausschluß eines Mitgliedes. — Vereinsangelegenheiten. 241/1*
Mitgliedsbuch legitimiert. — Das Protokoll vom Münchener Parteitag wird in der Versammlung ausgegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 27. November, abends 8½ Uhr,
im **Alten Schützenhause,** Linienstr. 5:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Baudert**-Apolda: **„Die politische Lage".** 2. Diskussion. 3. Mitteilung von Partei- und Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Das **Protokoll** des **Münchener Parteitags** gelangt in dieser Versammlung zur **unentgeltlichen Verteilung** und wird jedem Mitgliede eingehändigt, das sich mit den Beiträgen nicht über drei Monate im Rückstande befindet. — **Die Bücher sind mitzubringen.**

Das Erscheinen **aller** Mitglieder erwartet 245/20*
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Zwei Volksversammlungen

Mittwoch, den 26. November, abends 8½ Uhr:
im **Belforter Salon,** Belforterstr. 15
und bei **Graumann,** Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:
Die Auflösung des Rabatt-Sparvereins Königsthor und die Konsumgenossenschaften.
Praktischer Idealismus im modernen Genossenschaftswesen.
Referenten: Frau **H. Steinbach**-Hamburg u. Reichstags-Abgeordneter **v. Elm.**
Diskussion. 126/11
Um zahlreichen Besuch bitten **Die Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 27. November, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
Kassenbericht vom 3. Quartal. Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers und der Kontrollkommission. Stichwahl für die Ortsverwaltung (Beisitzer.)

Weitere Stellungnahme zu dem Innungsnachweis.

Antrag auf Ausschluß der Mitglieder **Quandt,** Buchnummer 11 447, und **Jaffke,** Buchnummer 101 562.
Dieselben sind hierdurch zu dieser Versammlung eingeladen.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
91/15 **Die Ortsverwaltung.**

Kammermusik-Abend

am Sonntag, den 14. Dezember 1902, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.

Die Branchen-Versammlung am 26. November sowie die Vertrauensmänner-Versammlung am 3. Dezember **fallen wegen der am 8. Dezember stattfindenden außerordentlichen Branchen-Versammlung aus.**

In der noch näher bekannt zu machenden Versammlung am 8. Dezember wird Kollege **Karl Kloß**-Stuttgart referieren.

Branche der Stellmacher.

Den Kollegen zur Nachricht, daß die **Branchen-Versammlung** der Generalversammlung wegen **nicht** am Donnerstag, den 27. November, sondern **am Donnerstag, den 4. Dezember,** stattfindet.
Der Obmann.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 26. November 1902, abends 8½ Uhr, im Schloss Weddingpark, Müllerstr. 178:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **W. Miethke** über: **„Alkoholismus und Klassenkampf".** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. 71/3
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich mit Frauen zu erscheinen.
Gäste haben Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Parteigenossen und Kollegen hiermit zur Nachricht, daß ich am heutigen Tage in **Mariendorf, Feldstraße, Ecke Ring-Chaussee,** ein

Weiß- und Bairischbier-Lokal 6626

eröffnet habe. **Hermann Reichardt.**

F. Scholz' Festsäle, Große Frankfurterstraße 74,
empfiehlt **1. und 2. Weihnachts-Feiertag zu Matineen.** Außerdem empfehle meine Säle wochentags zu Festlichkeiten und Versammlungen unter ganz coulanten Bedingungen. 55662*
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag: **Tanz.**

Vorwärts-Buchhandlung
Berlin SW., Lindenstraße 69.

Neu-Erscheinungen!

Münchener Parteitags-Protokoll broschiert 60 Pf., gebunden 90 Pf.
Arbeiter-Notizkalender 1903 60 Pf.
Neue Weltkalender 1903 40 Pf
Jadek-Blaschko, Schutz gegen Krankheitsgefahr, 20 Pf.
Kautsky, Sociale Revolution:
I. Socialreform und sociale Revolution 40 Pf.
II. Am Tage nach der socialen Revolution 30 Pf.
Mehring, Aus dem litterarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Band III, broschiert 7 M., gebunden 8,50 M.
Letzteres Werk, bestehend aus vier Bänden, liegt nunmehr komplett vor. Preis für alle vier Bände broschiert 25 M., gebunden 31 M., jeder Band wird auch einzeln abgegeben.
Ferner empfehlen wir:
Bebel, Christentum und Socialismus 10 Pf. 233/9*
Bebel, Altentale und Socialdemokratie 10 Pf.
Braun, Lily, Frauenarbeit und Hauswirtschaft 20 Pf.
Kautsky-Schoenlank, Grundsätze und Forderungen der Socialdemokratie 10 Pf.
Lafinsky, Waren die Urchristen wirklich Socialisten 15 Pf.
—, War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch 15 Pf.
—, Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken 20 Pf.
—, Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft 15 Pf.
Zetkin, Klara, Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Socialdemokratie 25 Pf.
Liebknechts Volks-Fremdwörterbuch, gebunden 3,20 M.
Ein praktisches, unentbehrliches Nachschlagebuch für jedermann. Wer sich auf dem Laufenden halten will und fleißig unsre Zeitung und Werke liest, dem ist dieses Werk ein nie versagender Freund und Ratgeber. 233/9

Meissner
Geld-Lotterie
Ziehung 29. Novbr. bis 5. Dezemb.
Höchstgewinn ev. Mark
100000 bar
Originallose à 3 Mark
empfiehlt die Glückskollekte
J. Rosenberg,
Berlin S., Kommandantenstr. 51
Porto u. Liste 30 Pf. extra.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [45/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine!

Durch Hinzunahme weiterer Räume habe ich meine Säle bedeutend vergrößert. Dieselben fassen jetzt:

Saal I. (mit Bühne) ca. 700 Personen
„ II. „ 300 „
„ III. „ 100 „

Ich empfehle sie zu Versammlungen wie Festlichkeiten jeder Art, ebenso stehen Vereinszimmer verschiedener Größe für Vorstands- und Kommissions-Sitzungen jeder Zeit zur Verfügung.

ff. Lager- und Versandbier a Glas 10 Pf. Weißbier, große 20, kleine 10 Pf.
Speisen und sonstige Getränke in bekannter Güte zu soliden Preisen.
Garderobe bei Festlichkeiten nur 10 Pf.

Um geneigten Zuspruch bittet
Robert Voigt, Ritterstr. 75.
Restaurateur. 5750?*

Anker-Brikets

werden fast von jeder besseren Kohlenhandlung geführt.

(8/1*

Mittwoch, Donnerstag, Freitag,
Sonnabend und **Sonntag** verkaufe, um mit den noch reichhaltigen Beständen meines Winterlagers zu räumen, **folgende Damen-Konfektion** zu enorm billigen Preisen bis abends 9 Uhr, und zwar:

	Mark
Chike Paletots in engl. u. schwarz	**12.—**
Elegante Capes in warmen Stoffen	**9.75**
Abend-Mäntel und Capes	**12.—**
Kinder- u. Backfisch-Paletots	**6.—**

Heinrich Rackwitz, Engros-Lager,
Niederwallstr. 28/29, I. Etage, Nähe Spittelmarkt.

Neu! Neu!
Wer seinen Kindern ein schönes Weihnachtsfest bereiten will, der kaufe ein Kistchen von unsren Genossen aus Lauscha selbst angefertigten **Glas-Christbaumschmuck.** 5650?*

Ein überaus großes und schönes Sortiment, bestehend aus 7—8 cm großen Eiern und Kugeln, glatt u. eingestochen, bemalt, mit Chenille und feinem Silberdraht überspunnen. Phantasie-Artikel in allen Formen und Farben, 10 Strang versilberte und bemalte Strangkugeln, Eis- und Tannenzapfen, Schiff, Vogelbauer, klingende Glocken, Ballon, brillante Reflexe, eine Baumspitze, Aepfel, Birnen, Aprikosen und Früchte aller Art. Lametta usw.
Hierzu eine Gratisbeilage.
Eine überraschende Neuheit der Glasbläserei, eine schön bemalte, 22 cm hohe Salonlampe. Das Kistchen gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung von nur 5 M. franco. Auch versenden wir in größeren Quanten und garantieren für volle Zufriedenheit der Käufer.
Guido Müller jun.
Lauscha, Thür.

Für 20 Mark
fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zutaten. **Weyer, Rosenthalerstr. 6/7.** Amt III 8524.

Anzüge nach Maß für Herren- u. Knaben
Größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66**

Antwort.

Auf die an uns **mündlich** und **schriftlich** so zahlreich gerichteten Anfragen, ob wir noch den so beliebten Paletot

„Treffer“

auf Lager haben, erwidern wir hierdurch allen denjenigen, denen dieses vornehme Kleidungsstück von Käufern desselben empfohlen wurde, daß wir wiederum

1200 Paletots
in derselben Qualität
unter derselben Marke
„Treffer“

haben anfertigen lassen. Unser Paletot **„Treffer“** ist der Beweis unsrer **höchsten Leistungsfähigkeit** und das **praktischste** und **modernste** Kleidungsstück der Saison. Derselbe ist in dunkelgrauer Marengofarbe gehalten und besteht aus **weichem, fein meliertem** Oberstoff mit gutem Plaidfutter, ein- und zweireihig mit **Sammetkragen,** die Nähte **zweimal** gesteppt, für jede Figur, **normal** oder **anormal** passend, in Verarbeitung II zum Preise **von 18.— Mk.** Derselbe Paletot mit extra schwerem Plaidfutter in Verarbeitung I, „Ueberzieher nach Maß ersetzend“, zum Preise **v. 28.— M.**

Schließlich offerieren wir noch unsre unübertreffliche Joppe unter der Marke

„Nimrod“

bestehend aus dunkelgrauem, **weichem,** porösem, **fein meliertem** Oberstoff in glatter oder rauher Herstellung, gefüttert mit **schwerer Fell-Imitation** in hochgeschlossenen Facons und Doppel-Ueberschlag, Taillengurt mit und ohne Aufsätzen, geeignet für **Sportleute, Jäger, Beamte** 2c., in Verarbeitung II **8,50 Mk.,** in prima Verarbeitung **13.— Mk.**

Diese Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Uebervorteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellosen Sitz. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation in größtem Maßstabe.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.
Berlin, Oranienstr. 40/41.
Diese Ankündigung erscheint dreimal.

D. Doberstein's Festsäle

Prinzenstr. 94 und **Wasserthorstr. 68**
sind noch an Sonnabenden im **März, April** 2c. zu Vereins-Festlichkeiten und an andern Tagen zu Versammlungen zu vergeben. Bestellungen erbitte Prinzenstr. 94 abends von 8 Uhr ab. **D. Doberstein.**

Möbel gegen Cassa und Teilzahlung
in der Fabrik
H. Roggensack,
Inh.: **Paul Kraatz,**
N., Ruppinerstraße 5.
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Landparzellen! 20 Mark Anzahlung, wöchentlich 3 Mark Abzahlung verkauft Handverwaltung Brunnenstraße 151. 616b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 1373R*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in **guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark.** Julius Lindenbaum, **Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße.** *

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Rohstoffen herrührend, 18—38, Beinkleider 8—11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. 637b*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1205R*

Herrenpaletots, Anzüge, Reisemuster, nur einzeln, weit unter Engrospreis. Brunnenstraße 186, II, rechts. 124/5*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 47/14*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstraße 20. †92*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwarz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.

Tänzentrumeau, geschliffen, 40 M., Strausbergerstraße 6a, I. [46/10*

Pianino sofort verkäuflich, Ritterstraße 120, I. 45/8*

Gelegenheits-Käufe: Paletots, Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teschings, Musikwerke spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 635b*

Goldsachen, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 1339R*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1389R*

Blumenarbeiterinnen empfiehlt Paraffin 5 Pfund 2 Mark. Flora-Droguerie, Paul Lemke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 2692b

Hobelbänke, kleine, gebrauchte, Küchenspind, Hackbauer, preiswert. Dietwitz, Moritzstraße 76. 634b

Laubenbau, Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, neu und gebraucht, Dachpappe, Teer billig. Kottbuser Damm 22. 420b

Cigarren, Cigaretten, Prima-Qualität, liefert Pole, Zeilnerstraße 15.

Barschari-Cigaretten, Zeilnerstraße 15. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fettgänse! spottbillig, frisch geschlachtet, auf dem Central-Viehhof verkäuflich. Eldenerstraße, gegenüber Feldrestaurant Elbulski. Bettfedern von 60 Pfennig an. Paul Hoff. 49/16*

Materialwaren-, Obst- und Gemüsegeschäft, gutgehend, umständehalber zu verkaufen. Rixdorf, Lessingstraße 19. 665b

Gute Existenz. Destillation, Restauration, Haupteinfahrt zum Güterbahnhof, sofort verkäuflich, erforderlich 3—4000 Mark. Auskunft Stromstraße 60 I, Schröter. 670b

Möbelverkauf. Wegen Todesfall: englische Bettstelle, Büfett, Pancelsofa mit Spiegel, geschnitztes Kleiderspinde, geschnitztes Vertiko, Nußbaum-Stühle, Tische 2c. Rixdorf, Fuldastraße 6 II bei Häusel, vormittags 8½—1 Uhr. 672b

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Damenpaletots, Jackets, Reisemodelle, verkaufe 4—9 Mark. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. *

Nußbaumkleiderspind, Vertiko, neu, billig. Höfer, Manteuffelstraße 77. 664b

Steppdecken, imitierte Seide, verkauft a 3,75 Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 674b

Ein Heckbauer billig zu verkaufen. Rüchlitz, Petristraße 8/9 I. 679b

Verkaufe zwei Zimmer elegante, gediegene Nußbaummöbel spottbillig. — Brautleuten passend. — Waschgarnitur, Kleiderschrank, Wäscheschrank, Säulentrumeau, Kristallspiegel 25,00, Ausziehsofa, Sofatisch 18,00, Schlagregulator, Spieluhr 10,00, prachtvolle, echte Oelgemälde 8,00, Rohrlehnstühle 3,50 Portieren, vollständige Kücheneinrichtung mit Eisschrank 50,00, Smyrnateppich, Salonsäulen, Gaskrone, Verschiedenes. Um der Fischerbrücke 12, vorn I rechts. 78/15

Verschiedenes.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzger, Steglitzerstraße 65. 252b*

Patentbureau Dannmann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 502b

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 647b*

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 654b*

Zahnatelier C. Gedicke, Stargarderstraße 3. †137*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Wer Stoff hat, fertige Anzug nach Maß von Mark 15,00. B. Lemkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a.

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung Paulstraße 7, Lagerspeicher. *

Vereinszimmer, großes, ist zu vergeben. Schmidt, Wittstockerstr. 18, Ecke Berlichingenstraße. 641b*

Weihnachtstage und nachfolgende Sonntage noch zu vergeben Wernaus Festsäle, Schmedestraße 23/4. *

Fahrrad kauft Ratzlaff, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Volksbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Handwäscherei. Empfehle mich den geehrten Herrschaften, sämtliche Haus- und Leibwäsche sauber zu waschen. Bettwäsche, Leibwäsche 0,10, 4 Handtücher, 5 Taschentücher 0,10. Abholung sofort. Frau Kresin, Köpenick, Grünauerstraße 23. 1438R

75 Pfennige! Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Raterteilung. Allerbilligst Strafaufschub, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallsachen, Gnadengesuche. Wulkow, Stallberstraße 141. Abends 10 Uhr geöffnet. 681b

Maurer und Zimmerer, welche sich in ihrem Fache weiter ausbilden möchten, erhalten jederzeit gründlichen Unterricht im Zeichnen, Berechnen der Baukosten, Anfertigung von Rentabilitäts-Berechnung über zu bebauende Grundstücke, um vor der Bebauung den Reingewinn zu ermitteln. Ferner Kostenanschläge sämtlicher Bauhandwerker, Holzberechnung 2c. Honorar mäßig. Garantierte Ausbildung zu tüchtigen Polieren sowie selbständigen Unternehmern in kürzester Zeit. Unterrichtsstunden abends 7—10, Sonntags 8—12. C. Karras, Maurermeister, Beusselstraße 71 II. †84

Rechtsbureau Neue Jakobstraße 16. Langjähriger Gerichtssekretär, Gefängnis-Inspektor.

Vermietungen.

Geschäftskeller 1. Januar vermietbar Waldemarstraße 39. †17

Zimmer.

Möbliertes Zimmer sofort Stallschreiberstraße 55, I rechts. 676b*

Schlafstellen.

Zwei möblierte Schlafstellen zu vermieten bei Tiebach, Paulstraße 33, Gartenhaus, hochparterre. 666b

Schlafstelle zu vermieten. Callies, Bahnstraße 17, 2. Quergebäude IV, Schöneberg. †121*

Freundliche Schlafstelle. Spohn, Tilsiterstraße 42. †42*

Mietsgesuche.

Ehepaar, kinderlos, mit eignen Federbetten, eigner Wäsche, sucht größeres, einfach möbliertes, ungeniertes Zimmer ohne Bedienung bei ruhigen Leuten, auch Hof. Offerten mit Preis erbeten „A. 100“ Postamt 39. 663b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Seher, Adalbertstraße 40, bei Schmidt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Marmorsteinmetz verlangt W. Priesz, Große Frankfurterstraße 125.

Vergolder verlangt Lazarus, Alexandrinenstraße 22. 671b

Tüchtige Drahtheftler oder Heftmaschine verlangen Lüderitz u. Bauer, Mauerstraße 80. 675b

Einen tüchtigen Zuschneider und Mustermacher, der schon längere Zeit in der Branche gearbeitet hat, verlangen A. u. C. Schneidewind, Briefumschlag-Fabrik, Kommandantenstraße 16. 669b*

Hausdiener sofort verlangen O. Rohde u. Co., Oranienstraße 6.

Tischler auf journierte Leisten verlangen O. Rohde u. Co., Oranienstraße 6. 682b

Tüchtige Ausschneider und Farbigmacher verlangt Goldleistenfabrik Reichenbergerstraße 88. †17

Plätterin, saubere, wünscht Wäsche im Hause, auch vom Plättgeschäft, billige Preise. Stübbe, Gräfestraße 8.

Belegerinnen und Barock-Vergolderinnen verlangt E. Joers, Stallberstraße 28. †17

Arbeiterin auf bessere Knabenanzüge im und außerm Hause. Beier, Usedomstraße 7. †106*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtiger Werkmeister
Spiegel-, Bilderrahmen-Fabrik sofort gesucht. **S. Guthers,**
6855 **Breslauerstraße 15/16.**

Glasmacher 49/17
Röhrenzieher,
nach Thüringer Ort sofort gesucht. Offerten sub **C. F. 8051** an **Rudolf Mosse,** Berlin, Schiffbauerdamm 1.

Junger Mann, 17 Jahre alt, welcher 2½ Jahre auf der Baustelle praktisch gearbeitet hat, möchte sich im Bureau-Comptoir ausbilden, Berlin oder Vorort, hat schon etwas Vorkenntnisse, sucht Stellung durch 677b
C. Karras, Beusselstr. 71. II.

Achtung, Holzarbeiter!
Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Kraustr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Wegen ständiger Ueberstundenarbeit haben die organisierten Tischler der Möbeltischlerei von
Hahn & Metzkow,
Weißensee, König-Chaussee 71.
die Arbeit eingestellt. — Ebenfalls wurden die **Möbelpolierer** wegen ihrer Zugehörigkeit zum Möbelpolierer-Verbande entlassen.
Der Betrieb ist somit für Tischler und Polierer gesperrt.
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltungen.

Achtung Tischler!
Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Kraustr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jurius, Höchststr. 17.
Hahn & Metzkow, Weissensee, König-Chaussee 71.
Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Milde Richter.

Der Prozeß gegen Graf Pückler und Genossen, in welchem zu gestern vormittag vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Publikationstermin anberaumt war, ist noch nicht ganz zu Ende gekommen. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Müller machte den Angeklagten Graf Pückler darauf aufmerksam, daß seine Verurteilung wegen der Rede vom 11. November auf Grund des § 186 Str.-G.-B. erfolgen könnte, und zwar wegen des Satzes, der da lautete: „Unsre Behörden laufen aber wie toll und verrückt hinter den Juden her!“ — Graf Pückler bestreitet nochmals, derartige Beleidigungen ausgestoßen zu haben. — Angekl. Bruhn beantragt die Vernehmung des Kriminalkommissarius Dr. Henninger. Dieser werde bekunden, daß unter Billigung der Staatsanwaltschaft bei andren Zeitungen die Sache stets so gehandhabt wird, daß bei einer Strafverfolgung immer nur der für den betreffenden Zeitungsteil Verantwortliche in Anspruch genommen wird. — Rechtsanwalt Ulrich beantragt auf Grund einer ihm zugegangenen Postkarte einen Beweis darüber zu erheben, daß der Journalist Schweder, auf dessen Bericht hin der Angekl. Graf Pückler wegen Richter-Beleidigung bestraft werden soll, ein unzuverlässiger Berichterstatter sei. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg und der Kaufmann Trautmann in Reinickendorf würden bekunden, daß Schweder wegen unzuverlässiger Berichterstattung vom Vereinstag in Kassel ausgeschlossen worden ist. Der Gerichtshof hält diesen Antrag für wichtig genug, um ihm stattzugeben, da nach der Beweisaufnahme der Zeuge Schweder seinen Bericht nur auf Grund von Notizen konstruiert hat. Der Gerichtshof beschließt deshalb, die Verhandlung in der

Beamtenbeleidigungs-Sache abzutrennen

und zur Fortsetzung dieses Teils der Verhandlung einen neuen Termin auf Sonnabend, 29. November, vormittags 8½ Uhr anzusetzen. Zu diesem Termin sollen der Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg, der Kaufmann Emil Trautmann, der Polizeilieutenant Schirmer und der Journalist Schweder geladen werden. Der Beweisantrag auf Ladung des Kriminalkommissars Dr. Henninger wird abgelehnt. — Nachdem auf weitere Erörterungen verzichtet worden, verkündet der Vorsitzende das

Urteil

des Gerichts dahin: Der Angekl. Graf Pückler wird wegen Beleidigung des Sanitätsrats Dr. Neumann in Glogau zu **500 M. Geldstrafe** event. 30 Tage Haft, wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten in zwei Fällen zu **700 M. Geldstrafe** event. 70 Tagen Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Der Angekl. Weber wird wegen Beleidigung des Sanitätsrats Dr. Neumann zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Haft verurteilt. Die drei übrigen Angeklagten werden freigesprochen. Dem Dr. Neumann wird die Publikationsbefugnis zugesprochen und die Einziehung bezw. Vernichtung der vorfindlichen Exemplare der „Staatsbürger-Zeitung“ sowie der Platten und Formen verfügt. Graf Pückler hat sich nach Ansicht des Gerichts durch die Reden vom 24. Februar und 7. März gegen § 130 Str.-G.-B. vergangen. Im großen und ganzen bieten diese Reden nicht Gelegenheit zur Bestrafung des Redners, dagegen ist in einzelnen geringen Absätzen der § 130 verletzt. Viele Sätze in diesen Reden enthalten nur bildliche Ausdrücke, dagegen sind zwei Sätze als aufreizend zu erachten, nämlich in der Rede vom 24. Februar der Satz: „Wenn Euch auf dem Heimwege schwarzlockige Jünglinge oder Damen begegnen, so tretet auf sie zu, gebt ihnen — patsch, patsch — ein paar hinter die Ohren, dann hebt den Fuß und versetzt ihnen einen Fußtritt“, und in der Rede vom 7. März der Satz: „20 stämmige Kerle müßten 'mal den Anfang machen und einige Juden ordentlich verdreschen!“ Mit Rücksicht darauf, daß die Reden im großen und ganzen sich

innerhalb erlaubter Grenzen

halten, hat der Gerichtshof eine Geldstrafe noch einmal für zulässig erachtet. Graf Pückler ist ferner wegen Beleidigung des Sanitätsrats Dr. Neumann verurteilt worden. Wenn auch die Begutachtung vor dem Gericht in Glogau, die mit Gründen vorgetragen worden, vielleicht dem einen oder andern nicht vollständig genug erscheinen mag, um daraufhin einen so schwerwiegenden Antrag auf Beobachtung des Geisteszustandes zu stellen, so durfte Graf Pückler nimmermehr den Dr. Neumann in dieser Weise beleidigen, wie er es durch die in der „Staatsb.-Ztg.“ veröffentlichten Notiz gethan. Die Beleidigung sei augenscheinlich eine absichtliche gewesen. Da der Angeklagte Graf Pückler in hoher Erregung sich befunden hat, hat der Gerichtshof auch hier eine Geldstrafe für angemessen erachtet. — Wegen des Abdrucks der Notiz über Dr. Neumann mußte auch der Angeklagte Weber verurteilt werden. — Wegen der Rede vom 6. Januar hat der Gerichtshof den Angeklagten Graf Pückler freigesprochen. Die ganze Rede verrät zweifellos nicht die Absicht, den § 130 zu übertreten; zu dieser Meinung muß man kommen, wenn man sieht, wie **tiefes Gottvertrauen, wie tiefen Glauben in der christlichen Religion**, wie

hohen patriotischen Sinn

die Rede bekunde. Dem gegenüber erscheinen die dazwischen hindurch gehenden Ausdrücke nicht geeignet, als Uebertretungen des § 130 zu gelten, sie seien zweifellos bildlich gemeint und nicht verbotenus (wörtlich) aufzufassen, so wenig es sich verteidigen läßt, daß so schwere Beleidigungen gegen andre ausgesprochen werden, denn der christliche Glaube berechtigt nicht dazu, in dieser Weise gegen Andersgläubige vorzugehen. Daß in absehbarer Zeit so etwas passieren würde, was Graf Pückler in seinen Redewendungen angedeutet, wird kein vernünftiger Mensch glauben. Sätze wie der: „**Die Judenkerle müssen überall zerschmettert werden**“, sind nach Ansicht des Gerichts nur **bildlich aufzufassen** und nicht geeignet, jemand ernstlich zu beunruhigen. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Rede in einer Volksversammlung gehalten ist und die Worte vielfach **nicht ganz überlegt sind**; nach Ansicht des Gerichts enthält die Rede aber keinen Ausdruck, der unter § 130 fällt. Daraus ergiebt sich die Freisprechung des Grafen Pückler und der drei in diesem Falle Mitangeklagten. — Was die Nebenklage betrifft, so ist auch hier auf Freisprechung erkannt. Die Anklage richtete sich nur auf Vergehen gegen § 130 des Strafgesetzbuchs. Es waren nur alle die Teile der Rede unter Anklage gestellt, die den § 130 verletzt haben sollten, aber nicht diejenigen, die sich auf den Giftmordversuch in der Schweiz und die angebliche Beteiligung der Glogauer Juden an demselben beziehen.

Gottvertrauen, tiefer Glaube in der christlichen Religion und hoher patriotischer Sinn sind also die Milderungsgründe, die den Grafen Pückler vor dem Gefängnis bewahrt und die Richter zu einem Urteil bewogen haben, das von dem wohlhabenden Angeklagten wohl nicht allzuhart empfunden wird. Wir wollen das Urteil an sich gelten lassen und gewiß kein Wehklagen über allzu große Milde erheben. Ja, wir gehen weiter und sagen, daß der Graf aus Gründen, welche die Richter anscheinend nicht in Betracht gezogen haben, hätte freigesprochen werden sollen. Aber da der Gerichtshof nun einmal geglaubt hat, den Angeklagten als einen für seine Handlungen vollauf verantwortlichen Mann hinnehmen zu müssen, ist es sehr wertvoll, daß er klipp und klar das eine ausgesprochen hat, was zwar als ständige Gerichtspraxis gilt, aber doch mit dieser Deutlichkeit unsres Wissens vom Gerichtstisch aus nicht allzu oft verkündet wird: daß nämlich Gottvertrauen und patriotischer Sinn bei Anklagen wegen Vergehens gegen den Aufreizungsparagraphen als sehr wesentliche Milderungsgründe in Betracht gezogen werden müssen. Einem Atheisten oder Socialdemokraten wäre also auf keinen Fall anzuraten, im Vertrauen auf eine mildere richterliche Beurteilung Kraftausdrücke der im letzten Pückler-Prozeß festgestellten Art zu gebrauchen. Das Urteil und seine Begründung ist für die Beurteilung unsrer öffentlichen Zustände von sehr großem Wert.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

In den Arminhallen setzt Genosse Stadthagen heute Mittwochabend 8½ Uhr seinen Vortrags-Zyklus über Arbeiterschutz und Arbeiterrecht fort. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Vertrauensperson.

Charlottenburg. Morgen Donnerstag spricht Genosse Dr. Eduard David aus Mainz in einer Volksversammlung, die im Volkshause, Rosinenstr. 3, stattfindet, über: „Socialismus und Landwirtschaft“. Der Vortrag wird das Agrarproblem, seine principielle Tragweite und seine Bedeutung für die Praxis unsrer Partei im Kampfe gegen das Agrariertum behandeln.

Lokales.

„Es giebt keinen außergewöhnlichen Notstand in Berlin“, so hieß es im vorigen Winter, als die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung auf die herrschende Arbeitslosigkeit hinwies und die städtischen Behörden aufforderte, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit helfend einzugreifen. Eine andre Antwort enthält der Bericht über die Thätigkeit der Armendirektion im Jahre 1901/1902, den der Magistrat jetzt veröffentlicht — wenn darin auch mit keinem Wort auf die Verschärfung des Notstandes Bezug genommen wird.

Der Bericht ergiebt, daß vom vorletzten zum letzten Jahre gestiegen sind: die Ausgaben für das Armenwesen von 9 154 014 Mark auf 9 771 646 Mark (um 6¾ pCt.), der nach Abzug der geringen Einnahmen geleistete Zuschuß von 8 439 964 M. auf 9 039 599 M. (um 7 pCt.). Eine so bedeutende Erhöhung der Ausgaben bezw. des Zuschusses für das Armenwesen haben wir in Berlin seit vielen Jahren nicht gehabt. Man muß schon bis auf den Anfang der 90er Jahre zurückgehen, um etwas Aehnliches zu finden. Speciell die Ausgaben für die von der Armenkommission gezahlten Unterstützungen gingen von 6 936 694 M. hinauf bis 7 464 698 M. (um 7¾ pCt.). Es ist ja immer nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen, der sich dazu herbeiläßt, die Hilfe der Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Wenn trotzdem die Ausgaben so außerordentlich gestiegen sind, so läßt sich ermessen, wie drückend die Not im letzten Jahre gewesen ist.

Beachtung verdient hierbei der Umstand, daß die Aufwendungen für Extra-Unterstützungen in viel stärkerem Grade zugenommen haben als die für regelmäßige Unterstützungen. Vom vorletzten zum letzten Jahre vermehrten sich die Almosenzahlungen von 358 423 auf 370 142 (um 3¼ pCt.), der Betrag von 5 343 616 Mark auf 5 618 857 (um 5 pCt.), die Extra-Unterstützungen für Almosenempfänger von 24 257 auf 27 085 (um 10 pCt.), der Betrag von 174 190 M. auf 190 940 M. (um 9½ pCt.), die Pflegegeld-Zahlungen von 118 878 auf 119 513 (um ½ pCt.), der Betrag von 768 491 M. auf 808 372 M. (um 5 pCt.), die Extra-Unterstützungen für Pflegegeld-Empfänger von 7689 auf 9836 (um 28 pCt.), der Betrag von 65 272 M. auf 80 804 M. (um 24 pCt.), endlich die Extra-Unterstützungen für nicht fortlaufend Unterstützte von 57 455 auf 74 803 (um 30 pCt.), der Betrag von 585 080 M. auf 765 719 M. (um 31 pCt.). Besonders die zuletzt angeführten Zahlen und ihre außerordentliche Zunahme lassen erkennen, daß im letzten Jahre die Armendirektion die Wirkungen der Arbeitslosigkeit stark zu spüren bekommen hat und in erheblich größerem Umfange als sonst von Notleidenden vorübergehend in Anspruch genommen worden ist.

Uebrigens hat auch die Zahl der regelmäßig Unterstützten im letzten Jahre recht auffällig zugenommen, in stärkerem Grade als die Bevölkerung. Es stieg die Durchschnittszahl der Almosenempfänger von 29 869 auf 30 845, der Pflegekinder von 9907 auf 9959, aller regelmäßig Unterstützten von 39 776 auf 40 804, d. h. von 215 unter je 10 000 Einwohnern auf 218. Trotzdem „giebt es keinen außergewöhnlichen Notstand in Berlin“!

Zustände in Berliner Bäckereien. Vom Verband der Bäcker wird uns geschrieben: Kürzlich veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Artikel über die Unsauberkeit in Dresdener Bäckereien, daß in Berlin die Zustände keineswegs besser sind, mögen folgende von uns festgestellte Thatsachen zeigen:

Am 30. Mai erging vom Verband gegen den Bäckermeister H. im Südosten eine Anzeige. H. hielt in den Backräumen Kaninchen, die mit den Rohmaterialien und mit der Backware in Berührung kamen.

Am 2. Juni wurde gegen Bäckermeister W. in der Friedrich-Wilhelmstadt Anzeige erstattet. Die „Blase“, der in dem Backofen eingemauerte Wasserbehälter, aus dem das warme Wasser zur Herstellung der Backware entnommen wird, verbreitete einen abscheulichen Gestank.

Am 19. Juni erging Anzeige gegen Bäckermeister S. in der Schönhauser Vorstadt, weil Mäuse in den Betten der Gesellen nisteten, die Katzen das Mehl verunreinigten, und, da kein Sieb vorhanden war, der Schmutz, wenn er nicht von den Gesellen beim Backprozeß entdeckt wurde, mit in die Ware kam.

Am 18. September wurde Bäckermeister K. im Norden angezeigt. Bei ihm wurde das auf dem Mehlboden zusammengefegte Fußbodenmehl gesiebt, auf das Roggenmehl geschüttet und mit verbacken.

Am 14. Oktober wurde gegen Bäckermeister G. im Südosten Anzeige erstattet, weil zwei Katzen in seinem Betriebe fortwährend das Mehl verunreinigten.

Am 12. November erging gegen Bäckermeister R. in der Nähe des Rathauses Anzeige. Bei ihm wimmelte es derart von Wanzen, daß die Gesellen beim Aufstehen diese Tierchen von den Hemden herabsuchen mußten. Sogar auf dem Backtroghenkel wurde das Ungeziefer gefunden.

Bei dem Bäckermeister F. in Charlottenburg fand ein Geselle Wanzen auf dem Streuselkuchen. Die Katzen verunreinigten das Mehl und die Gesellenbetten. Auch hier fand die Polizei alle Angaben des Verbandes bestätigt.

Diese paar Proben lehren, daß das ehrsame Bäckerhandwerk in Berlin, soweit Schmutz und Unsauberkeit in Betracht kommen, sich kaum von einem andern Ort überbieten läßt.

Im Barbiergewerbe kann von einem völlig freien Tage im ganzen Jahre nicht die Rede sein, da die Bestimmungen über die Sonntagsruhe hier immer noch eine Arbeitszeit von 6—8 Stunden zulassen. Die organisierten Gehilfen haben daher die Forderung erhoben, daß ihnen an den großen Festen der zweite Feiertag ganz freigegeben werde in dem Sinne, daß an diesen Tagen ein völliger Geschäftsschluß eintritt. Das würde für Meister und Gehilfen eine Ruhezeit von 40 Stunden bedeuten. Leider stellen sich diesen Wünschen der Gehilfenschaft nicht allein die reaktionären Elemente unter den Meistern, sondern auch teilweise die Regierungen entgegen. So hat der Regierungspräsident von Oberbayern ein entsprechendes Verlangen der Zwangsinnung in München mit der Begründung abgelehnt, daß den Bedürfnissen des Publikums Rechnung getragen werden müsse; der Regierungspräsident für die Rheinpfalz hingegen hat ohne weiteres einem derartigen Antrage stattgegeben. Ebenso hat der Senat von Hamburg den Geschäftsschluß an den drei zweiten Feiertagen verfügt, nachdem mit Zweidrittelmehrheit ein solcher Antrag gestellt worden war. Was in einer Großstadt wie Hamburg möglich ist, sollte auch in Berlin eingeführt werden können, und man darf wohl erwarten, daß das Publikum in dieser Bewegung den Gehilfen nach Kräften zur Seite steht.

Ein socialpolitisches Damoskus scheint über die organisierten Bauunternehmer hereingebrochen zu sein. Der Verband der Baugeschäfte Berlins will den Bund der Arbeitgeber-Verbände für das Baugewerbe nämlich veranlassen, bei den zuständigen Behörden um Anerkennung der Tarifgemeinschaften im Baugewerbe zu petitionieren. Bei Submissionen sollen an allen Orten, wo Verträge zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter geschlossen sind, für die Dauer dieser Verträge die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Grunde gelegt und die außerhalb der Koalition stehenden Arbeitgeber von der Bewerbung ausgeschlossen werden.

Mit diesem Antrage hat der Verband der Baugeschäfte Berlins anerkannt, daß das Recht auf Organisation nicht allein zweckmäßig ist, wenn es von den Unternehmern für sich in Anspruch genommen wird, sondern auch, wenn die Arbeiter es üben. Diese ein wenig spät kommende Einsicht hat zwar in der Praxis wenig zu bedeuten, da die Arbeiter sich organisieren ohne Rücksicht darauf, ob es dem Unternehmertum und dem mit ihm im Bunde stehenden Staat genehm ist oder nicht. Aber interessant ist es doch, daß die Elemente, die vor wenigen Jahren die Organisationen der Arbeiterschaft mit dem ihnen von der Regierung dargebrachten Zuchthaus-Gesetz strangulieren wissen wollten, heute zu der Anschauung kommen, daß eine Einigung mit diesen Organisationen für den Beruf im ganzen gute Früchte tragen kann und die außerhalb einer Organisation stehenden Elemente verfehmt werden müssen. Dies Fehmrecht nehmen die Petenten vorab zwar nur im Kampf gegen ihresgleichen in Anspruch, aber bei einigen Fortschritten in der socialpolitischen Erkenntnis kommen sie vielleicht auch zu der Einsicht, daß Arbeiter, die sich den Gewerkschaftsorganisationen feindlich gegenüberstellen, ebenfalls keine Rücksicht verdienen. Wir sind daher begierig auf einen von den organisierten Unternehmern der Regierung unterbreiteten Wunsch, der Staat möge die Streikbrecher nicht mehr als die für die Gesellschaft besonders nützlichen Elemente vor jedem schiefen Blick anständiger Arbeiter in Schutz nehmen.

Akademischer Sittenschutz. In der „Hochschul-Zeitung“ ist folgendes zu lesen: Abteilung für Medizin: Die Sitzung vom Mittwoch, den 26. November, fällt aus, da Se. Magnificenz der Herr Rektor die Genehmigung zu dem angekündigten Vortrage des Herrn Dr. Magnus Hirschfeld: „Die Entstehung der Geschlechter, unter besonderer Berücksichtigung des dritten Geschlechts (Konträre Sexualempfindung)“ nicht erteilt hat.

Man beachte, daß der Vortrag keineswegs vor aller Welt gehalten werden soll, sondern im engen Kreise medizinischer Fachmänner. Der Rektor der ersten Universität Preußens macht sich die Weisheit des sächsischen Gendarmen zu eigen, daß über Thema nicht gesprochen werden darf.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn wird mit dem Durchgangsverkehr über den Potsdamer Platz einen neuen Fahrplan in Kraft setzen. In dem neuen Fahrplan werden nur noch zwei Richtungen aufgeführt, Warschauer Brücke—Zoologischer Garten und Zoologischer Garten—Warschauer Brücke. Bei jedem Zug ist leicht zu ersehen, ob er über den Potsdamer Platz geht. Der neue Fahrplan mit dem Durchgangsverkehr über den Potsdamer Platz ermöglicht es während der ganzen Betriebsdauer von jeder Station der Ost- und Weststrecke nach jeder andren Station der beiden Strecken innerhalb einer Zeit von durchschnittlich fünf Minuten abfahren zu können. Bei Benutzung der Züge, die über den Potsdamer Platz fahren, langt man immer noch früher auf den Haltestellen der jenseitigen Strecke an, als wenn man den nächsten unmittelbaren Durchgangszug abwarten würde.

Der Brandstifter, der seit Wochen schon der Feuerwehr viel Arbeit verursacht hat und dem die Brände am Kögel, am Haackschen Markt, in der Neuen Promenade, Stralauerstraße, Kurstraße usw. zur Last gelegt werden, setzt sein Treiben mit einer Frechheit fort, die selbst die der Brandstifter der Moabiter Dachstuhlbrände übertrifft. Montagabend hatte die Feuerwehr schon wieder mehrere Kellerbrände zu löschen. In der Sebastianstr. 17, wo Schaaldecken, Balken u. a. brannten, dann um 9 Uhr einen Kellerbrand im Quergebäude des Hauses Inselstr. 9a, wo Hausrat in Flammen stand und die Feuerwehr kräftig Wasser geben mußte. Kaum war dieser Brand gelöscht, als schon wieder ein Kellerbrand aus der Alten Jakobstr. 78 gemeldet wurde. Es brannte im rechten Seitenflügel eine Menge alter Hausrat, Stroh rc. Gestern früh vor 7 Uhr wurde dann ein Kellerbrand aus der Inselstraße 4 und gleich darauf aus der Seydelstr. 11 gemeldet. Mit der Gasspritze mußte tüchtig Wasser gegeben werden, um die Flammen, die schon eine große Ausdehnung erlangt hatten, zu löschen. Noch während die Feuerwehr dort thätig war, wurde ein neuer Kellerbrand zwei Häuser weiter gemeldet. Es brannte Seydelstr. 13 ebenfalls in großer Ausdehnung in den Kellerverschlägen, so daß auch dort längere Zeit Wasser gegeben werden mußte. Zu bedauern sind die armen Feuerwehrmänner, die besonders bei Kellerbränden viel unter der Einwirkung von Qualm zu leiden haben.

Zu dem Raubmordversuch in der Friedrichstraße werden noch einige Mitteilungen gemacht, die den Klempnergesellen Moser in einem neuen Lichte zeigen. Moser hatte behauptet, daß er nach seiner Entlassung vom Meister Schwarz in der Linienstraße noch eine Zeitlang in der Chausseestraße gearbeitet habe. Diese Angabe hat sich also unwahr herausgestellt, sehr wahrscheinlich ist vielmehr, daß er die ganze Zeit nach seiner Entlassung von Fahrrad-Diebstählen gelebt hat. Bei verschiedenen Trödlern und Pfandleihern hatte in der letzten Zeit ein junger Mann, der sich mit einem Militärpaß auswies, Fahrräder versetzt oder verkauft. Als die Kriminalpolizei der Herkunft dieser Räder nachging, fand sie, daß der Mann, auf den der Militärpaß lautet, in der Großen Hamburgerstraße Nr. 7 wohnte. Da er jedoch zur Zeit im Krankenhause lag, so konnte er als Verkäufer oder Verpfänder der Räder nicht in Betracht kommen. Nun hat man aber unter den Papieren, die Moser in seinen Taschen hatte, auch jenen Militärpaß gefunden, dessen Eigentümer mit ihm zusammen bei einer Wirtin wohnte. Da auch die Beschreibung, die die Trödler und Pfandleiher von ihren Kunden geben, auf Moser paßt, so ist kaum daran zu zweifeln, daß dieser der Mann war, der die Räder verschärfte. Ihm waren die Sachen seiner Schlafgenossen zugänglich, so daß er sich den Paß leicht aneignen konnte. Er wußte aber auch, daß dessen Eigentümer jetzt aus dem Krankenhause entlassen werden sollte. Dann waren Nachfragen von der Polizei zu erwarten und die Aufdeckung der Fahrradgeschichte unvermeidlich. Aus diesem Grunde konnte sich Moser in Berlin nicht länger halten, und der Raubmord sollte ihm die Mittel zur Abreise liefern. Nach seiner Entlassung aus der Charité wird er alsbald den Trödlern und Pfandleihern gegenübergestellt werden. Vernommen worden ist er noch nicht. Den Krankenwärtern giebt er keinerlei Antwort. Allem Anschein nach bereitet er sich auf die Rolle des wilden Mannes vor.

Der Tod des Arbeitslosen. Bei der Familie eines Glasmalers in der Raunynstr. 29 sprach am Montagnachmittag gegen 3 Uhr ein unbekannter Mann von etwa 45 Jahren vor und bat um etwas Mittagessen. Die Frau ließ ihn in der Küche Platz nehmen und reichte ihm Rotkohl mit Kartoffeln, die er hastig aß. Plötzlich ließ er die Gabel fallen, während er den Teller krampfhaft festhielt, fiel mit dem Kopfe hintenüber und starb nach wenigen Minuten. Die Revierpolizei ließ die Leiche nach dem Schauhause bringen. Der Verstorbene, der weiter nichts gesagt hatte, als daß er arbeitslos sei, ist klein und schlank, hat braunes Haar und einen roten Vollbart und trug einen braunen Rock, ein braunes Jackett mit Weste, eine graugemischte und eine schwarze Hose, eine schwarze weißpunktierte Sammetmütze, graue Strümpfe und Zugstiefel.

Eine Einbrecherbande ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Ein früherer Rohrleger Adler hatte sich mit einem Kutscher Noack und einem Steinsetzer Ritter zusammengethan, um in kleinen

Wohnungen in den Hinterhäusern einzubrechen und lediglich bares Geld, Goldsachen und Sparkassenbücher zu stehlen. Da ihm noch ein Fachmann zum Oeffnen der schwierigeren Schlösser fehlte, so machte sich Adler an einen arbeitslosen Schlosser Streich heran, der in seiner mißlichen Lage auch alsbald gewonnen wurde. Die Bande vereinigte nun „Klingelfahrten" mit Einbrüchen von leerstehenden Wohnungen und Noack spielte den Buchhandlungsreisenden. Mit einer schwarzen Mappe, die einige Hefte enthielt, klingelte er in den Hinterhäusern an jeder Wohnung. Wurde ihm geöffnet, so legte er mit der unschuldigsten Miene irgend ein Heft vor, ohne großen Wert auf eine Bestellung zu legen. War aber niemand zu Hause, so holte er seine Spießgesellen, die auf der Straße warteten, herauf und brach mit ihnen ein. Lag neben der Wohnung, der der Besuch galt, eine leere, so wurden mit roher Gewalt alle Thüren gesprengt, sonst mußte Streich mit dem Werkzeug, daß er eigens für die Bande anfertigte, die Schlösser öffnen. Es waren schon wiederholt Einbrüche dieser Art angezeigt worden. Die Kriminalpolizei fahndete in allen Pfandleihen nach Versatzstücken, die aus ihnen herrühren konnten. Da zeigte sich dann, daß auf einen bestimmten Namen mancherlei hier und da versetzt worden war. Die Beschreibung, die die Pfandleiher von den Verpfändern gaben, lauteten aber immer wieder anders, nur auf den Mann, auf den die Ausweispapiere lauteten, paßte sie überhaupt nicht. Kein Wunder, denn das war ein ganz unschuldiger Mensch, der mit den Einbrechern nichts zu thun hatte. Diese hatten ihm aber die Papiere gestohlen und nun benutzten alle vier sie abwechselnd, um die Beute immer wieder an andrer Stelle zu versetzen. Endlich erkannten die Kriminalbeamten an wiederholten Beschreibungen den Noack und nahmen ihn fest, als er wieder einmal etwas auf eine Pfandleihe trug. Sie beobachteten nun seinen Verkehr und lernten so nach und nach auch seine Spießgesellen kennen. Als sie sich überzeugt hatten, daß sie die ganze Bande kannten, griffen sie zu und nahmen sie fest. Den Verhafteten sind bereits 35 Einbrüche nachgewiesen.

Der Polizeipräsident. Offiziös wird den Zeitungen folgende Mitteilung zugesandt:

„In der Presse wird fortgesetzt die Versetzung des Polizeipräsidenten v. Windheim in ein andres Amt als Thatsache besprochen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß in dieser Angelegenheit eine Entscheidung der maßgebenden Stellen nicht vorliegt."

Aus dem Offiziösen ins Deutsche übersetzt, besagt diese Mitteilung, daß der Verabschiedung des Herrn v. Windheim nichts im Wege steht.

Am 14. November verlor ein Vorstandsmitglied des Hafenarbeiter-Verbandes nach der Sitzung im Lokale des Herrn Fortanier, Tegelerstraße 55/56, ein Portemonnai mit 17 M. Inhalt. Der Finder wird gebeten, es gegen Gewährung des Finderlohns von 10 Prozent in der Expedition des „Vorwärts" abzugeben.

Lebendig verbrannt. Die Mittwe Wilhelmine Päple, welche im Hause Grunewaldstr. 119 bei ihrem Schwiegersohn, dem Tischler Baumann, wohnte, ist auf schreckliche Weise ums Leben gekommen. Die 65jährige Frau stand in vergangener Nacht auf und kam, wohl halb im Schlaf, mit ihrem Nachtgewand der Flamme eines von ihr angezündeten Lichtes zu nahe, so daß sie bald einer lebenden Fackel glich. Ihr Wehe- und Hilfegeschrei tönte herzerschütternd durch die Stille der Nacht. Ehe indessen ihre Verwandten und die Nachbarn Hilfe leisten konnten, hatte die Aermste so entsetzliche Brandwunden erlitten, daß sie bald nach ihrer Einlieferung in das Elisabeth-Krankenhaus verstarb.

Ein volkstümlicher Richard Wagner-Abend findet am Donnerstag, den 27. d. M., abends 8½ Uhr, im Königshof, Bülowstr. 37, statt. Mitwirkende sind die dramatische Sängerin Frau Gertrud Reimann-Hahndorff, die Konzert- und Opernsänger Gerhard Fischer und Willy Berry, sowie Kapellmeister Fritz Otto. Eintrittskarten a 40 Pf. inkl. Garderobe sind im Bureau der „Gewerkschaft", Bülowstr. 21, und an der Abendkasse zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Auch ein Krankenhaus-Skandal. Merkwürdige Zustände herrschen im Krankenhause zu Rixdorf. In einer abgesondert gelegenen Baracke werden erkrankte Prostituierte behandelt. Die Kontrolle war im Laufe dieses Sommers höchst ungenügend und so war es möglich, daß die Dirnen sich von ihren Zuhältern Cigaretten, Chokolade und sonstige Leckerbissen zuschmuggeln lassen konnten. Das ging außerordentlich einfach, denn die Burschen kletterten über den Zaun, der die Baracke von der benachbarten Gasanstalt trennt und überreichten ihren Damen ungeniert die Leckerbissen durch das von den Mädchen geöffnete Fenster. Durch diese Erfolge ermutigt, wurden die Zuhälter allmählich kühner. Die Baracke ist eingeteilt in zwei Säle, deren jeder Platz für sechs Betten hat. In den Monaten Juli und August wurden die Prostituierten Mathilde K., Frida B., Elise W., Marie V. und Marie W. gemeinsam in einem der Säle an Syphilis behandelt und diese Damen empfingen eine ganze Zeitlang am Abend ihre p. t. Freunde, um sie erst früh morgens wenn die Hähne krähen, wieder zu entlassen. Eines der Mädchen erzählte sogar, daß ihr Vorhaben, sich Garderobe ins Krankenhaus bringen zu lassen und dann in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag ihrem Gewerbe nachzugehen, nur an dem Widerstand ihres „Bräutigams" gescheitert sei. Endlich wurde der Skandal — nicht durch Wachsamkeit der Wärter, sondern durch Verrat — aufgedeckt und nunmehr soll gegen die Zuhälter wegen Hausfriedensbruchs vorgegangen werden.

Mit diesen Thatsachen steht es in Zusammenhang, daß der Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag auf Bewilligung der Mittel vorgelegt wurde, welche notwendig sind, um den Zaun der Krankenanstalt entsprechend zu erhöhen.

Wir bemerken noch, daß die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung es seiner Zeit für gut befunden hat, die am Orte errichtete Krankenhaus-Deputation gegen den Protest der socialdemokratischen Gemeindevertreter aufzulösen und die Angelegenheiten des Krankenhauses der nur aus bürgerlichen Stadtverordneten zusammengesetzten Armendirektion zu unterstellen. Mit welcher Wirkung dies geschehen ist, zeigen die hier geschilderten Zustände.

Pankow. Die Schulmisere in unserm Orte nimmt kein Ende. Zwar ist beschlossen worden, bis zum Herbst 1903 ein neues Doppel-Schulgebäude zu errichten, doch wird es wohl nicht möglich sein, mit den vorhandenen Klassenräumen bis dahin auszukommen. Die Schülerzahl ist von 2800 auf 3026 gestiegen, sodaß in aller Eile Parallelklassen unter Streichung einzelner Unterrichtsstunden eingerichtet werden mußten. So wurde in der ersten Gemeindeschule die 6. Klasse mit 84 Schülern geteilt, ebenfalls die 4. Klasse mit 91 Schülern in der zweiten Gemeindeschule. Auch die Lehrer sind in Bezug auf die Anzahl der Unterrichtsstunden an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt; die von der Regierung vorgeschriebene Anzahl der Maximalstunden ist schon teilweise überschritten worden. Rechnet man dazu das Korrigieren der Aufgaben zu Hause, so kann man sich von der geistigen Abspannung der Lehrer ein Bild machen. Nach dem Etat der Gemeinde beträgt die Anzahl der Lehrkräfte an den hiesigen Volksschulen 51. Es kommen demnach auf jede Lehrkraft etwa 60 Schüler. Durch Gemeindebeschluß sollen vom 1. April 1903 zwei Lehrer und eine Handarbeitslehrerin eingestellt werden. Das heißt, daß alles beim alten bleiben soll, denn zum 1. April wird wiederum eine Steigerung der Schülerzahl zu konstatieren sein, welche die Leistungsfähigkeit der neuen Lehrkräfte vollständig in Anspruch nimmt. Die socialdemokratischen Gemeindevertreter werden insofern von bürgerlicher Seite unterstützt, als einige Vertreter den Antrag gestellt haben, die geistliche Ortsschulinspektion aufzuheben und sie zu verweltlichen. Es wird allerseits mißliebig empfunden, daß in der Schulkommission die verwandtschaftlichen Verhältnisse des Ortsschulinspektors zu einem Mitgliede der Kommission eigentümlicher Natur sind. Das Mitglied der Kommission ist ein im Lehramte grau gewordener Herr und Rektor einer der hiesigen Gemeindeschulen, der Ortsschulinspektor, ein hiesiger Pfarrer, ist der Neffe des Rektors.

Spandau. In die Stadtverordneten-Versammlung zu Spandau wurde am letzten Donnerstag auch unser in der Ersatzwahl gewählte Parteigenosse Grieben eingeführt! Eine ziemlich ausgedehnte Debatte rief alsdann die Angelegenheit, betreffend Anstellung von Schulärzten hervor. Auf den Antrag unsrer Genossen sprach sich seiner Zeit die Versammlung für die Anstellung von Schulärzten aus; die Sache wurde damals in der „Gesundheitskommission" weiter beraten, woraufhin schließlich der Magistrat zu einem ablehnenden Beschluß kam. Die Stadtverordneten-Versammlung blieb jedoch fest und erneuerte ihren zustimmenden Beschluß; daraufhin ging die Sache an die Schuldeputation, welche sich ebenfalls für die Anstellung von Schulärzten aussprach. Jetzt glaubte der Magistrat gröberes Geschütz gegen dieses Projekt auffahren zu müssen und zwar: „Die mißliche Finanzlage Spandaus". Die Verwirklichung des Projekts würde nach den vom Magistrat angestellten Verhandlungen ganze — — 2000 M. pro Jahr kosten und diese haben eben die Herren nicht für die Erfüllung von Kulturaufgaben, obgleich sie eben erst der Ausgabe von 1000 M. für ein Parade-Essen zugestimmt hatten. In der Diskussion des ablehnenden Magistratsbeschlusses kam es zu Tage, daß der Magistrat sich wohl überhaupt keine richtige Vorstellung von der Bedeutung der Schulärzte und von deren Aufgabe für die Volksgesundheit gemacht hat. Deshalb unternahm es unser Genosse Pieper, den Magistrat hierüber, an der Hand einer bezüglichen Dienstanweisung der Charlottenburger Schulärzte zu belehren. Er sowie Genosse Rieger traten entschieden für die Anstellung zunächst einmal eines Schularztes für die 7. und 8. Gemeindeschule ein. Auch die Stadtverordneten Oberlehrer Grube und Dr. Engelhard (kons.) sprachen sich rückhaltlos für das Projekt aus. Stadtv. Jenne (lib.) führte dagegen seinen gewohnheitsmäßigen Eiertanz aus. Er habe sich aus der Fachlitteratur von dem segensreichen Wirken der Schulärzte überzeugt, aber — man könne heute doch nur den Beschluß des Magistrats „zur Kenntnis" nehmen!" „Hoffentlich" werde der Magistrat nun Veranlassung nehmen, uns nun selbst recht bald mit einer Vorlage zu kommen. Der Antrag unsrer Genossen „Anstellung zunächst eines Schularztes" wurde hierauf abgelehnt. Dafür stimmten nur die Antragsteller und die konservativen Stadtvv. Grube und Engelhard.

Aus einem Eisenbahnzuge gestürzt sind Sonntagnachmittag zwei Personen, Vater und Kind, die sich in einem Personenzuge der Lehrter Bahn befanden. Der aufregende Vorgang trug sich auf der Strecke zwischen Wustermark und Spandau zu und ist durch die mutwillige Handlung eines Mitreisenden herbeigeführt worden, der den dicht an der Kupeethür stehenden Mann aus „Scherz" heftig anstieß. Der Gestoßene fiel gegen die Thür, die sich auf unaufgeklärte Weise öffnete, und der Mann stürzte kopfüber hinaus, sein neben ihm befindliches Kind, ein vierjähriges Mädchen, mit sich reißend. Im Wagen wurde alsbald die Notleine gezogen und der Zug hielt darauf. Vater und Kind, die aus Kopfwunden bluteten, wurden vom Zuge mit nach Spandau genommen, wo ein Arzt sie verband. Die beiden Verunglückten konnten indes, da sich die Verletzungen als ungefährlich erwiesen, ihre Reise fortsetzen. Sie kamen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk und reisten nach Ostpreußen, ihrer Heimat.

Sociales.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Die „Berliner Korrespondenz" und der „Reichs-Anzeiger" veröffentlichen folgendes:

„Auf die vom Reichstage zu dem Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats auf 1902 gefaßte Resolution über die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffenden Versicherungseinrichtungen hat der Bundesrat beschlossen:

den Reichskanzler zu ersuchen, durch das kaiserliche Statistische Amt feststellen zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers Graf von Posadowsky hat infolge dessen das kaiserliche Statistische Amt beauftragt, das zur Ausführung des Beschlusses Erforderliche zu veranlassen. Dabei ist bemerkt worden, es sei davon auszugehen, daß zu den Einrichtungen, welche die Voraussetzung einer Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bilden, insbesondere auch die gemeinnützigen Arbeitsnachweise öffentlicher und privater Verbände zu rechnen sind. Demnach werden die Erhebungen die gegenwärtige Lage der organisierten Arbeitsvermittelung innerhalb des Deutschen Reichs zu umfassen haben.

Was die Einrichtungen zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im engeren Sinne betrifft, so werden auch die im Auslande getroffenen Maßnahmen insoweit zu berücksichtigen sein, als sie aus der Litteratur bekannt sind und für die inländischen Verhältnisse besonderes Interesse bieten."

Der Beschluß des Bundesrats ist schon vor einigen Wochen gefaßt worden. Ob die bereits an die Gewerkschaften 2c. gerichtete Anfrage des kaiserl. Statistischen Amts mit der hier bezeichneten Angelegenheit zusammenhängt, ist nicht ersichtlich.

Arbeitslosen-Zählungen für ganz Hessen sollen nach einem Beschlusse des Offenbacher Gewerkschaftskartells die Gewerkschaften vornehmen.

Die Unternehmersyndikate des französischen Baugewerbes haben für den 11. Dezember einen Kongreß nach Paris einberufen, auf welchem über folgende Punkte verhandelt werden soll: Mittel und Wege zur Erweiterung und Verallgemeinerung der Sonntagsruhe im Baugewerbe; die Verpflichtungen, die sich daraus für die Korporationen der Bau-Industrie ergeben; der Einfluß der Sonntagsruhe auf die Arbeitslöhne.

Aus der Frauenbewegung.

Mit dem Vereinsgesetz beschäftigte sich eine von den bürgerlichen Frauen veranstaltete Versammlung, die am Montagabend in der Leipzigerstr. 136 stattfand und von etwa 500 Frauen besucht war. Nach einem Vortrage Tischendörfers, nach welchem noch einige Frauen sprachen, wurde eine Resolution angenommen, in der die Beseitigung vereinsgesetzlicher Ausnahmebestimmungen für Frauen gefordert wird.

Sociale Rechtspflege.

Aushilfsweises Engagement und Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit wandte der Unternehmer Schoch gegen eine Lohnentschädigungsklage des Bildhauers K. ein, der nach zweitägiger Beschäftigung plötzlich entlassen worden war. Der Beklagte behauptete, der Kläger habe sich gleich nach den ersten 24 Stunden als völlig unfähig erwiesen. Er sei Epileptiker und auch schon in einer Nervenheilanstalt gewesen. Er protestiere dagegen, daß dem Kläger ein Eid über die Art seines Engagements auferlegt werde. — Die Kammer III des Gewerbegerichts vertraute dem Kläger aber doch den Eid an, nachdem sich über den Aufenthalt des Klägers in einer Anstalt nichts hatte nachweisen lassen und da der Kläger während der Verhandlung Momente der Benommenheit nicht hatte, sondern seine Sache klar vertrat. K. beschwor, daß er nicht aushilfsweise engagiert worden sei. — Der Beklagte wurde zur Zahlung von 88 M. verurteilt. Der Vorsitzende führte begründend aus: Der Einwand des Beklagten, daß ein aushilfsweises Arbeitsverhältnis ohne Kündigungsfrist vorgelegen habe, sei durch den Eid des Klägers widerlegt. Somit habe K. die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist zugestanden. Nun sei weiter Unfähigkeit zur Arbeit eingewandt worden. Ein Beweis dafür fehle. Aber selbst wenn der Kläger mal in der Anstalt in der Wuhlheide oder in Herzberge gewesen wäre, dann würde dies hier doch nicht maßgebend sein. Wenn jemand Arbeit annehme und einige Tage arbeite, dann müsse in der Regel Arbeitsfähigkeit angenommen werden. Ein Grund zur plötzlichen Entlassung sei somit nicht nachgewiesen, denn bloße Mangelhaftigkeit der Arbeit berechtige noch nicht dazu.

Gerichts-Zeitung.

Der beleidigte Bürgermeister. Interessante Ausführungen waren es, die der Reichsanwalt in einem gegen unser Magdeburger Parteiorgan gerichteten Beleidigungsprozeß über das Wesen der Kollektiv-Beleidigung machte. Es wird darüber aus Leipzig berichtet:

Wegen Beleidigung des ersten Bürgermeisters von Halberstadt, Dr. Oehler, ist am 8. August vom Landgerichte Magdeburg der Redakteur der „Volksstimme", Hans Markwald, zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt worden. In der am 22. Juni erschienenen und vom Angeklagten verantwortlich gezeichneten Nummer des genannten Blattes war eine Zuschrift aus Halberstadt abgedruckt, in welcher auf das schlechte Pflaster in der Bakenstraße im Gegensatz zu dem in den vornehmen Vierteln hingewiesen wurde. Dann hieß es: „Mit zweierlei Maß wird in unsrer Stadt cynisch gemessen." Am 2. Juli veröffentlichte dann das Blatt folgende Berichtigung: „Ein bedauerlicher Irrtum ist einem unsrer Gewährsmänner unterlaufen, der die Verhältnisse in Halberstadt, namentlich in Bezug auf das Pflaster gerügt hatte. Wenn auch die Zustände dort recht verbesserungsbedürftig sind, so übersah der Schreiber des Artikels doch, daß in diesem Jahre von den Stadtverordneten erhebliche Summen bewilligt worden sind, um die Mißstände zu beseitigen. Hätten wir dies gewußt, so hätten wir den früheren Artikel nicht aufgenommen. Wir werden Sorge tragen, daß uns ein eigner Berichterstatter über die Verhandlungen der Stadtverordneten regelmäßig Berichte sendet." Durch den ersten Artikel sich beleidigt fühlend, stellte der Magistrat Strafantrag gegen den Redakteur. Das Landgericht sah eine Beleidigung des ersten Bürgermeisters als erwiesen an. Die Absicht des Verfassers sei nicht dahin gegangen, Kritik zu üben, sondern in verletzender Weise zu beleidigen. — Die Revision des Angeklagten kam heute vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. — Der Reichsanwalt erklärte das Rechtsmittel für begründet. Auffälligerweise habe das Gericht abweichend vom Eröffnungsbeschluß, welcher eine Beleidigung des Magistrats annahm, eine Beleidigung des ersten Bürgermeisters als erwiesen angesehen. Der Strafantrag sei vom Magistrat gestellt. Nach früheren Reichsgerichts-Entscheidungen sei nun zwar anzunehmen, daß, wenn eine Behörde beleidigt ist, jedes Mitglied dieser Behörde ebenfalls beleidigt ist, aber es handele sich dann immer um eine Kollektiv-Einheit. Wenn aber nur ein einzelnes Mitglied einer Behörde beleidigt sei, so bedürfe es zur Strafbarkeit eines Strafantrages dieses einzelnen Mitgliedes. Nun sei zwar früher schon vom Reichsgericht ausgesprochen worden, daß der vom Bürgermeister gestellte Strafantrag auch für den Magistrat gelte, weil der Bürgermeister gewissermaßen als Vorgesetzter des Magistrats angesehen werden könne. Aber im umgekehrten Falle, wenn also nur ein Strafantrag des Magistrats vorliege, könne nicht angenommen werden, daß dieser Antrag den ersten Bürgermeister mit umfasse, weil eben der Magistrat nicht der Vorgesetzte des Bürgermeisters sei. Es hätte also eines besonderen Strafantrages desselben Bürgermeisters im vorliegenden Falle bedurft. Einer Einstellung des Verfahrens werde es indessen nicht bedürfen, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß das Landgericht doch eine Beleidigung des Magistrats annehme. — Das Reichsgericht trat diesen Ausführungen bei, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Eine schwere Aufgabe lag gestern dem Landgerichtsdirektor Dietz ob, der als Vorsitzender der 4. Strafkammer des Landgerichts II gegen den der verschiedensten Verbrechen und Vergehen beschuldigten Architekten Alexander Kaske zu verhandeln hatte. Der Angeklagte, welcher eine schwere Strafe zu gewärtigen hatte, griff zu dem bekannten Mittel, den Unzurechnungsfähigen zu spielen. Er hatte vor der Verhandlung an den Vorsitzenden einen Brief gerichtet, worin er drohte, daß er den ganzen Gerichtshof verhauen werde, falls er verurteilt werde. Die Verhandlung wurde fortgesetzt von dem Angeklagten durch wüste Beschimpfungen der Zeugen unterbrochen. Dem Vorsitzenden gelang es dennoch, die Verhandlung zu Ende zu führen. Privatdozent Dr. Puppe begutachtete, daß der Angeklagte Komödie spiele. Der Angeklagte wurde durch die Zeugenvernehmung im vollen Umfange überführt. Er wohnte bald in diesem, bald in jenem Vorort, zuletzt in Halensee. Durch Zeitungsinserate suchte er Buchhalter und Hausdiener mit Kaution für sein „Bureau für Architektur, Specialität: Villenbauten". Auf Briefbogen und Visitenkarten prangte die stolze Firma. Im Bureau befand sich weiter nichts als eine geliehene Schreibmaschine. Kaske befand sich in den schlechtesten Vermögensverhältnissen. Er hatte als gelernter Maurer im Jahre 1894 Bau-Unternehmungen ausgeführt und das Vermögen seines Vaters, eines Berliner Klempnermeisters, dabei verloren. Seine Ehefrau und beiden Kinder, die getrennt von ihm lebten, beziehen Armenunterstützung. Es gelang dem Angeklagten, durch sein hochtrabendes Auftreten von den Stellensuchenden Beträge bis zu 1000 Mark zu erschwindeln und er hat großes Elend über die Betrogenen gebracht. Eines seiner Opfer, ein Gastwirtssohn aus Stahnsdorf, unternahm aus Verzweiflung über den Verlust seiner gesamten Ersparnisse erst einen Mordversuch gegen seine Ehefrau, dann erschoß er sich selbst. Es kamen 14 Kautionsschwindeleien zur Sprache, außerdem viele Betrügereien mit Kellerwechseln, Unterschlagungen und Urkundenfälschungen.

Der Staatsanwalt bezeichnete den Angeklagten als einen ganz gewissenlosen Verbrecher, er beantragte gegen ihn fünf Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus, 10jährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

Briefkasten der Redaktion.

R. L. 45. Die Walfisch-Ausstellung am Oranienburger Thor war Anfang März 1889.

O. R. Sp. Erfahren Sie durch Ihr Postamt.

Sausewind. 180 Ruten.

F. W. 99. Weißensee. Gehören die Betreffenden keiner andren Kasse (z. B. freie Hilfskasse, Kaufleute-Kasse) an, so sind sie durch Gesetz Mitglieder der Orts-Krankenkasse des Ortes, in dem der Betrieb (die Verkaufsstelle) liegt. — **X. J. 411. F. S. 49. A. 190.** Nein. — **O. P. 1.** Dutzendemal haben wir betont, daß die Mitglieder der sogenannten Wohlfahrtskassen in der Regel nur durch eingeschriebenen Brief gültig austreten und gut daran thäten, dies schleunigst zu thun, widrigenfalls sie später Zahlung leisten müßten. Ihre Tochter hat diese Warnung nicht beachtet und muß daher nunmehr den Betrag zahlen, falls sie nicht etwa bis zum Oktober 1901 minderjährig (noch nicht 21 Jahre alt) war. War sie minderjährig, so hat sie nichts zu zahlen. Sie haften als Vater keineswegs für die etwaige Schuld Ihrer Tochter. — **X. P. 3., Schönhauser Allee.** Nein. — **R. W., Beuselstr. 51.** Sie sind nach der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts liebepflichtig. Wenden Sie sich eventuell zur Entscheidung des Streites an die Versicherungsanstalt. — **1855.** Damit der Anspruch auf Rente nicht verloren gehe, müssen bei versicherungspflichtigen Selbstversicherern mindestens 20, bei nichtversicherungspflichtigen Selbstversicherern mindestens 40 Marken jede zwei Jahre geklebt werden. — **Invalide.** Sie brauchen nichts zu melden, thun Sie es dennoch, so kann ein auf Aberkennung der Rente abzielendes Verfahren eingeleitet werden. — **L. N.** Ja. — **L. A.** Wenn Sie Auftrag zum Zettelankleben nicht erteilt haben, so würde die Berufung auf richterliche Entscheidung Aussicht auf Erfolg haben. Beantragen Sie richterliche Entscheidung. — **M. 99.** 1. Mit Ihrem Geldstück können Sie machen was Sie wollen. 2. Ja. 3. In der Buchhandlung Vorwärts können Sie alle litterarischen Erscheinungen erhalten. — **F. B. 96.** Nein. — **W. B. 26.** Sie brauchen nicht zu zahlen, weil der Gläubiger die Hauptforderung hat verjähren lassen. — **1000.** Nein — **H. D. 105.** Ihre Frau ist zahlungspflichtig, Sie sind es nicht. — **Verlust.** Sie müssen dem Gerichtsvollzieher mitteilen, daß Sie versehentlich die Sendung nicht angenommen hatten und ihn beauftragen, die Forderung beizutreiben. Im Weigerungsfalle hätten Sie sich an das Amtsgericht beschwerdeführend zu wenden. Die Kosten der zweiten Pfändung hätten Sie zu tragen. — **F. K. 13.** 1. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. 2. Richten Sie ein dahin gehendes Gesuch an das Gericht. — **R. H.** Der Weg, wie Sie ein Armenrecht erreichen, ist S. 348, 349 des in den öffentlichen Lesehallen ausliegenden „Arbeiterrechts" mit einem Beispiel angegeben. Für die Ehescheidungsklage ist das Landgericht des Wohnorts des Ehemannes zuständig. Der Klage muß ein Sühneversuch beim Amtsgericht vorausgehen. Für dieses Sühneverfahren wird in der Regel das Armenrecht nicht bewilligt.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.